D 20930E

links

Sozialistische Zeitung

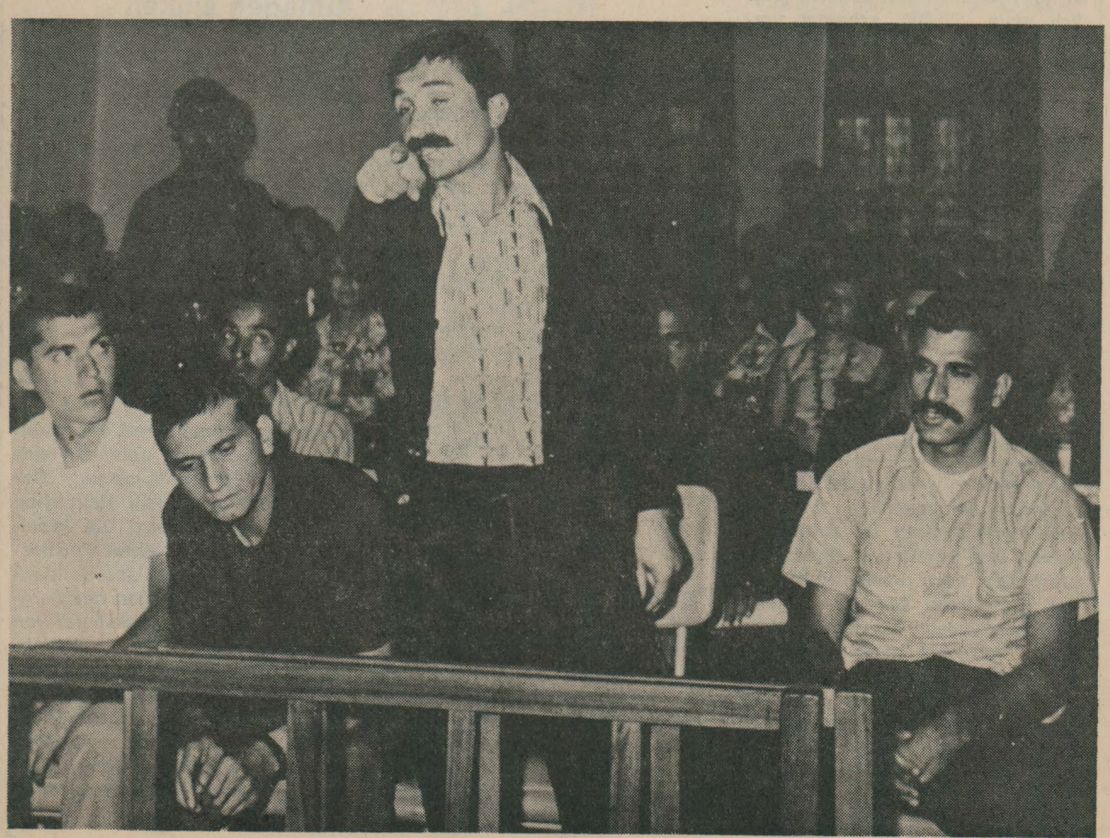
Offenbach/M Nr. 27
November '71 DM 1,20

Zum Tode verurteilt

Helft den türkischen Genossen

Nach Spanien, Portugal, Griechenland herrscht auch an der „Süd-Ost-Flanke" der NATO, in der Türkei, eine Militärdiktatur. Die Herren von Armee und Kapital lassen Todesurteile en gros fällen. Für die westdeutsche Öffentlichkeit liegt der Bündnispartner Türkei irgendwo hinterm Bosporus, wo es Teppiche und Lohnsklaven billig zu importieren gilt. Das brutale Zerschlagen der proletarischen Massenorganisationen, der Studenten- und Intellektuellenvereinigungen hat sie nur zur Kenntnis genommen, um die verzweifelten Reaktionen der Verfolgten entrüstet als Terror verdammen zu können. Währenddessen werden die bekannten Gegner der Diktatur von Polizei und Soldateska meuchlings ermordet. Wer es noch wagt, sich ihr entgegenzustellen, muß von Glück sprechen, wenn er die „rechtsstaatliche" Fassade der Schauprozesse noch nutzen kann, um die Unterdrücker anzuklagen, ehe er für Jahrzehnte in den Kerker geworfen oder zum Tode verurteilt wird. In der „freien Welt" ist die im Namen ihrer Freiheit ausgeübte offene Gewalt zum alltäglichen Geschäft geworden. Wie sie in ihren peripheren Staaten immer selbstverständlicher als „normales" Mittel anerkannt wird, so gehören unverschämt offene und notdürftig verhüllte Gewalt in der Metropole der kapitalistischen Welt, in den USA, längst zum gewöhnlichen Mittel der Herrschaftssicherung. Die deutsche Presseagentur, als westdeutscher Nachrichtendienstmonopolist, weiß über zum Tode verurteilte Mitglieder der türkischen Volksbefreiungsarmee zynisch zu berichten: „Unser dpa-Bild zeigt den Führer der Gruppe, Denniz Gezmis, der den Richtern recht ungezwungen antwortete".

Was Angela Davis und die Soledad Brothers für die USA sind, dafür stehen auch die vom fortgeschrittenen Terror der Herrschenden in der Türkei Getroffenen und Ermordeten. Die türkischen Genossen und Patrioten brauchen in dieser Situation unsere Solidarität und aktive Hilfe.



dpa

In dieser Ausgabe:

Kommentare
Oskar Negt: Der bittere Lorbeer 3
Klaus Vack: Attacke von rechts 3
Ernst Kaltentaler: Kaiser Tenno 4
Egbert Jahn: China und UN 4

Gewerkschaften
Heinz Hauser: Gewerkschaftstag der IG-Metall 6
Für neue Gewerkschaftspolitik 7
Aus einem vertraulichen Vorstandsprotokoll der IG-Metall 8

Strategie
Gert Schäfer: Doppelstrategie am Frankfurter Beispiel 9

Ökonomie
Peter Saß: Profite der westdeutschen Industrie 15

Landwirtschaft
Onno-Hans Poppinga: Bauernfrage in Westdeutschland 17

Spanien
Karl Kuhn, Lothar Maier: Arbeiterkommissionen 20

Organisationen
Knasthilfe 22

Linker Digest
Schülerzeitungen und Anzeigen 24
Arbeiter in Chile 24

Beilagenhinweis

Einer Teilauflage dieser „links"-Ausgabe liegen bei: je ein Prospekt Wagenbach, Internationale Marxistische Diskussion, Bücher- & Paperliste und Zahlkarte mit „Bitte um Anschaffungsspende".

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen oder gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein – ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

Redaktion „links"

●

Um beide Projekte, das Sozialistische Büro und die Zeitung „links", tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrages selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,–) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt. (Weiterhin gibt das Sozialistische Büro u. a. einen Info für progressive Lehrer und eine „Sozialistische Betriebskorrespondenz" heraus.)

Arbeitsgruppe
Sozialistisches Büro,
605 Offenbach 4, Postf. 591
PSK: Frankfurt/M. 295680

Informationen

Keine Entschädigung

Nach der Entscheidung des Rechnungshofes in Santiago haben die enteigneten US-Kupfergesellschaften kein Anrecht auf Entschädigung, sondern schulden dem chilenischen Staat im Gegenteil mehr als 388 Millionen Dollar. Diese Rechnung resultiert aus einem Vergleich des von den amerikanischen Kupfergesellschaften in ihren internationalen Operationen kassierten Durchschnittsprofits mit der in Chile realisierten Profithöhe. Während der internationale Durchschnitt zwischen 8 % und 12 % schwankt, gingen die Profite in Chile bis 25 % und zum Teil sogar 40 %. Deshalb betrachte die chilenische Regierung jegliche Profite, die 10 % überschreiten für illegitim. Unter diesen Bedingungen schuldet die Gesellschaft Anaconda Chile 78 Millionen Dollar, wogegen allerdings als Entschädigung für die enteignete Mine „Exotica" etwa zehn Millionen Dollar aufgerechnet würden. Die Schulden von Kennecott gegenüber dem chilenischen Staat belaufen sich sogar auf etwas über 310 Millionen Dollar.

Jährlich 270 000 Frührentner

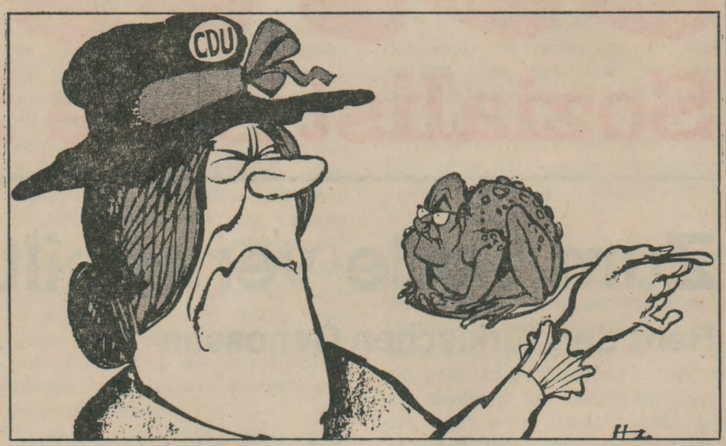
Rund die Hälfte aller westdeutschen Arbeitnehmer, nämlich jährlich etwa 270 000, scheidet vorzeitig aus dem Erwerbsleben aus. Jeder zweite hält den Stress im Beruf bis zum vollendeten 65. Lebensjahr nicht aus, wie die Statistik der gesetzlichen Rentenversicherung beweist. 1969 entfielen bei den Arbeitern von 244 000 Neuzugängen 128 000 auf Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeitsrenten; bei den Arbeiterinnen waren es 90 000 von 191 000. Bei den Angestellten muß weit über ein Drittel vorzeitig die berufliche Tätigkeit aufgeben.

Zweierlei „Gesetz"

Die nordrhein-westfälische Landesregierung will zusammen mit allen Landtagsfraktionen im Hauptausschuß des Landtages Richtlinien erarbeiten, nach denen künftig bei der Einstellung von „Links- und Rechtsradikalen" in den Landesdienst verfahren werden soll. Die Landesregierung, so erklärte Ministerpräsident Kühn gerade vor dem Düsseldorfer Landtag, sei dankbar für die Gelegenheit, „die Problematik des Schutzes unseres Staates vor antidemokratischer Subversion, von welcher Seite auch immer" zu diskutieren und dabei sowohl Grundsätze als auch Grenzen staatlicher Vorkehrungen dagegen generell zu klären.

Anlaß war der Fall des Realschullehrers und DKP-Mitgliedes Karl Heinz Henne (27). Obwohl Henne sein Staatsexamen mit der Note „gut" und sein Referendarexamen mit der Note „sehr gut" bestanden hatte, wurde ihm die am 1. 3. 1971 beantragte Anstellung in den Schuldienst ohne Angabe von Gründen bislang verweigert.

Der Detmolder Regierungspräsident Graumann hatte Hennes Bewerbung mit der Bemerkung abgelehnt, er sei „ein unsicherer Kantonist" und gebe zu Zweifeln Anlaß, ob er „jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten" werde. Der zur Zeit arbeitslose Henne hatte ausdrücklich versichert, er sei zwar Marxist, stehe aber auf dem Boden des Grundgesetzes; darin sei aber nirgends zu lesen, daß man Kapitalist sein müsse.



tz. München

. . . hmm, was für ein leckerer Bissen

Keine Lehrerschwemme

Denjenigen, die eine „drohende Lehrerschwemme" befürchten oder ernstzunehmender von einem „Sättigungsgrad an Lehrern" sprechen, begegnete die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft mit einer eigenen Berechnung, die dokumentiert, daß bei Durchführung der dringendsten Reformen 62 560 Lehrkräfte für das Vorschuljahr, 173 204 in Grund- und Hauptschulen, 30 221 in Realschulen, 46 468 in Gymnasien und 62 395 in Berufsschulen fehlen. Das sind bei einem Bestand von 342 799 Lehrkräften 374 848 Lehrer, die eigentlich notwendig wären, aber fehlen.

Polnische Journalisten gegen Zensur

Die polnischen Journalisten fordern eine Lockerung der Zensur, größere Meinungsfreiheit und mehr Selbständigkeit für die Zeitungen. Das geht aus den Reden hervor, die auf dem vergangenen Juni abgehaltenen 8. Kongreß der polnischen Journalisten gehalten wurden.

Einer der Redner, der bekannte Publizist Karol Malcuzynski, erklärte ohne Umschweife, die polnische Presse habe das Vertrauen ihrer Leser verloren: „Es handelt sich jetzt darum, die abgerissenen Bande zu den Lesern wieder anzuknüpfen und das Vertrauen der Leser wiederzugewinnen. Es ist nicht mehr möglich, eine Zeitung nur im Sinn des Partei- und Staatsapparats zu machen." Malcuzynski forderte eine Reorganisierung der Zensur. Die Rechte der Zensur sollten streng definiert werden und die Journalisten sollten die Möglichkeit haben, gegen Zensurmaßnahmen, die sie für zu streng halten, Berufung einzulegen. Andere Journalisten betonten, daß die Presse nicht nur das Sprachrohr der Partei sein, sondern auch die Meinungen der Arbeitermassen widerspiegeln sollte.

Auflagen sinken

Der strahlende Stern der Springer-Blätter sinkt. Die Auflagen gingen im letzten Jahr mäßig bis stark zurück, wobei die Zeitungen mit der stärksten Rechts-Profilierung den stärksten Rückgang zu verzeichnen hatten. So verloren z. B. Hamburger Abendblatt: 1,5 %; BZ: 4,3 %; Berliner Morgenpost: 4,9 %; Bild am Sonntag: 8,7 %; Bild: 11,8 % ihrer Leser.

Streik in Spanien

Eine Woche nach dem am 2. Oktober begonnenen Streik der asturischen Bergarbeiter befanden sich bereits 7400 im Ausstand. Der Streik begann in dem staatlichen Unternehmen Hunosa. Die Arbeiter in den privaten Firmen schlossen sich dem Streik aus Solidarität an. Die Forderungen der Bergarbeiter sind ein Minimallohn von 300 Pesetas (ungefähr 15 DM) pro Tag, 40 Tage bezahlter Urlaub und die 40-Stunden-Woche. Bei einer möglichen Verknappung der Kohle plant die spanische Regierung, wie schon zu anderen Gelegenheiten geschehen, Kohle aus Polen zu importieren.

Der bittere Lorbeer

Unter den zahllosen Preisen hat der Friedens-Nobelpreis einen ganz unvergleichlichen Symbolwert. Das wissen die Empfänger ebenso wie das Gremium, das ihn verleiht. Es ist bemerkenswert, daß der Preis zum zweiten Mal an einen aktiven deutschen Politiker verliehen wird, der ein Nachkriegserbe zu bewältigen versucht. Stresemanns tastende Ausgleichsversuche zu Westeuropa und zur Sowjetunion scheiterten, weil an den Grundlagen der Gesellschaft, die sie hätten tragen müssen, nichts geändert wurde. Brandt ist nicht Stresemann; aber solange Verträge nur auf einer Ebene geschlossen werden, auf der sich Systeme des bürokratischen Sozialismus mit kapitalistischen Herrschaftsordnungen treffen, ist jede Form der Friedensregelung gefährdet.

Das soll die politische Bedeutung der Preisverleihung an Bundeskanzler Brandt nicht mindern. Sie erfolgt in einem Augenblick, da sich die außerparlamentarische und parlamentarische Rechte zu einer Einheitsfront zusammenschließt, die nationalistische Aggressivität, Vorurteile, illusionäre Wünsche nach Grenzrevisionen in der Bevölkerung zu wecken entschlossen ist. Davor haben alle anderen Völker Angst. Der Preis ist auch eine Demonstration für den Antifaschisten Brandt.

Keinem vernünftigen Menschen, der die bis heute nachwirkenden Katastrophen der deutschen Geschichte kennt, kann die mit dem Nobelpreis ausgedrückte Bekräftigung und internationale Unterstützung der Ostpolitik gleichgültig sein. Kritiker von links könnten allerdings meinen, die Polarisierung der Kräfte in der Bundesrepublik fördere die Chancen der revolutionären Linken. Das ist eine weitverbreitete Täuschung. Die Vorstellung, Strauß und sein neonazistischer Anhang an den Schalthebeln der Macht entlarve das gegenwärtige System besser als aufwendige Aufklärung und Agitation, wird durch alle Erfahrungen widerlegt. Lenin sprach von der Notwendigkeit der Selbsterfahrung der Massen — solange sie sozialdemokratisch-reformistische Lösungen der gesellschaftlichen Widersprüche für möglich halten, werden sie auf sie zurückgreifen. Sie müssen selber, am eigenen Leibe, erfahren, daß reformistische Lösungen innerhalb des kapitalistischen Herrschaftssystems auf lange Sicht zum Scheitern verurteilt sind.

Und noch etwas anderes ist zu berücksichtigen: Der deutsche Anti-Kommunismus, der die inneren gesellschaftlichen Widersprüche verdeckt, lebt von der Anormalität der europäischen Situation und der Vorläufigkeit der Grenzen. Die gegenwärtige Ostpolitik kann in diesem Sinne, als Legalisierung des status quo, ein Schritt zum Abbau des rechtsradikalen Aggressionspotentials in Mitteleuropa sein.

Gleichwohl besteht kein Grund zu einer euphorischen Stimmung, von der auch CDU und CSU profitieren möchten. Was gegen den borniert-ten Nationalismus gemeint war, wird schon in eine nationale Selbstbestätigung umgedeutet. Schon beginnt die etwas irritierte politische Rechte diesen Preis in eine Würdigung aller Deutschen umzukehren, gar in eine nachträgliche Ehrung Adenauers; denn, wie wie es in der Frankfurter Allgemeinen heißt, nur auf dem bereiteten Boden der Adenauerschen Westintegration sei die gegenwärtige Ostpolitik möglich geworden.

Aber noch aus einem anderen Grunde haftet an diesem Preis eine Bitterkeit, die gerade die, die den Begriff des Friedens ernst nehmen und an der persönlichen Integrität Brandts keine Zweifel hegen, verspüren werden. Frieden bedeutet heute vor allem auch Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung, gegen Hunger, Elend, unmenschliche Lebensverhältnisse. Man kann nicht vom Frieden in Mitteleuropa reden und über Krieg, Unterdrückung, Elend in den eigenen Ländern und in anderen Teilen der Welt schweigen.

Brandt braucht den Friedens-Nobelpreis nicht, um seine Politik durchzusetzen. Sie ist — und gerade die internationale Reaktion auf die Preisverleihung zeigt das — sicherer Bestandteil einer langfristigen Strategie der Großmächte: einer Strategie der Konfliktminderung innerhalb und an den Grenzen ihrer Interessensphären. Gerade auch für die Vereinigten Staaten ist eine Frontbegradigung in Mitteleuropa lebenswichtig, wollen sie sich auf ihren Hauptfeind konzentrieren: die revolutionären Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, wo immer sie auftreten.

Im Kreis der Kandidaten befanden sich aktive Kämpfer, wie der brasilianische Erzbischof Dom Helder Camara, und unbeirrbare Sozialreformer, wie Danilo Dolci. Für sie hätte der Nobelpreis ungleich größere Bedeutung; er wäre gleichzeitig ein symbolischer Akt gewesen, der die Weltöffentlichkeit auf das Hauptproblem gelenkt hätte: auf das fortexistierende Elend in den kapitalistischen Ländern und auf die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Nur sie sind imstande, den Hunger zu beseitigen und den Frieden der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung zu sichern. Solange man nicht den Mut hat, den Friedensnobelpreis einem aktiven Revolutionär zu verleihen, bleibt er Auszeichnung der Herrschenden, die sich gegenseitig ihre Friedensabsichten bestätigen.

Die Verleihung an Dom Helder Camara wäre ein kleiner Schritt gewesen, diesen Bannkreis zu durchbrechen.

OSKAR NEGT

Attacke von rechts

Mit dem wachsenden Interesse an einer Erwachsenenbildung, die als Teil des öffentlichen Bildungswesens die gesellschaftlich notwendige Funktion der „Weiterbildung“ übernehmen soll, und mit der fortschreitenden Kritik des überlieferten Selbstverständnisses der vor allem an den Volkshochschulen betriebenen Erwachsenenbildung, setzte sich auch in diesem Bereich des Bildungswesens eine Auseinandersetzung fort, die vor Jahren bereits an Hochschulen und Universitäten begonnen hatte. Allerdings nahm diese Auseinandersetzung bisher nur sehr gemäßigte Formen an; es blieb weitgehend eine theoretische Auseinandersetzung mit bescheidenen Konsequenzen und ersten Ansätzen einer neuen Konzeption.

Der massive Widerstand von rechts gegen die ersten Versuche, die politische Bildung im Rahmen der Erwachsenenbildung näher an die gesellschaftlichen Realitäten heranzuführen und den gesellschaftlichen Standort der Volkshochschule auch politisch zu bestimmen, läßt ein Interesse der rechten Kräfte in der BRD an dieser „Weiterbildung“ erkennen, das in der Auseinandersetzung mit den ideologischen Inhalten bislang zu sehr ignoriert wurde. Von der „Welt“ über den „Rheinischen Merkur“ bis hin zur „Frankfurter Allgemeinen“ schießen sich diejenigen auf die Volkshochschulen ein, die von der „Weiterbildung“ heute erforderlichen Investitionen berufliche Fortbildung als Teil der für den kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozeß erwarten. Politische Bildung wird nur insofern anerkannt, als sie erforderlich ist, die bestehenden politischen Spielregeln zu lernen und gesellschaftliche Konflikte in „angemessener Weise“ — wie ein Unternehmervertreter einmal sagte — zu bewältigen.

Die Erwachsenenbildung erfüllt noch immer weitgehend die Funktion einer systemstabilisierenden Vermittlung von Wissen und politisch-sozialen Techniken, doch da diese Funktion nicht mehr unumstritten ist, sehen CDU/CSU und einige ihrer publizistischen Organe eine Gefahr für ihre Freiheit heraufziehen. In der Münchener CSU sah man in einem Bildungsprogramm für Jugendliche der Münchener Volkshochschule eine „geballte linke Agitationszelle gegen Staat und Gesellschaft“, die „Frankfurter Allgemeine“ beginnt ihre Kampagne gegen die Frankfurter VHS mit der Behauptung, Mitarbeiter der VHS hätten in Frankfurt Hausbesetzungen organisiert, seien für einen Streik in der städtischen Lehrlingswerkstatt verantwortlich und wollten die ersten Fabrikbesetzungen inszenieren.

Die von der „Frankfurter Allgemeinen“ erhobenen Vorwürfe sind grotesk, sie zu widerlegen ist hier nicht unsere Sache. Ernstzunehmen ist die Methode, mit der eine Reform der Erwachsenenbildung unterbunden werden soll, die offensichtlich den Interessen der Herrschenden in der BRD zuwiderläuft. Die VHS soll auch in ihrem Bereich die in der Schule und während der Berufsausbildung erzwungene Anpassung an die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und die Identifikation mit den dort vermittelten sozialen Normen weiter stabilisieren. Da die Teilnehmer an den Veranstaltungen, Kursen und Seminaren der VHS Lohnabhängige — wenn

Bitte um Anschaffungsspenden! Wieder einmal müssen wir betteln. Um die wachsenden Arbeiten und Aufgaben bewältigen zu können, müssen wir den technischen Apparat des Sozialistischen Büros erheblich verbessern. Wir brauchen eine neue Abzugs- bzw. kleine Druckmaschine. Wir müssen die jetzt über 10000 Adressen auf Adrema umstellen. Wir brauchen eine große Schreibmaschine sowie Schränke und Regale. Erst mit der solidarischen Hilfe aller und mit den zusätzlichen Spenden, die wir von Zeit zu Zeit erbitten müssen, wird es uns möglich, solidarische Unterstützung all jenen Gruppen und einzelnen zu geben, die auf vielfältige Weise das Sozialistische Büro in Anspruch nehmen, aber selbst kein Geld haben. Somit bitten wir dieses Mal um eine Anschaffungsspende. Danke im voraus!
Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591: Postscheckkonto Ffm. 2956 80 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach, Nr. 17 413 263.

auch nur zu einem sehr geringen Anteil Arbeiter — sind, fürchten Unternehmer und ihre Agenten jene „Einheit von Theorie und Praxis", die der Frankfurter Volkshochschule zum Vorwurf gemacht wird. D. h. sie fürchten offensichtlich, daß die VHS der Ort werden könnte, an dem Lohnabhängige ihre sozialen Erfahrungen an Ansprüchen messen, die diese Gesellschaft, um ihren demokratischen Schein zu wahren, nicht aufgeben kann. Jede politisch verbindliche Diskussion in der Erwachsenenbildung, die die Notwendigkeit politischen Handelns einbezieht und jede politische Bildung, die politisches Handeln zum Gegenstand des Bildungsprozesses macht, muß der gesellschaftlichen Randgruppe von Unternehmern gefährlich erscheinen, da sie ihrer Herrschaft nur solange sicher sein können, als politische Bildung von politischer Praxis abgeschnitten bleibt und Konsequenzen aus der politischen Bildung nur als allgemeiner Auftrag an den mündigen Bürger verstanden wird. Die Attacken von rechts, denen nun auch die Volkshochschulen ausgesetzt sind, sind Teil einer politischen Strategie des bundesrepublikanischen Rechtskartells, der man wirkungsvoll nur entgegenwirken kann, wenn man nicht den Rückzug antritt, sondern die politischen Hintergründe und ökonomischen Interessen aufdeckt, die in dieser Strategie ihren Ausdruck findet. Eine emanzipatorische Bildungspraxis ist gerade jetzt dort zu organisieren, wo bereits Diskussion über eine so verstandene Erwachsenenbildung auf den Widerstand von rechts stößt.

KLAUS VACK

Wie menschlich Kaiser sind

Die gute Gesellschaft der Welt gibt sich gerade ihr herbstliches Stelldichein. Zwischen dem Duft der großen weiten Welt und dem weißen Riesen, der die Hausfrau so sauber wie noch nie erstrahlen läßt, erblicken wir allerorts Majestäten. In Persepolis feiert der Abkömmling einer Bande von Strassenräubern (was nicht das Schlimmste wäre), die sich vor ein paar Jahrzehnten auf den Thron schwang, sein 2500-jähriges Bestehen. In der Bundesrepublik gibt ein zerbrechlicher alter Herr, Majestät und Tenno genannt, Gelegenheit, deutsche Spezialitäten vorzuführen. Karneval oder nicht Karneval, ein Rheinlied muß ebenso sein wie der große Zapfenstreich und die beschwingte Erkenntnis des Regierungssprechers und Herrn Staatssekretärs, „wie menschlich Kaiser sind", und „was die Kaiserin für ein Temperament" hat. Das ist große Welt. Wir entzücken uns an der westdeutschen und japanischen Flagge, die am Cockpit des kaiserlichen Jets im durch Nationalhymnen verzauberten Winde flackern, so wie uns das berichtete Entzücken der Majestäten vor der mit dem japanischen Banner geschmückten Loreley be-

rührt. Stammt das Lied von der Loreley nicht von jenem unbekannten deutschen Dichter, den wir in den Hochzeiten des Bündnisses von japanischem und deutschem Imperialismus nicht kennen wollten?

Die Herren Journalisten versichern uns mit bedeutender Miene, die Japaner nähmen es längst den Amerikanern nicht mehr übel, daß sie die Atombomben warfen — von denen man heute weiß, daß sie nicht dem schon geschlagenen Japan, sondern der Sowjetunion galten, als eine gewissermaßen staatlich genehmigte Demonstration. Die kleinen, durch ordentliche Gewalt beantworteten westdeutschen Demonstrationen gegen den politischen Zweck der Reise der Majestäten, den japanischen Imperialismus aufzuputzen, konnten dieses Idyll, wie geschmacklos es auch sein mochte, nicht stören. Was die Deutschen bewegte, mag uns die treffliche Antwort eines Meeresbiologen, der von seinem kaiserlichen Kollegen durch ein Geschenk geehrt wurde, erklären. Auf die journalistisch bedeutsame Frage, ob er sich freue, entgegnete er, vor Freude strahlend: „Jawoll, ja!"

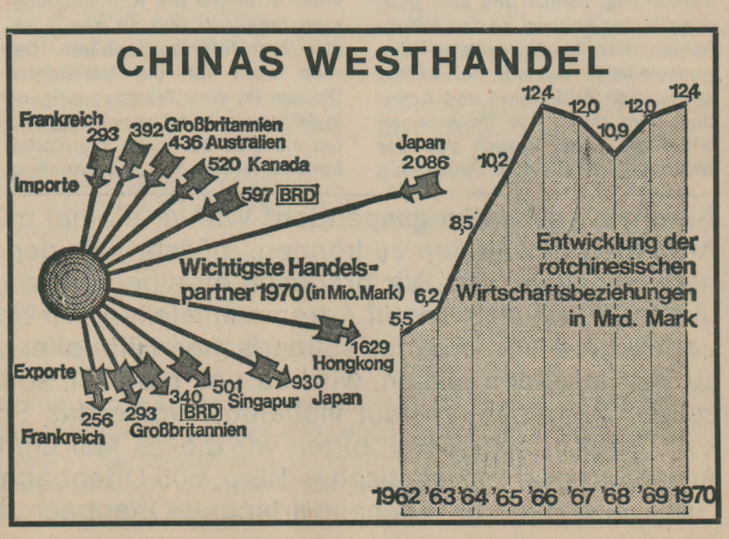
Den Kaiser von China steckten die chinesischen Genossen nach ihrem revolutionären Sieg zuerst in eine Blumengärtnerei, dann in eine Bibliothek, damit er noch ein anständiges Leben führen könne. Den japanischen Tenno brauchten amerikanische und japanische herrschende Klassen, um die „Kontinuität" zu wahren und das neue Bündnis wie die neue Regierungsform zu weihen.
Der Kölner Erzbischof würdigte die Größe des Tennos, der am Kriegsende freiwillig auf seine Würde als Halbgott verzichtete und sich als gewöhnlicher, wenn auch majestätischer Mensch bekannte; das stärkte wohl unsere christliche Glaubenskraft. Aus amerikanischen Untersuchungen wissen wir mittlerweile, daß der zerbrechliche, aber symbolträchtige alte Mann in jüngeren Jahren die ungeheuren Schlächtereien des japanischen Imperialismus nicht nur gutgeheissen, sondern sich auch persönlich anspornend betätigt hat. Wir sollen jedoch, sagt man uns, nicht an alten Wunden rühren. Die Niederländer freilich, die weniger Vergangenheit bewältigen müssen, trugen vor ihren Demonstrationen, welche die Ehre der europäischen Linken retteten, ein Transparent, auf dem in deutscher Sprache zu lesen war: „Er hat von nichts gewußt".

ERNST KALTENTALER

China in den Vereinten Nationen

In Kürze beschließt die Vollversammlung der Vereinten Nationen über die Vertretung Chinas in der Weltorganisation. Das Ergebnis und vor allem die Folgen der Abstimmung sind auch heute noch nicht klar abzusehen. Die politische Lösung der Chinafrage unter dem Gesichtspunkt des Universalitätsprinzips der Vereinten Nationen, einer Organisation souveräner Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen, scheint einfach und dürfte von einem beträchtlichen Teil der UNO-Mitglieder — wenn auch aus unterschiedlichen Motiven — angestrebt werden: Die Volksrepublik China wird ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der UNO, die sogenannte Republik China (Taiwan) wird als de facto seit über zwanzig Jahren bestehender Staat und als weithin anerkanntes Völkerrechtssubjekt einfaches Mitglied der UNO. Schwierig ist ein konstitutioneller Weg zu dieser Lösung der Chinafrage, der den Interessen und der bisherigen Ideologie aller Beteiligten nicht grundlegend widerspricht.

Es mag dahingestellt sein, seit wann die amerikanischen Regierungen nicht mehr mit einem Rollback des Kommunismus in China rechnen. Politisch hatten jedoch die USA während des Kalten Krieges ein Interesse, die UNO als eine Unterabteilung des State Department zu erhalten und die VR China als Verstärkung der sozialistischen UN-Minorität und der afroasiatischen Gruppe am Eintritt in die Weltorganisation zu hindern. Diesem Interesse entsprach die bisher herrschende UNO-Ideologie, das Tschiang Kaischek-Regime als Vertreter Chinas im Sicherheitsrat zu betrachten. Um diese Position zu wahren, mußte Taiwan den chinesischen Alleinvertretungsanspruch aufrechterhalten ohne Rücksicht auf reale Möglichkeiten, die Entwicklung zum Sozialismus in Festlandchina revidieren zu können. Die VR China wiederum kann ihrerseits nicht — von der innenpolitischen Rücksichtnahme auf populäre nationalistische Bindungen an die ehemaligen Kaiserreichsgrenzen einmal abgesehen — auf den Alleinvertretungsanspruch für ganz China verzichten, will sie den chartagemäßen ständigen Sitz Chinas im Sicherheitsrat einnehmen. Entsprechend verlangten die sozialistischen Staaten in der UNO stets und auch heute noch — wenn auch der entsprechende Antrag in diesem Jahr nur von Albanien eingebracht wurde —, daß Peking durch Verfahrensbeschluß mit einfacher Mehrheit den ständigen Sitz im Sicherheitsrat erhält, wodurch die Taiwanvertreter automatisch keine Existenzberechtigung mehr in der UNO haben — so wie jede andere Regierung, die durch einen politischen Umsturz mehr oder weniger gewaltsam die faktische Herrschaftsausübung in einem Staat verloren hat. Taiwan ist nach volkschinesicher Ansicht nichts als eine vorübergehend von fremden Truppen militärisch okkupierte Provinz Chinas mit einer Marionettenregierung chinesischer Abstammung. Die im albanischen Antrag vertretene Ansicht kann sich außer auf geschichtliche und sozialanalytische Argumente, die die Chinafrage völlig von den Zweistaatenproblemen Deutschland, Korea und Vietnam unterscheiden, vor allem auch auf die völkerrechtliche und UNO-Praxis



stützen, diejenige Regierung als die legitime Vertretung eines Staates zu betrachten, die die faktische Herrschaft dauerhaft ausübt. So wurde der republikanische Vertreter Guatemalas in der UNO 1954 ohne irgendwelche Einwände nach dem CIA-Putsch ausgewechselt, ebenso die Vertretung der CSSR 1968.

Sollte in diesem Jahr der Antrag auf Anerkennung Pekings als Vertretung Chinas angenommen werden, so kann Taiwan nur dazu übergehen, den Alleinvertretungsanspruch aufzugeben, die amerikanische Zweistaatenthese zu übernehmen und einen Antrag auf Aufnahme als neues Mitglied zu stellen. Ob für einen solchen Antrag die erforderliche Zweidrittelmehrheit zustande kommen wird, ist fraglich, da viele Regierungen den Präzedenzfall der Anerkennung eines separatistischen Staates aus Eigeninteresse scheuen (vgl. Kongo, Nigeria, Pakistan).

Für die USA wäre der Ausschluß Taiwans aus der UNO eine schwere diplomatische Schlappe. Diese würde generell die Bündniszuverlässigkeit der USA gewaltig erschüttern, auch wenn sich an der faktischen Stützung Tschiang Kai-scheks nichts ändert. Die Wirkung der UNO-Resolution wäre ambivalent. So würde z. B. auch der japanische Militarismus, der wirtschaftlich, militärstrategisch und historisch stark an Taiwan interessiert ist, eine beträchtliche Stärkung in der japanischen Öffentlichkeit erhalten, da die Notwendigkeit einer politisch-militärischen Selbständigkeit Japans agitatorisch leicht bewiesen werden könnte.

Es war sicherlich nicht nur die Furcht der Nixon-Administration vor der im vorigen Jahr signalisierten Mehrheit für eine Mitgliedschaft der VR China in der UNO, die sie zur Flucht nach vorn, zu einem eigenen Antrag auf Aufnahme der Volksrepublik in die UNO bewegte. Sicherlich ist die beantragte Neuaufnahme der VR China in den Sicherheitsrat durch die USA selbst, die von Großbritannien und anderen mit Recht als konstitutionell unmöglich abgelehnt wird, nicht nur ein Trick, die Mitgliedschaft Pekings weiter hinauszuzögern. Peking kann — wenigstens vorläufig — nicht die Zweistaatenthese akzeptieren. Es wäre möglicherweise bereit, den Sitz im Sicherheitsrat wahrzunehmen, wenn es selbst den Alleinvertretungsanspruch für China aufrechterhalten kann bei faktischer Duldung der Anwesenheit eines Taiwan-Vertreters in der Vollversammlung aufgrund eines UN-Mehrheitsbeschlusses. Die Annahme des US-Resolutionsentwurfes würde jedoch so gut wie sicher nicht zum sofortigen Eintritt Pekings in die UNO führen.

Der Nixon-Administration dürfte jedoch tatsächlich an einer Präsenz der VR China in der UNO gelegen sein. Ein solche würde die mittlerweile für die USA unbequem werdende antiimperialistische Koalition von sozialistischen und afroasiatischen Ländern, die die USA 1970 zum ersten Veto im Sicherheitsrat zwang, in manchen Angelegenheiten spalten und den sowjetisch-chinesischen Antagonismus auch in der UNO wirksam werden lassen. Wenn die amerikanische Strategie des divide et impera in der UNO mißlingen sollte, werden die USA sicherlich den Versuch unternehmen, die UNO finanziell auszutrocknen oder doch wenigstens in ihrer weiteren Entwicklung noch stärker als bisher zu behindern. Politpsychologisch wird diese Möglichkeit der zukünftigen amerikanischen UNO-Politik durch das Nachlassen des Interesses der amerikanischen Publizistik und Wissenschaft an den Vereinten Nationen vorbereitet. Bisher konnten Weltstaatshoffnungen und Friedenssehnsüchte als Globalisierungen des „American way of life" von Publizisten und Wissenschaftlern ohne Kollision mit den nationalimperialistischen Interessen der amerikanischen Außenpolitik in die UNO projiziert werden, weil die USA eine sichere UN-Mehrheit anführten.

Die Sowjetunion ließ sich durch die Auseinandersetzungen mit der VR China nicht zu einer Abkehr ihrer bisherigen Chinapolitik in der UNO bewegen. So bleibt ihr nichts anderes übrig als die optimistische Hoffnung, zu deklarieren, die VR China könnte nach dem Einzug in die Völkerfamilie durch den diplomatischen Umgang mit anderen Delegationen von ihrer „abenteuerlichen" Politik abgebracht werden.

In Zukunft — nach der Aufnahme der VR China — werden die Vereinten Nationen noch deutlicher als bisher die realen Widersprüche des internationalen Systems widerspiegeln. Diese im Interesse eines reibungslosen Ablaufs der UNO-Propagandaschlachten und einiger bescheidener praktischer UN-Tätigkeiten zu bedauern, wäre der unsinnige Versuch, heile Welt auf einer Tribüne zu spielen, deren Aufgabe heute nichts anderes sein kann, als ein Kommunikationsforum aller weltpolitischen Antagonismen zu sein.

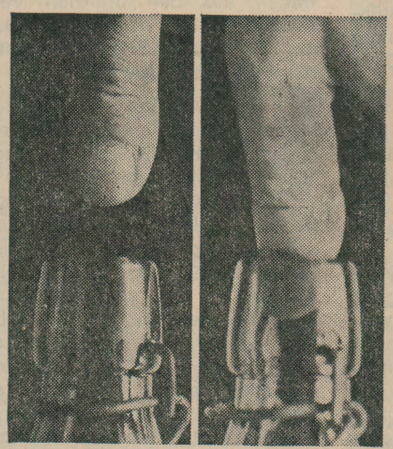
Einen Schauspieler von den geheiligten Brettern fernzuhalten, weil er unter Umständen die realen Widersprüche noch schärfer als bisher üblich zur Darstellung bringt, ist nicht weniger unsinnig als die Bühnenbretter wegen des miesen Schauspiels der Darsteller zu schelten.

EGBERT JAHN

●

Der Marsch ins Getto. Thesen zur DKP und zur Linkssektiererei in der BRD. LZ - Redaktionskollektiv (Zeitung für Lehrlinge und Jungarbeiter, Hamburg). Einzelpreis 50 Pfennig. Bezug: Spartakus, 2 Hamburg 13, Postfach 117.

Achten Sie auf Reihe Hanser



Dylan Thomas, Abenteuer in Sachen Haut
Band 71. 7.80 DM

Wolf Wondratschek, Paul oder die Zerstörung eines Hörbeispiels
Hörspiele. Band 72. 7.80 DM

Richard Brautigan, Forellenfischen in Amerika
Roman. Band 73. 7.80 DM

Brecht-Chronik
Daten zu Leben und Werk.
Band 74. 7.80 DM

H. Ostermeyer, Strafunrecht
Von der Sinnlosigkeit unserer Strafjustiz. Band 75. 7.80 DM

Christopher Caudwell, Bürgerliche Illusion und Wirklichkeit
Beiträge zur materialistischen Ästhetik. Band 76. 12.80 DM

Uwe Brandner, Mutanten Milieu
Bericht aus dem Land Asphalt & Alphabet. Band 77. 7.80 DM

Ulrike Prokop, Soziologie der Olympischen Spiele
Sport und Kapitalismus.
Band 78. Ca. 7.80 DM

H. Afheldt/Ch. Potyka/ Ph. Sonntag/C. F. v. Weizsäcker, Durch Kriegsverhütung zum Krieg?
Die politischen Aussagen der Weizsäcker-Studie „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung".
Band 79. Ca. 5.80 DM

Wolf Lepenies, Soziologische Anthropologie
Materialien. Band 80. Ca. 7.80 DM

Peter Klein, Francos zweite Inquisition
Spanien zwischen Folter und EWG.
Band 81. Ca. 7.80 DM

P. Hoffmann/N. Patellis, Demokratie als Nebenprodukt
Versuch einer öffentlichen Planung in München. Band 82. Ca. 7.80 DM

Godard/Kritiker
Ausgewählte Kritiken und Aufsätze über Film (1950–1970).
Band 83. Ca. 7.80 DM

Alfred Schmidt, Geschichte und Struktur
Fragen einer marxistischen Historik. Band 84. Ca. 5.80 DM

In jeder Buchhandlung oder direkt vom Carl Hanser Verlag, 8 München 86, erhalten Sie den ausführlichen Sonderprospekt.

Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts

Zivilisation am Scheideweg (Richta Report)

Der Richta Report ist eine interdisziplinäre Arbeit von 45 Professoren der Akademie der Wissenschaften in Prag. Er wurde 1968 in tschechischer Sprache veröffentlicht. Nach dem Einmarsch im August 1968 wurde der Druck und der Verkauf des Richta Reports in der CSSR verboten.

Diese Arbeit ist die relevanteste und umfassendste polit-ökonomische Analyse nach Lenins „Imperialismus heute". Richta und seine Mitarbeiter sind die einzigen Sozialwissenschaftler, die die polit-ökonomischen Entwicklungstendenzen genau beschrieben und untersucht haben. Sie üben nicht nur Kritik an Bestehendem, sondern bieten auch kommunistische Modelle an, die bei einem bestimmten Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Produktivkräfte realisierbar sind.

Die vorliegende Ausgabe ist herausgegeben vom „Verlag an der Basis" (Freiburg). Einwandfreier Druck (kein Reprint), broschiert, Format 21 x 20 cm, 200 Seiten, Preis DM 7,50 + Versandkosten.

Bücher- & Papervertrieb
605 Offenbach 4,
Postfach 591

Opposition meldet sich zu Wort

Heinz Hauser

Zum Gewerkschaftstag der IG-Metall

Verunsichert und verstört saß der Vorstand an seinem Tisch, die Abstimmungsmaschine funktionierte wie früher, doch die massive Kritik einer qualifizierten Minderheit der Delegierten war deutlicher als je zuvor zu vernehmen. Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag, der vom 27. 9. bis 2. 10. 1971 in Wiesbaden stattfand, stellt noch keine Wende in der bisherigen Gewerkschaftspolitik dar, man wird sich jedoch später einmal an Wiesbaden erinnern.

Eigentlich nur die über dreistündigen Eröffnungsfeierlichkeiten verliefen programmgemäß. Zwar empfand bereits hier mancher Delegierte, der ein erstes Mal auf einem Gewerkschaftstag war, ein Unbehagen, die langen staatsmännischen Reden ermüdend und das brave Stillsitzen als Anstrengung, aber immerhin war der Bundeskanzler persönlich erschienen und das Symphonieorchester musizierte auch ganz schön (ein Delegierter: Die wollen uns wohl einstimmen, damit's keine Mißtöne gibt?). Richtige Töne gab es bereits zu Ende der Feierlichkeiten: Als ein Vokalquartett vom Blatt ablesend eine „Suite von Arbeiterliedern" vortrug („Einer Woche Hammerschlag, einer Woche Häuserquadern zittern noch in unsern Adern ...") stimmten bei „Brüder zur Sonne zur Freiheit ..." erst wenige und schließlich alle ein, um diesem traditionellen Arbeiterlied seinen richtigen Platz zu geben, nämlich im Kampf der Gegenwart und nicht im Museum für Gesangsfreunde.

Waren seit 1952 (als Otto Brenner in einer Kampfabstimmung zum Vorsitzenden der IG Metall gewählt wurde) die Gewerkschaftstage fast ausnahmslos nach Vorstandsregie verlaufen, so zeigte sich dieses Mal schon bei der Abstimmung über die vorgelegte Geschäftsordnung Unmut über diese Regie: Die vom Vorstand vorgelegte Geschäftsordnung bekam zwar von 265 Delegierten die Zustimmung, aber 187 Delegierte stimmten dagegen, weil diese Geschäftsordnung die Vorlagen des Vorstandes gegenüber den Anträgen aus den örtlichen Verwaltungsstellen begünstigte und der Antragskommission Manipulationsmöglichkeiten bot.

Schon die Anträge aus den Betrieben und Verwaltungsstellen (siehe SBK-GBZ-Sondernummer „Sozialistische Gewerkschaftspolitik" zum IGM-Gewerkschaftstag) hatten signalisiert, was spätestens seit den spontanen Streiks im Herbst 1969 und noch mehr während der Tarifrunde 1970 deutlich geworden war: Immer mehr Mitglieder und Betriebsfunktionäre sind mit dem Vorstand unzufrieden. Eine Vielzahl der Anträge der Basis forderte eine entschiedene Vertretung der Arbeiterinteressen durch die Gewerkschaft, innerorganisatorische Demokratie und eine antikapitalistische Gesellschaftspolitik.

Die lebhafte Diskussion, die mit der Geschäftsordnungsdebatte begann, setzte sich in der Aussprache über die Vorstandsberichte, über Brenners „Grundsatzreferat" und die Antragsberatung bis zu den Wahlen (bei denen erstmals zusätzliche Kandidaten zur Vorstandsliste aufgestellt wurden) fort. Am 4. Tag dann, als die Entschließung über ein Verbleiben oder Nichtverbleiben in der Konzertierten Aktion zur Entscheidung stand, mußte Otto Brenner vor den Delegierten eingestehen: „Kollegen, ich verstehe einfach die Welt nicht mehr." Trotz aller Beschwichtigungsversuche und Einheitsappelle (Brenner: „Wir lassen uns nicht auseinander manövrieren von Kräften, die daran interessiert sind, einen Keil in die Gewerkschaftsbewegung zu treiben", damit war die innergewerkschaftliche Opposition gemeint) hatten die meisten Diskussionsredner unermüdlich die Vorstandspolitik kritisiert, eine aktive und betriebsnahe Tarifpolitik, Widerstand (und nicht nur papierne Proteste) gegen den BVG-Novellierungs-Entwurf der Bundesregierung und Kampf für eine Überführung der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum gefordert und bis zum letzten Diskussionsbeitrag vor der Abstimmung für Austritt aus der Konzertierten Aktion gekämpft. Allein zum Geschäftsbericht hatten ca. 70 Delegierte gesprochen.

Doch die Mehrheit der Delegierten brachte Brenners Welt wieder in Ordnung. Alle Vorstandsentschließungen wurden mit Mehrheit angenommen, oft jedoch bei mehr als 100 Gegenstimmen. An dieser Stelle ist etwas über die Verfahrensweise bei der Verabschiedung von Anträgen zu sagen. Für die örtlichen Verwaltungsstellen, als unterste antragsberechtigte Organisationsgliederung, ist eine Frist gesetzt. Alle eingegangenen Anträge werden von der Antragskommission nach Sachgebieten geordnet, und der Vorstand legt „zusammenfassende" Entschließungen zu den wichtigsten Fragenkomplexen (Allgemeine Gewerkschaftspolitik, Wirtschaftspolitik, Mitbestimmung und Betriebsverfassung, Vertrauensleute- und Betriebsarbeit, Tarifpolitik usw.) vor; zu diesem Gewerkschaftstag waren es 17 Vorstandsentschließungen, die einen großen Teil der 694 Einzelanträge erledigen sollten. Ein solches Verfahren kann akzeptiert werden, soweit es sich um Zusammenfassung übereinstimmender Anträge handelt; aber die Funktion der Vorstandsentschließungen ist es, völlig gegensätzliche Anträge in einer Entschließung unter einen Hut zu bringen, nicht genehme Anträge zu blokkieren oder wenigstens zu verwässern und die Kritik, die aus einer Vielzahl der vorgelegten Anträge sprach, in Zustimmung zur Vorstandspolitik umzuformulieren. Die Antragskommission hat dabei die Aufgabe, möglichst viele der Verwaltungsstellenanträge unter die Vorstandsentschließungen zu subsumieren (also der Einzelabstimmung zu entziehen); das wird so gehandhabt, daß nicht über die einzelnen Anträge, sondern über die jeweilige Empfehlung der Antragskommission abgestimmt wird. Etwa so: Die heiß umstrittene Frage über ein Verbleiben in der Konzertierten Aktion (die überwiegende Mehrzahl der Diskussionsredner kämpfte für ein Ausscheiden der Gewerkschaften aus der Konzertierten Aktion) wird in der Vorstandsentschließung II „Wirtschaftspolitik" angesprochen. Die Antragskommission empfiehlt

Gewerkschaftstage der siebziger Jahre. Feierliche Eröffnung. Mit Blumen und Ministern. Staatsschauspieler trällern die alten Arbeiterlieder. Ein Symphonieorchester intoniert die Weise. Die Arbeiter dürfen zuhören.

(wie bei allen Vorstandsentschließungen) Annahme und betrachtet damit über 70 Einzelanträge insgesamt oder teilweise als erledigt. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, beschließt also nicht nur die Vorstandsentschließung, sondern gleichzeitig, daß die von der Antragskommission festgelegten Einzelanträge erledigt sind. In der Vorstandsentschließung „Wirtschaftspolitik" wird unter vielem anderen auch ein eindeutiges Bekenntnis zur Konzertierten Aktion abgelegt; erledigt werden aber auch alle Einzelanträge, die sich ausschließlich kritisch mit der Konzertierten Aktion auseinandersetzen oder den Austritt der Gewerkschaften fordern, ohne daß diese Einzelanträge zur besonderen bzw. alternativen Abstimmung gestellt werden. Auch unterbleiben auf Betreiben der vorstandstreuen Antragskommission alternative Teilabstimmungen, es wird immer ein ganzer Komplex in einem Aufwasch erledigt. Daß bei dieser Prozedur die Opposition bei der Abstimmung keine Chancen hatte (wenngleich die besseren Argumente), liegt auf der Hand, zumal viele der Kollegen aus den Betrieben (75% waren zum erstenmal auf einer solchen Veranstaltung) von der Abstimmungsmaschine einfach überrollt werden. So ist es auch erklärbar, daß die Opposition zwar den größten Teil der zur Verfügung stehenden Diskussionszeit für sich beanspruchen und oft großen Beifall ernten, der Vorstand aber seine Entschließungen mit Mehrheit unter Dach und Fach bringen konnte.

Als Höhepunkt des Gewerkschaftstages war Brenner's „Grundsatzreferat" angekündigt worden. Doch was der Vorsitzende anzubieten hatte, war eher ein Rundgang durch den gewerkschaftlichen und gesellschaftspolitischen Blumengarten als ein Grundsatzreferat. Gleichgewichtig und ohne politische Prioritäten zu setzen, wurden Selbstverständlichkeiten, Gemeinplätze, Detailprobleme und zentrale Fragen gegenwärtiger Gewerkschaftspolitik aneinander gereiht. Jeder Kenner des Apparats konnte die einzelnen Vorstandsabteilungen abhaken, die jeweils ihre Probleme und Problemchen zum „Grundsatzreferat" beigesteuert hatten. Diesen allgemeinen Eindruck konnte auch Brenner's Proklamation einer „harten Tarifrunde" nicht beschönigen (wenn sich jemand auf eine harte Tarif-

Für eine neue Gewerkschaftspolitik

Aus kritischen Diskussionsbeiträgen zum Wiesbadener Gewerkschaftstag der IG Metall

Vertrauensleute

Wer sicherstellen will, daß Gewerkschaftspolitik und der Gewerkschaftsalltag sich nicht an der Mitgliedschaft vorbei abspielt, der muß nicht nur dafür sorgen, daß die Vertrauensleute demokratisch gewählt werden, sondern daß sie eine echte Aufgabenstellung bekommen und bei der gewerkschaftspolitischen Willensbildung entscheidend mit einbezogen werden. Es genügt einfach nicht, in die Richtlinien für die Vertrauensleutearbeit hineinzuschreiben, daß es Aufgabe der Vertrauensleute sei, die Mitglieder über die geltenden Tarifverträge aufzuklären und mit ihnen die künftige Tarifgestaltung zu erörtern, wenn man gleichzeitig die Tarifbewegung so anlegt, daß der Funktionär auf der unteren Ebene so gut wie gar keinen Einfluß auf die Gestaltung der Forderungen hat. Wie sieht denn die Praxis aus? Die Vertrauensleute werden in der Regel erst dann zusammengerufen, wenn die Forderungen bereits feststehen. Ziel einer solchen Vertrauensleutesitzung ist dann nicht, die zukünftige Tarifgestaltung zu diskutieren, sondern die Kritik an der getroffenen Entscheidung abzubauen und die Vertrauensleute auf eben diese Entscheidung einzuschwören ...

Konzertierte Aktion

Ich möchte von mir aus zunächst sagen, daß natürlich zwischen der Tarifpolitik unserer Organisation und der vom Staat beschlossenen Konzertierten Aktion ein objektiver, von der Regierung gewollter Zusammenhang besteht. Die Unternehmerverbände sehen die Konzertierte Aktion als ein Instrument ihrer Lohnpolitik an. Es wird wohl niemanden hier im Saal geben, der an Hand der Erfahrungen mit der Konzertierten Aktion behaupten wollte, durch die Gespräche zwischen der Regierung, den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften seien die Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten nach oben beeinflußt worden. Darum muß hier deutlich ausgesprochen werden: Die Konzertierte Aktion ist ein untaugliches Mittel für die Tarifpolitik der Gewerkschaften. Heute muß man es sogar noch deutlicher sagen: Die Konzertierte Aktion ist ein Werkzeug der Unternehmerverbände gegen die aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften ...

Otto Brenner antwortet seinen Kritikern: „Kollegen, ich verstehe einfach die Welt nicht mehr."

Tarifpolitik

Als Gewerkschafter sind wir gewohnt, die Tatsachen real zu sehen. Nehmen wir unsere jetzige Lohnbewegung. Bei uns in Nordrhein-Westfalen ist eine Lohnforderung von 9% plus flankierender Maßnahmen gestellt. Die Kollegen im Betrieb rechnen einfach: Nach den statistischen Angaben steigen die Preise 1971 um ca. 6%, höhere Lohnsteuern und Sozialabgaben bei 9%-iger Tariflohnerhöhung, vorausgesetzt, daß sie voll durchgesetzt werden, ergeben 2%. Bliebe praktisch 1% gegenüber dem Reallohnstand von 1970. — Nach meiner Meinung ist die Forderung von 9% kein Ausdruck einer aktiven Lohnpolitik, sondern höchstens eine Anpassung an die Preisentwicklung. Wir hinken nach, unsere Tarifpolitik paßt sich an die Wirtschaftsdaten an, die von der Regierung in der Konzertierten Aktion gegeben wurden...

Tarifrunde 1971

Im Informations- und Pressedienst, der uns täglich vom Vorstand der IG Metall zugeschickt wird, ist ein Interview abgedruckt, in dem Otto Brenner dem dpa-Journalisten Richter Antworten zum Gewerkschaftstag gibt. Herr Richter stellte an den Kollegen Brenner z. B. die Frage: „Sie werden vor dem Gewerkschaftstag ihre lohnpolitische Devise 'Soviel wie im Vorjahr geht nicht' vertreten müssen. Was wollen Sie den Kritikern entgegnen?" — Der Kollege Brenner sagte: „Sie unterstellen, daß es Kritiker geben wird. Tatsache ist aber, daß bisher nur ganz vereinzelt Stimmen laut geworden sind, denen die Lohnforderungen zwischen 9 und 11% nicht hoch genug sind. In den Tarifkommissionen haben sich jedenfalls überwältigende Mehrheiten für diese Forderungen ausgesprochen." — Diese Antwort des Kollegen Brenner können wir nicht hinnehmen. In den meisten Großbetrieben sind Lohnforderungen zwischen 12 und 15% angemeldet worden. Immer stärker wird die Forderung nach linearer Lohnerhöhung, nach gleichen Lohnsätzen für alle Gruppen, gestellt. Die Bezirksleiter müssen doch wissen, welche Mühe sie hatten, in den Tarifkommissionen diese Forderungen herunterzudiskutieren...

Mobilisierung der Basis

Tatsache ist, daß der Anteil von Löhnen und Gehältern am Sozialprodukt nicht gestiegen, sondern gesunken ist. In der Rezession 1966/67 erhöhten sich die Löhne und Gehälter nur unwesentlich. In zahlreichen Fällen mußten die Kollegen sogar empfindliche Lohneinbußen hinnehmen, weil ihnen tarifvertraglich nicht gesicherte Lohnbestandteile gekürzt wurden. Für 1968 wurde uns ein Tarifvertrag mit geringen Steigerungsraten und langer Laufzeit beschert. Notgedrungen griffen die Kollegen 1969 zur Selbsthilfe und holten das heraus, was tarifpolitisch versäumt worden war. 1970 wurde die Tarifbewegung durch den Druck aus den Betrieben wesentlich beeinflußt. Wir konnten zwar die 15%-Forderung tariflich nicht durchsetzen, aber in zahlreichen Betrieben wurde dank der Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen wesentlich mehr als allgemein durchgesetzt. Die Erfahrungen von 1969 und 1970 haben uns sehr deutlich gezeigt, daß wir nur auf der Basis der Mobilisierung die aufgestellten Forderungen verwirklichen können...

Öffnungsklausel und betriebsnahe Tarifpolitik

Eine wesentliche Forderung der Funktionäre in den Betrieben ist, eine Öffnungsklausel in regionale Tarifverträge einzubauen. Was wollen wir damit erreichen? Die effektiven Löhne und Gehälter müssen tariflich abgesichert werden. Schon seit Jahren fordern wir in den Betrieben: Effektivlöhne müssen tarifiert werden. Die völlig unkontrolliert gewucherten betrieblichen Lohnfindungsmethoden müssen endlich durch tarifvertragliche Regelungen abgesichert werden. Die in den Betrieben vereinbarten Lohn- und Gehaltsbestimmungen stimmen schon seit langem nicht mehr mit dem Lohnschlüssel überein... Deshalb: Festlegung der Lohn- und Gehaltsstruktur durch betriebsbezogene Tarifverträge. Mit großer Mühe, aber meistens ohne Erfolg, versuchen Betriebsräte Vertriebsvereinbarungen über Mehr-Maschinen-Bedienung, Regelung von Taktzeiten und Bandgeschwindigkeiten, Springer-Regelungen usw. abzuschließen... Nur durch Öffnungsklauseln und betriebsnahe Tarifverträge ist die weitestgehende Tarifierung der betrieblichen Lohn-, Gehalts- und Arbeitsbedingungen möglich. Betriebsnahe Tarifverträge sind kein tarifpolitischer Selbstbedienungsladen für betriebsegoistische Zwecke, sondern sie sind lebensnotwendig, wenn man die permanente Unsicherheit der Lohnabhängigen beseitigen will...

„Zur organisatorischen Reform"

Wenn wir also nicht bereit sind, hier auf dem Gewerkschaftstag hart und kritisch zu diskutieren, würde ich doch vorschlagen, ... daß wir den nächsten Gewerkschaftstag ausfallen lassen und den Delegierten die Taschen mit der Post zusenden...

auseinandersetzung vorbereitet, dann sind es die Unternehmer, die – wenn nicht nennenswerte spontane Aktionen aus den Betrieben erfolgen – der defensiven und zurückhaltenden IGM kurz vor Weihnachten einen Abschluß noch unter Schiller's Lohnleitlinien quittieren werden). – Grundsätzliches zur Gewerkschaftspolitik in dieser Zeit und die Nennung gewerkschaftspolitischer Prioritäten steuerten somit auch hier (wenn auch aus dem Stegreif verständlicherweise nur fragmentarisch) eher einige Diskussionsredner bei als Otto Brenner in seiner zweistündigen Rede.

Auch ein Novum bei diesem Gewerkschaftstag waren Kandidaten für Vorstandsfunktionen, die zusätzlich zu der Vorstandsvorschlagsliste aus dem Kreis der Delegierten vorgeschlagen wurden und sich auch zur Wahl stellten. Zwar hatten die „Protestkandidaten" keine Chance durchzukommen, aber sie verunsicherten den Vorstand derartig, daß sich Otto Brenner veranlaßt sah, nach erfolgter Wiederwahl (416 von 467 Stimmen) und Wahl des zweiten Vorsitzenden Eugen Loderer (419 von 468 Stimmen) zur Wahl der weiteren Vorstandsmitglieder an die Delegierten zu appellieren, daß sie „vernünftig genug sind zu wissen, wie sie sich bei einer Wahl zu entscheiden haben, mit der ja letztlich auch die zukünftige Zusammenarbeit der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder mitbestimmt wird." Dennoch konnten die vier nicht vorstandsgenehmen Kandidaten 196, 157, 97 und 49 Stimmen verzeichnen. Die weiteren Wahlergebnisse: Kassierer Karl-Heinz Troche 308 Stimmen; weitere Vorstandsmitglieder: Georg Benz 421 Stimmen, Heinz Dürbeck 388, Hans Mayr 384, Olaf Radke 376, Fritz Strothmann 374, Fritz Biggeleben 365, Willi Michels 361 und Anke Fuchs 307.

Kennzeichnend für diesen Gewerkschaftstag sind jedoch weniger die Abstimmungsergebnisse, sondern vielmehr das offene und konsequente Auftreten der Mehrzahl aller Diskussionsredner gegen die sozialpartnerschaftliche und regierungskonforme Vorstandspolitik, für eine Politisierung der Basis durch Vertrauensleute-Arbeit, betriebsnahe Bildungsarbeit und Tarifpolitik. Wichtig ist weiterhin, daß diese Kritiker durch eine Vielzahl von Anträgen aus den örtlichen Verwaltungsstellen gestützt wurden und auf dem Gewerkschaftstag nicht als Einzelerscheinungen isoliert werden konnten (die politische Opposition auf dem Gewerkschaftstag kann mit 80 bis 100 Delegierte, die „demokratische" – mehr innerorganisatorische Demokratie! – mit bis zu rund 200 Delegierten – bei insgesamt 470 Delegierten – beziffert werden). Wichtig und richtig war es, daß zu den Wahlen erstmals über die Vorstandsliste hinaus weitere Kandidaten aus dem Gewerkschaftstag für den neuen Vorstand aufgestellt wurden, obwohl sie auf diesem Gewerkschaftstag noch keine Chance hatten. Am wichtigsten ist jedoch das Wissen der Opposition davon, daß Gewerkschaftstage zwar ein gewisses Spiegelbild der Auseinandersetzung in der Organisation geben, daß aber der Kampf um die Durchsetzung der Interessen der Lohn- und Gehaltsabhängigen in den Betrieben geführt und entschieden werden muß: Der konsequente Aufbau der Vertrauensleutekörper, die Forcierung der betriebsnahen Bildungsarbeit und Tarifpolitik, die neue Entfaltung von Klassenbewußtsein und Kampfbereitschaft der Mitglieder, kurz antikapitalistische Gewerkschaftspolitik im Arbeits- und Erfahrungsbereich Betrieb sind die Hebel für eine grundsätzliche Neuorientierung und Umstrukturierung der Gewerkschaften zu demokratischen und aktionsfähigen Interessenorganisationen der Lohnabhängigen, zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Wieweit eine solche neue Gewerkschaftspolitik an der betrieblichen Basis vorankommt, wird nicht zuletzt der Gewerkschaftstag in 3 Jahren zeigen, wenn Otto Brenner und weitere altgediente Vorstandsmitglieder ausscheiden und wichtige Vorstandspositionen neu zu besetzen sind.

Dampf unterm Hintern

Zu einem vertraulichen Vorstandsprotokoll der IG Metall

Wer die wahren Absichten seiner Politik vor den Mitgliedern und unteren Organen der gewerkschaftlichen Organisation glaubt verbergen zu müssen, muß auch mit geheimen Anweisungen, Protokollen etc. arbeiten. So ist es nicht verwunderlich, daß immer mal wieder vertrauliche Papiere auftauchen, welche die Vorstandspolitik in ganz anderer Weise darstellen als diese verkauft werden soll. Auch auf dem IGM-Gewerkschaftstag machte ein Geheimprotokoll Furore, das über ein vertrauliches Gespräch der Herren Arbeitsdirektoren mit Vorstandsvertretern über das „Problem Vertrauensleute" berichtete.

Denn die Arbeitsdirektoren haben Ärger und der Vorstand der IG Metall teilt ihre Sorgen und Befürchtungen. Und das sind nicht etwa die Sorgen und Befürchtungen, die auch die Kollegen in den Betrieben beschäftigen: Betriebsstillegungen, Kurzarbeit und Entlassungen. Vorstand der IG Metall und Arbeitsdirektoren sind sich einig, daß etwas gegen die „Politisierung der Vertrauenskörper" und gegen den „sichtbaren Mißbrauch dieser Vertrauenskörper durch gewisse Gruppen" unternommen werden müsse.

Es ist noch nicht lange her, da wurde schon einmal in einer grossen Gewerkschaft geäußert, das „demokratische Gefummel an der Basis" müsse aufhören. Soll jetzt in der IG Metall die Arbeit der Vertrauensleute in gleicher Weise denunziert werden? Das Gespräch mit den Arbeitsdirektoren offenbart, daß sich die Kollegen in den Betrieben mit der Integration der Gewerkschaften in die bürgerliche Gesellschaft nicht abfinden und daß man im Gewerkschaftsapparat unfähig ist, in den in Betrieben aufbrechenden Konflikten Chancen für eine systemverändernde Gewerkschaftspolitik zu sehen.

Wir veröffentlichen nachfolgend einige Zitate aus dem 10-seitigen Protokoll. Dieses und die Teilnehmerliste liegen dem Sozialistischen Büro im vollen Wortlaut vor:

Kollege Michels sieht Aversionen überall und sagt wörtlich: „Der eine traut dem anderen nicht mehr. Man ist von vornherein gegenüber dem Spitzenfunktionär der Gewerkschaft auf Abwehr eingestellt."

Kollege Sieber beschäftigte sich dann noch einmal mit dem Status der Vertrauensleute. Er fragte: Die Vertrauensleute sind also Funktionäre? Und wie verhalten sie sich wirklich? Wem sind sie denn verantwortlich? Sie tun und lassen, was sie wollen!! Kürzlich hat der anwesende Sekretär der IG Metall es nicht einmal mehr gewagt, die Versammelten anzusprechen. „Den hätten sie glatt an die Luft gesetzt." Kollege Sieber bedauert außerordentlich, daß kein gegen die Organisation arbeitender Vertrauensmann zur Verantwortung gezogen würde, auch dann nicht, wenn man die Urheber kennt...

Kollege Best beschäftigte sich ebenfalls mit der Verantwortlichkeit und mit der Einräumung von besonderen Schutzrechten der Vertrauensleute. Wo ist die Betriebsordnung für die Vertrauensleute? Kollege Best verlangte eine straffere Organisation und verwies anhand von einzelnen Beispielen auf Vorgänge, wonach Vertrauensleute den Betriebsrat voll und ganz für sich in Anspruch genommen haben...

Kollege Hölkeskamp gab seiner Sorge über die wachsende Politisierung in den Betrieben Ausdruck. Am Beispiel der letzten Vertreterversammlung in Dortmund schildert er dann, wie absolut linksaußen stehende Außenseiter, die in unserer Gewerkschaft ansonsten keine Rolle spielen, beinahe gewählt werden. Wenngleich nichts gegen gesunde Spannungen zu sagen sei, so müßte hier doch gefragt werden, wie weit die Organisation zu gehen bereit sei...

Kollege Schwarting gab zu, daß es teilweise zu einer völligen Fehleinschätzung über Rechte und Pflichten der Mitbestimmungsträger, insbesondere der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat komme. So verlangte man vom Generaldirektor oder Anteilseigner Auskünfte über die allgemeine Geschäftspolitik. Man wollte Geschäftsführer und Arbeitsdirektoren zwingen, vor dem Vertrauenskörper Erklärungen zur Produktions-, Verkaufs-, Bau- oder Investitionsplanung abzugeben. Man erwartet, daß etwa Kollege Otto Brenner als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender auch über Tagesereignisse informiert sein muß und nahm ihm und anderen Funktionsträgern der Mitbestimmung nicht ab, daß es auch in der allgemeinen Information natürlich Grenzen gäbe. Kollege Schwarting erinnerte an die teils scheußlichen Vorfälle bei Krupp in Bochum, wo man die Erklärung des Kollegen Brenner bejohlte, ihn mit Buhrufen empfing und mit Pfiffen bedachte. Er schilderte aber auch die Auseinandersetzung im Bereich des Aufsichtsrates der Stahl- und Röhrenwerke Reisholz. Das sei eben die entweder gesteuerte oder gewollte Fehlinterpretation der qualifizierten Mitbestimmung. Es müßte uns gelingen, durch ständige Information und dauernden Kontakt die Vertrauensleute über Möglichkeiten und Grenzen der Mitbestimmung zu informieren...

Kollege Strothmann sagte abschließend, daß die Freiheit, in der IG Metall gegen die IG Metall sein zu dürfen, natürlich auch ihre Grenzen gegenüber sogenannten Basisdemokraten finden müsse. Kollege Strothmann sagte, daß auch, wenn der Betriebsrat durch die IG Metall beherrscht sei (ausnahmlos Mitglieder der IG Metall), dieser selbstverständlich als Institution nicht die IG Metall repräsentiert. Der Repräsentant der IG Metall im Betrieb ist und bleibt der Vertrauenskörper als unterste Organisationseinheit. In ihm spielen natürlich Betriebsratsmitglieder eine führende Rolle. Es müßte uns gelingen, die Vertrauenskörper politisch und gewerkschaftlich mit unserem Willen zu durchdringen. Entartungserscheinungen, die zu Lasten der Mitbestimmung gehen, eine sich abzeichnende Politisierung der Vertrauenskörper und sichtbarer Mißbrauch dieser Vertrauenskörper durch gewisse Gruppen müssen von uns sorgfältig beobachtet werden...

Sozialdemokratische oder sozialistische Doppelstrategie?

Anläßlich eines Frankfurter Beispiels

Gert Schäfer

In den vergangenen Monaten ist in „links" eine ausführliche Debatte über die Jungsozialisten und Sozialisten in der SPD veröffentlicht worden. Wenn auch keiner der an der Kontroverse Beteiligten eine dogmatische Gewißheit mit seinen Beiträgen verband und ihren notwendig einem praktischen Prozeß der Korrektur unterliegenden Charakter verleugnen wollte, so waren die vorgetragenen Positionen doch bestimmt genug, um unterschiedliche Situationsdeutungen und Wege zu begründen. Heute scheinen die Probleme der von den Jungsozialisten eingeschlagenen Politik und die schwierige Rolle der Sozialisten in der SPD noch deutlicher hervorzutreten. Das zeigt sich nicht nur in gewissen klar erkennbar opportunistischen Selbstverständnissen, wie sie etwa in dem von Norbert Gansel herausgegebenen Sammelband „Überwindet den Kapitalismus oder was wollen die Jungsozialisten?" teilweise enthalten sind, auch nicht allein in den zumindest als ständige Drohung wirksamen Parteiordnungs- und Ausschlußverfahren und deswegen unvermeidlichen taktischen Rückzügen der Jusos. Vielmehr scheint sich der Scheideweg zwischen einer sozialdemokratischen und einer tatsächlich sozialistischen Doppelstrategie ebenso aktuell wie verbreitet abzuzeichnen.

An einem neuesten, scheinbar unwichtigen Beispiel, den Reaktionsweisen des als links geltenden Unterbezirks Frankfurt der SPD anläßlich von Hausbesetzungen, läßt sich das Problem am, wie es gewünscht zu werden pflegt, konkreten Fall untersuchen. Um Mißverständnissen vorzubeugen, muß daran erinnert werden, daß es dabei nicht um Polemik gegen Personen geht. Auch dort, wo um der Sache willen pointiert und mit Schärfe formuliert wird, stehen die einzelnen lediglich als Repräsentanten gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse und politischer Entwicklungsrichtungen zur Kritik; diese allerdings ist unverzichtbar.

Als sozialdemokratische Doppelstrategie soll, im Anschluß an die Diskussion in „links" Nr. 21 – 23, die leider traditionsreiche Rolle der Sozialisten in der SPD verstanden werden, aus den kapitalistischen Verhältnissen hervorgegangenes Konfliktpotential durch die Bindung an eine systemstabilisierende Politik der SPD zu neutralisieren, auch wenn dies gegen die subjektiven Absichten der Parteilinken geschieht. Als sozialistische Doppelstrategie sei dagegen eine Politik bezeichnet, sozialistische Tendenzen durch sie unterstützende Tätigkeit in den Institutionen, etwa in der SPD, abzusichern, zu verstärken und zugleich eine selbständige organisatorische Basis zu schaffen, die offene und kontinuierliche sozialistische Arbeit außerhalb der systemtragenden Institutionen gestattet – auch dort, wo sie trotz unterstützenden Versuchen in den Institutionen durch diese blockiert wird. Unsere hier notwendig äußerliche Bestimmung soll im folgenden (wie auch anderswo) ausgeführt werden.

Doppelstrategie und Kommunalpolitik

Auf der konfliktreichen Ebene der Kommunalpolitik lassen sich heute politische Tendenzen wie in einem Spiegel ablesen, Entwicklungen vorwegnehmend, die sich bei verschärften ökonomisch-politischen Widersprüchen in gesamtgesellschaftlichem Maßstab wiederholen können. Die skandalösen Verhältnisse der Kommunen sind von der Linken zu Recht als ein Problem betrachtet worden, wo an offen zutage tretenden Konflikten der Zusammenhang zwischen kapitalistischen Funktionsgesetzen und elenden Lebensverhältnissen in einem theoretisch und praktisch einsichtig zu machen sei. Auch die Jungsozialisten wollten ihnen eine sozialistische Perspektive im Rahmen ihrer Doppelstrategie verleihen. Rote-Punkt-Aktionen, Hausbesetzungen, Bürgerinitiativen aller Art schienen das Mittel, den „Fatalismus und die Apathie der Bevölkerung" zu überwinden und gleichzeitig den „Druck der Bürger auf die Entscheidungsgremien" zu erreichen, in denen sodann die Jungsozialisten „durch Einflußnahme in der Partei und im Stadtrat" die Massen zugleich an sich binden und „reifer für den Sozialismus" machen wollten (z. B. Kommunalpolitisches Konzept der Jungsozialisten Münchens).

Die Widerstände von Mandatsträgern der SPD gegen solche Aktionen sind hinreichend bekannt. An sich wichtige Versuche, „Stadtteilräte" der Bevölkerung zu schaffen, um Bürgerinitiativen voranzutreiben und ihnen eine beständige organisatorische Form zu verleihen, kamen wohl schon deshalb nicht übers Papier hinaus; sie wurden als unmittelbare Gefährdung des „repräsentativen Prinzips" bekämpft. Das Mannheimer Kommunalpolitische Programm der Jusos richtet sich zwar stärker auf den Weg der Einflußnahme auf die etablierten Institutionen, doch sind Stadtteil- und Fachräte keineswegs verschwunden. Die politisch entscheidende Frage für das Programm der Doppelstrategie auf kommunaler Ebene läßt sich indessen so formulieren: Wie wollen die Jungsozialisten ihre Absicht, ausserinstitutionelle Massenmobilisierung mit parteiinternem Machterwerb zu verknüpfen und sozialistische Bewußtseinsbildung voranzutreiben, mit ihrer bekundeten Loyalität gegenüber der SPD und insbesondere mit den Interessenbindungen sozialdemokratischer Repräsentanten in den Kommunen verbinden? Daß heftige Konflikte hier unvermeidlich sind, ist nicht zu übersehen. Die Frage ist, wie sich die Sozialisten in der SPD in Konfliktfällen politisch verhalten und welche Konsequenzen dieses Verhalten sowohl für ihre Position in der Partei als auch für diese gefährdende Versuche aufklärender Aktionen hat?

Die günstigsten Möglichkeiten, ihre Politik zu erproben, bieten sich den Jungsozialisten in Städten, in denen es offene Konfliktsituationen gibt und die von bekannt linken Sozialdemokraten, den nächsten innerparteilichen Partnern der Jusos, repräsentiert werden. Eine solche Situation besteht in Frankfurt.

Wenige Tage vor der Hausbesetzungsaktion hielt Oberbürgermeister Walter Möller eine programmatische Rede vor den Stadtverordneten, worin er die Perspektiven der Kommunalpolitik aus der Sicht eines zweifellos linken Sozialdemokraten darstellte:

- „Trotz der sogenannten Verweigerung einer sehr kleinen Minderheit der heutigen Jugend wird unsere Gesellschaft weiterhin und wesentlich durch die Bereitschaft zu Leistung und zum Aufstieg geprägt."
- „Die wachsende Kapitalismuskritik wird für übersehbare Zeiträume nichts daran ändern, daß sich unsere Marktwirtschaft auf vorwiegend privates Eigentum an den Produktionsmitteln gründet. Der Anteil der öffentlichen Hand am Sozialprodukt wird jedoch wachsen."
- „Da die Eigentumsordnung im wesentlichen unverändert bleibt, wird sich für die nächsten Jahre auch keine grundsätzliche Änderung der Bodenordnung erzielen lassen. Diese Tatsache, in Verbindung mit dem unbestreitbaren Phänomen, daß sowohl die privaten wie die öffentlichen Bedürfnisse der Menschen immer mehr Bodenfläche beanspruchen, verschärft die schon bestehende Problemsituation."
- „Da die vorgestellten Leitbilder für die Gestaltung der Lebensgewohnheiten auch weiterhin mit dem Auto und dem Eigenheim verbunden bleiben, verstärken sich die Probleme des Verkehrs und des Umweltschutzes."
- „Da eine weiterhin wirksame Notwendigkeit zur Zentralisierung zu erwarten ist, kann für absehbare Zeit nicht mit einer Behebung der chronischen Finanznot der Gemeinden gerechnet werden. Es ist vielmehr anzunehmen, daß ihre Abhängigkeit nicht nur auf finanziellem Gebiet, sondern auch bei den Entscheidungen über die laufende Verwaltung und die Investitionen zunimmt."
- „Aus alledem folgt, daß es in den Gemeinden auch künftig zu sich verschärfenden Konfliktsituationen zwischen den verschiedenen Interessen, zu verstärkten Konflikten zwischen den sich überfordert fühlenden Bürokratien und zu Konflikten zwischen dem Bereich der öffentlichen Verwaltung und der privaten Wirtschaft kommen muß.

Sofern es zu den aufgeworfenen Problemen nicht rechtzeitig politische Lösungen gibt und darum die zu erwartenden gesellschaftlichen Widersprüche die Bürger unsicher und damit aggressiv stimmen, steht die kommunale Selbstverwaltung ... vor schwierigen Aufgaben und damit vor einer großen Bewährungsprobe."

- Dabei führten die heute zureichend „weder mit Recht noch mit Geld" ausgestatteten Planungsämter der Städte „fast hoffnungslose Rückzugsgefechte gegenüber den Kapitalinteressen der privaten Grundstücksbesitzer und Bauherren". Die Beamten der Stadtplanung und der Bauaufsicht seien „fast genauso überfordert wie auf anderen Gebieten die Beamten der Schutz- und Kriminalpolizei". Meist müßten „marktkonforme Mittel" aushelfen, um den „vorhandenen Widerspruch ... ohne ständig wachsende und in der Regel nutzlose Bürokratien zu überwinden". Die „marktkonformen Mittel" erzielten jedoch nur einen sehr begrenzten Erfolg. Folglich werde die Stadtverwaltung oft zu Unrecht für „objektive Notstände verantwortlich gemacht. Aber sie muß in der Tat das Äußerste versuchen, um unsere Stadt menschenfreundlicher zu gestalten".

Diese Tatbestandsaufnahme trifft, sieht man von einigen, wohl nicht allein angesichts der Adressaten erklärbaren Formulierungen ab, zweifellos zu. Die vorgeschlagenen Mittel zur Abhilfe kommen jedoch, so sehr sie Einzelnes verbessern

mögen, dem Tropfen auf einem heißen Stein gleich. Das verwundert bei den bestehenden Herrschaftsverhältnissen niemanden. Obwohl nicht bezweifelt werden soll, daß Walter Möller sein Äusserstes tut, um angesichts jener objektiven Verhältnisse wenigstens ein Minimum an erträglichen städtischen Lebensmöglichkeiten zu bewahren oder zu schaffen, stellen sich gerade hier zwingend die politisch wesentlichen Fragen: Sind die der Reform verschworenen Sozialisten in der SPD entschlossen, das selbst vorausgesagte wachsende oppositionelle Potential im Sinne ihrer gewollten antikapitalistischen Politik„ systemüberwindender Reformen" mit zu bewegen – oder werden sie jenes Potential der Unzufriedenheit und des Protests als „aggressiv" abtun und in die „Bereitschaft zu Leistung und zum Aufstieg" ummünzen, in die Regeln unserer wie immer modifizierten „Marktwirtschaft" einpassen? Gedenken sie die „große Bewährungsprobe" sozialdemokratischer Kommunalpolitik auf dem Boden der als für absehbare Zeit als unverrückbar angesehenen Eigentumsordnung zu meistern – oder sind sie bereit, den Kampf gegen diese Eigentumsordnung aufzunehmen? Alle diese Fragen stellen sich nicht abstrakt und in einer fernen Zukunft, sondern hier und heute. Jede alltägliche politische Entscheidung setzt sich dieser Alternative aus und beantwortet sie im einen oder anderen Sinn.

Die Jungsozialisten wiesen in ihrem Mannheimer Programm zu Recht darauf hin, daß in der heutigen Situation eine sozialistische Kommunalpolitik nicht möglich ist. Als Schritte und Voraussetzungen dazu fordern sie:

- „Das Aufhalten der Zentralisierung, die die kommunale Selbstverwaltung aushöhlt."
- „Die Demokratisierung der kommunalen Institutionen."
- „Das Aufhalten der finanziellen Austrocknung der Gemeinden."
- „Die Stärkung der Rechte der Kommunalpolitik gegenüber Privatinteressen, insbesondere in der Bodenpolitik, und gegenüber Wirtschaftsinteressen."

Eine solche „linke Kommunalpolitik" müsse in einer Doppelstrategie antikapitalistischer Strukturreformen verfolgt werden, die Karsten Voigt jüngst noch einmal dargelegt hat: „Das Kennzeichnende dieser 'Doppelstrategie' ist es, daß nicht auf außerparlamentarische oder innerinstitutionelle Einfluß- und Mitwirkungsmöglichkeiten verzichtet wird, sondern daß man vielmehr versucht, parlamentarische und innerinstitutionelle Tätigkeit mit außerinstitutionellen Politisierungsprozessen zu verbinden" (Zur Strategie systemüberwindender Reformen, Vorabdruck in der Frankfurter Rundschau, 11. 10. 71).
Das aktuelle politische Problem, auf die Kommunalpolitik bezogen, tritt sogleich schlagend hervor, wenn die im Mannheimer Forderungskatalog enthaltenen, oben zitierten Punkte mit der Bestandsaufnahme verglichen werden, die Walter Möller vorgetragen hat: zwischen ihnen besteht ein krasser Gegensatz. Selbst sämtliche Zwischenschritte der Jungsozialisten werden in Möllers Analyse als in absehbarer Zeit nicht zu verwirklichende bezeichnet. Eine sozialdemokratische Kommunalpolitik, die sich an Möllers Analyse hält, muß also selbst mit den Zwischenzielen der Jungsozialisten beim ersten Schritt in einen unversöhnbaren Konflikt geraten. Die beiden gemeinsame Überzeugung, daß nur Reformen einen gesellschaftlichen Fortschritt einleiten könnten, täuscht über die inhaltlichen Probleme hinweg, die sich mit den tatsächlichen Schritten der Reform, bereits bei ihren ersten Zielpunkten, stellen. Wenn in den Augen der Jungsozialisten in realistischer Sicht nicht damit gerechnet werden kann, die „kapitalistischen Rahmenbedingungen" rasch zu verändern, so stellen sich auch ihre vorgesehenen Zwischenschritte in der Analyse eines progressiven sozialdemokratischen Oberbürgermeisters als unrealistisch dar. Jede alltägliche politische Entscheidung, sagten wir, stellt die Alternative des Kampfes gegen die bestehende Eigentumsordnung oder aber des (wie immer auch taktisch gemeinten) Anpassens an sie. Wenn darüber hinaus selbst die reformerischen Teilschritte der Jusos den „Reformkräften" als

makol

D. Rjazanov: Karl Marx als Denker, Mensch und Revolutionär
mab 9 160 Seiten 6 Mark
Rjazanov, der bedeutendste Marxforscher der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sammelt in diesem 1928 erstmals erschienenen Buch Artikel von Engels, Eleanor Marx, Plechanov, Mehring, Luxemburg, Lenin, Lafargue, Leßner, Liebknecht und Rjazanov. So entsteht ein lebendiges Marxbild aus den Zeugnissen seiner Lebensgefährten und späteren Theoretiker und Praktiker der proletarischen Revolution.

Richta-Report: Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts
mab 10 432 Seiten 12 Mark
Der Richta-Report ist eine interdisziplinäre Studie von 45 Wissenschaftlern der Akademie der Wissenschaften in Prag. Radovan Richta untersucht mit seinem Team die Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Produktionsverhältnisse und unternimmt den Versuch einer umfassenden Analyse der Industriegesellschaft im 20. Jahrhundert.

J. Rodriguez-Lores: Die Grundstruktur des Marxismus. Gramsci und die Philosophie der Praxis
mab 11 104 Seiten 6 Mark
Die Untersuchung von J. Rodriguez-Lores, einem jungen in Bochum lebenden spanischen Wissenschaftler, ist ein kritischer Beitrag zur aktuellen Marxismusdiskussion und stellt zugleich das traditionelle Gramsci-Bild in Frage.

Peter van Spall: Zur Sozialstruktur des organisierten Hochkapitalismus
mab 12 80 Seiten 4 Mark
„Peter van Spall gehört zur ‚schreibenden Fraktion' der ‚Neuen Linken', die in Deutschland aus der Studentenbewegung hervorgegangen ist." (Peter Laudan, 13. 2. 1971, WDR III.) In seiner Schrift geht es im wesentlichen um den Zusammenhang von zunehmender Bürokratisierung und fortschreitender technischer Arbeitsorganisation; ein Thema, das die Sozialwissenschaften gegenwärtig intensiv diskutieren.

Otto Bauer: Die illegale Partei
mab 13 208 Seiten 8 Mark
Otto Bauers Buch wurde 1939 von seinen Freunden in Paris veröffentlicht. Darin formulierte Bauer bis heute als einziger eine stringente Theorie der Partei, besonders der illegalen im Zusammenhang des faschistischen Etatismus. Besondere Aktualität haben die Untersuchungen über die Systeme des „Halbfaschismus" für die Perspektive einer nachsozialdemokratischen Regierung in Westdeutschland.

Leo Kofler: Technologische Rationalität im Spätkapitalismus
mab 14 164 Seiten 6 Mark
Der bekannte marxistische Ideologiekritiker setzt sich mit den aktuellen Theorien über technologische Realität auseinander. Im Zusammenhang mit der Fragestellung von Herbert Marcuse entwickelt er eine dezidierte Kritik an der Frankfurter Soziologen- und Philosophenschule, insbesondere an Adorno und Habermas.

Wolfgang Sofsky: Revolution und Utopie. Bemerkungen zur Emanzipationstheorie im fortgeschrittenen Kapitalismus
mab 15 88 Seiten 4 Mark
Sofskys Buch ist ein aktueller Beitrag zur gegenwärtigen Marxismusdiskussion innerhalb der „Neuen Linken". Sein Begriff von Utopie meint nicht phantastische Träumerei, sondern bewußte Praxis.

Michael Siegert: De Sade und Wir. Zur sexualökonomischen Pathologie des Imperialismus
mab 16 ca. 250 Seiten 8 Mark
De Sade ist von der gesamten psychiatrischen und medizinischen Literatur als anstößiger und obszöner Pornograph behandelt worden. Diese kulturelle Lüge entschleiert der junge Wiener Historiker Michael Siegert mit der Methode marxistischer Forschung. Siegert macht plausibel, daß, wenn wir die massenpsychologischen Mechanismen imperialistischer Gewalt begreifen wollen, wir uns mit dem Werk des Marquis de Sade neu auseinandersetzen müssen.

Jürgen Eckel: Algerien – Sozialismus in einem islamischen Land
mab 19 ca. 96 Seiten 4 Mark
Der Frankfurter Ethnologe und Journalist greift in diesem Buch das Thema seiner vielbeachteten Fernsehsendung „Zwischen Marx und Allah – Algeriens Weg zum Sozialismus" auf. Er diskutiert die Fanonsche Theorie des Befreiungskampfes der Kolonialisierten an der Empirie der algerischen Revolution.

Im Frühjahr 1971 sind erschienen:
O. Bauer: Das Weltbild des Kapitalismus
mab 1 64 Seiten 4 Mark
A. Deborin: Lenin – der kämpfende Materialist
mab 2 64 Seiten 4 Mark
N. Bucharin: Proletarische Revolution und Kultur
mab 3 64 Seiten 4 Mark
A. Lunatscharski: Die Kulturaufgaben der Arbeiterklasse
mab 4 48 Seiten 4 Mark
L. Kofler: Die Wisenschaft von der Gesellschaft
mab 5 176 Seiten 8 Mark
A. Braunthal: Die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft. mab 6 64 Seiten 4 Mark
F. Böckelmann: Die schlechte Aufhebung der autoritären Persönlichkeit. mab 7 112 Seiten 6 Mark
A. Bogdanow: Die Wissenschaft und die Arbeiterklasse
mab 8 64 Seiten 4 Mark

Karl Marx
Chronik seines Lebens in Einzeldaten
Zusammengestellt vom Marx-Engels-Lenin-Institut Moskau 472 Seiten Reprint 12 Mark
Die „Chronik seines Lebens" ist zum ersten Mal 1934 zum 50. Todestag von Karl Marx in Moskau erschienen. „Sie will ein Nachschlagewerk für das Studium, ein Mittel zur Popularisierung der Biographie von Marx sein. Die möglichst genaue Feststellung einer Fülle von Daten über die literarisch-wissenschaftliche, publizistische Tätigkeit von Marx wird außerdem gewiß nützlich sein für jeden, der auf dem Gebiet der Geschichte und Theorie des Marxismus, sowie der Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus arbeitet".
V. Adoratskij.

marxismus bibliothek

Für links-Leser alle makol-Bücher von Bücher & Papervertrieb 605 Offenbach 4, Postfach 591

irreal erscheinen, verschärft sich dieses Dilemma: selbst sie geraten in einen Anpassungsdruck an die realen Möglichkeiten sozialdemokratischer Kommunalpolitik und laufen so Gefahr, sich unversehens von taktisch vorgezeichneten reformerischen Teilschritten auf dem Wege zu einer sozialistischen Politisierung in unerreichbare reformistische Fernziele zu verwandeln, von denen beständig abgewichen werden muß, wenn eine politische Wirksamkeit in „innerinstitutionellen Politisierungsprozessen" nicht aufgegeben werden soll – nur daß diese sodann im Rahmen der vorgegebenen Machtverhältnisse sowie ihres Spielraums verbleiben und die bestehenden Institutionen wie die ihnen entsprechenden Bewußtseinsformen stützen. Dies ist in Frankfurt beispielhaft geschehen.

Auch die Politik der innerparteilichen „linken Opposition" konnte sich dem Integrationssog nicht entziehen. Sie bestärkte die faktische und ideologische Macht der bestehenden Verhältnisse, während sie gleichzeitig aufgetretenes Konfliktpotential zu entschärfen und an die sozialdemokratische Partei zu binden suchte; dies nannten wir eine sozialdemokratische Doppelstrategie.

Eine Hausbesetzung

Der am meisten ins öffentliche Bewußtsein Frankfurts gedrungene Konfliktpunkt ist die, angesichts von Wohnungsnot und hohen Mieten, als besonders skandalös empfundene Bauspekulation, insbesondere im Westend, einem ehemaligen Renommierviertel der Stadt von einst „bester Wohngegend". Das Westend ist als Geschäftsviertel entdeckt worden, mit der Folge, daß dort vielfach ausgezeichnet erhaltene Wohnhäuser und alte Prunkvillen aufgekauft, abgerissen und zum Spekulationsobjekt von Grundbesitzern wurden, die kapitalträchtigere Bürohochhäuser zu errichten pflegen. Nicht nur trieb dies Mieten, Grundstückspreise und Wohnungsnot steil in die Höhe, sondern ließ auch die Wohnverhältnisse in diesem Stadtteil (wie auch anderswo) oft unerträglich werden.

Wie es der Zufall schickt, liegt das Westend in der Nähe der Universität. Nachdem die Zustände bereits bei den letzten hessischen Landtagswahlen eine bedeutende Rolle spielten, und sich die SPD heftige Angriffe wegen ihrer „verfehlten Stadtplanung" gefallen lassen mußte, griffen vor allem Studenten (die tatsächlich unter schlimmer Wohnungsnot leiden) dazu, längere Zeit leerstehende, zum Abbruch aus Spekulationsgründen vorgesehene Häuser zu besetzen. Sie verbanden diese Besetzungen mit Parolen, die das starke Bedürfnis nach niedrigeren Mieten mit den kapitalistischen Verhältnissen verknüpften – offensichtlich nicht ohne Erfolg. So konnte noch bei den letzten Besetzungsaktionen, die mit einem Demonstrationszug von ungefähr 3000 Leuten ihren Höhepunkt fanden, eine außergewöhnlich große Resonanz beim unbeteiligten Publikum festgestellt werden. Die Aktion gegen Wohnraumknappheit, hohe Mieten und kapitalistische Spekulation fand, wie Interviews beweisen, eine vergleichsweise große Zustimmung (obwohl sie mit „Gewalt" verbunden und offensichtlich von Studenten getragen

dpa

war). Allerdings soll nicht verschwiegen werden, daß dieser Beifall außerordentlich oft mit antisemitischen Ressentiments zusammen ging: Spekulation und „jüdische Nachtklubbesitzer" scheinen Frankfurter Bürgern, die sich zu „sozialrevolutionären" Gefühlen hinreißen lassen, häufig eins zu sein – ein Punkt, der auf die Gefahr ungewollter Folgen von Aktionen deutlich genug hinweist.

Während nun Hausbesetzungen noch vor einem Jahr auf eine verhältnismäßig flexible Taktik der politischen Instanzen der Stadt trafen, und etwa die Jungsozialisten sie als „notwendige Aktionen" begrüßten („damit der Gesetzgeber endlich auf den Gedanken kommt, dieses Recht zu ändern. Um es noch einmal zu sagen: Es handelt sich hier um eine völlig legitime Aktion" – Karsten Voigt, 18. 10. 70), veränderte sich dieses Mal das Bild. Das Zusammentreffen der Hausbesetzungen mit dem Kommunalpolitischen Unterbezirksparteitag der SPD ließ neben den zugrundeliegenden Problemen sozialdemokratischer Kommunalpolitik auch den Aktionsradius der Sozialisten in der SPD kenntlich werden.

Eine Hausbesetzung im Grüneburgweg, die von der Polizei gewaltsam beendet wurde, bot den äußeren Anlaß. Da die Besetzer offenbar einer gewaltsamen Konfrontation ebenso wenig ausweichen wollten wie die sozialdemokratische politische Führung der Stadt, kam es zu einer vergleichsweise heftigen Straßenschlacht mit zahlreichen Verletzten. Das Vorspiel solcher Schlachten ist bekannt: eine Berufung der politischen Instanzen und der Polizei aufs Recht (Hausfriedensbruch), die kalkulierte Empörung der Besetzer über die polizeiliche Androhung gewaltsamen Räumens, miserabel ausgebildete, zumeist junge Polizisten, die – oft schon vollkommen übermüdet – sich durch Rufe wie Faschistenschweine, Dreckskerle, Bullenhengste usw. aufreizen lassen und spätestens dann, wenn Flaschen und Steine fliegen, ihren Mann stehen wollen, indem sie mehr oder weniger bedenkenlos prügeln. Ebenso bekannt ist der fatale Mechanismus, daß nur noch spektakuläre Aktionen – und sie sind mittlerweile zumeist mit offener Gewalt verknüpft – unmittelbare Aufrüttelungs- und Publizitätseffekte haben.

Die falsche Empörung über die „Rechtsbrecher" pflegt sodann das Vehikel zu sein, um von den gesellschaftlichen Problemen und der politischen Rolle abzulenken, die beide Seiten spielen. Diese Verschiebung zeigte sich in diesem Fall schon daran, daß mittlerweile selbst die sozialdemokratischen Repräsentanten von der „Signalwirkung" der Hausbesetzungen sprechen. Hatte nämlich vor einem Jahr Oberbürgermeister Möller darauf hingewiesen, daß er gesetzlich verpflichtet sei, auf Verlangen der Hauseigentümer einzuschreiten, so war ebensowohl versprochen worden, die leerstehenden Häuser behördlich festzustellen und sie – bis zum Abbruch– „sozialen Zwecken" zuzuführen. In einer Stadt, in der „Tausende von Studenten, Gastarbeitern und Familien verzweifelt ein Dach über den Kopf suchen" (Walter Möller) ist ein solches Unternehmen „sozial" einsichtig und baut zugleich weiteren Besetzungsaktionen einen Riegel vor. Inzwischen stellte sich heraus, daß dieses städtische Versprechen nicht gehalten wurde. Gleichgültigkeit und mangelnde Aktivität im städtischen Bereich, so heißt es jetzt, würden erklären, warum es kaum gelang, gute Absichten in praktisches Handeln umzusetzen. Das mag so sein. Für uns ist von größerem Interesse, daß der SPD-Fraktionsvorsitzende heute erklärt, „man habe wohl die Signalwirkungen der ersten Hausbesetzungen (vor einem Jahr) unterschätzt". – Wir sehen, wie die simpelsten „sozialen" Maßnahmen offenbar von den „Signalwirkungen" spektakulärer Aktionen abhängen. Selbstverständlich kann den Sozialisten in der SPD jedoch an derlei Signalwirkung in keiner Hinsicht gelegen sein; schließlich wollen sie nicht beruhigen, sondern mobilisieren. Wie aber verhalten sie sich zu den Konflikten tatsächlich?

Ein Unterbezirksparteitag

Auf dem Unterbezirksparteitag der SPD beschrieb Walter Möller, nach jener „Signalwirkung" der Hausbesetzung, das sozialdemokratische Dilemma so: „Eilen wir, Genossen, der Entwicklung voraus, besteht die ernste Gefahr, daß durch öffentliche Emotionen Schrebergärtner und kleine Hausbesitzer mit den Interessen der Spekulanten identifiziert werden. Hinkt man der explosiven Entwicklung hinterher, so verliert man den Mut zur Wahrheit und die politische Überzeugungskraft". – Das ist gewiß wahr. Die SPD als eine Partei, die sich auf die Regeln der bestehenden politischen Institutionen sowie auf die üblichen Verfahren der Wählerwerbung eingelassen hat, darf der Entwicklung, die sich so am Zustand der desorientiertesten Wählergruppen bemißt, nicht voraneilen. Wie aber erwartet sie dann, daß den Tendenzen, die sie beklagt, den öffentlichen Emotionen, die sie befürchtet, Einhalt geboten wird?

Während Walter Möller und die Mehrheit des Vorstandes wie der Delegierten das durch die Hausbesetzungen gestellte Problem in einer ablenkenden Rhetorik zu verwischen suchten, ließ sich die „linke Opposition" darauf ein, an der bei vielen gewiß nur taktisch gemeinten Begriffsverwirrung und Verschleierung mitzuweben. Zum gemeinsamen Nenner der beiden Gruppen wurde die „scharfe" Verurteilung des Versuchs „bestimmter Demonstrantengruppen der extremen Linken wie auch der CDU und FDP, die Stadt Frankfurt und ihren sozialdemokratischen Oberbürgermeister für die Mißstände verantwortlich zu machen, die ihre Ursachen in einer unbefriedigenden Rechtsordnung haben. Wer derart seinen Angriff auf die SPD konzipiert, spekuliert auf politische Unwissenheit. Sinnvolle außerparlamentarische Aktionen können Anstöße zu einer politischen Veränderung geben; sie können jedoch, wenn sie durch überdrehte Parolen zur Frontstellung gegen die SPD in dieser Stadt führen, eher zur Vernebelung der politischen Fronten als zu ihrer Klärung beitragen ... Veränderungen über die begrenzten Möglichkeiten der Stadt hinaus sind nur möglich durch eine Stärkung der SPD, die die einzige reale Alternative zu CDU und FDP ist, und die Stärkung der Reformkräfte in dieser Partei" (aus der – knapp abgelehnten – Resolution der „linken Opposition").

Abgesehen vom bewährten Standpunkt der gesunden Mitte, die auf eine extreme Linke empört herabschaut, abgesehen auch davon, daß nicht unbefriedigende Rechtsordnungen Ursache des kommunalen Elends sind, sondern vielmehr kapitalistische Eigentumsverhältnisse, die sich in Rechtsordnungen ausdrücken, dienen solche Beweisführungen auch aus anderen Gründen ihrerseits der Vernebelung. Die SPD will an ihrer formellen politischen Verantwortlichkeit für die Zustände in den Kommunen, wo sie vielfach über Jahrzehnte hinweg „regierte", durch den oberflächlichen Hinweis auf die Konkurrenzparteien vorbeigehen. Gehört es nicht zum von ihr selbst mitgetragenen Geschäft der politischen Unwissenheit, über der formellen politischen Demokratie die ihrer Struktur nach politischen Herrschaftsverhältnisse der Gesellschaft verschwinden zu lassen? Jetzt, da sie von Unwissenden und Demagogen beim Wort genommen und für ihre politische Verantwortung politisch verantwortlich gemacht wird, glaubt sie durch den Fingerzeig auf konkurrierende politische Parteien sich entlasten zu können. Jeder mag ausrechnen, wie lange und wie gut dies geht.

Solange die SPD nicht wirklich ihre politische Rolle im kapitalistischen Gesellschaftssystem bedenkt und zur Sprache bringt, was einer vollkommenen Revision ihres Selbstverständnisses und ihrer Funktion gleichkäme, ist sie freilich aufs Ablenken und abstrakte Vertrauen in ihre Reformkräfte angewiesen.

Nicht einmal der sozial-liberalen Presse entging es, daß auf dem Parteitag in Wirklichkeit „Rat- und Auswegslosigkeit" herrschte. Gerade bei Walter Möller und seinem Amt zeige sich besonders drastisch die zunehmende Not der SPD, Verantwortung für Zustände zu tragen, die sie nicht verantworten könne und wolle. Nach liberaler Ansicht handelt es sich darum, wie geltendes Recht und soziale Not auf einen Nenner zu bringen seien (Frankfurter Rundschau, 4. 10. 71). Für die Sozialisten in der SPD geht es um den aktuellen Scheideweg, entweder an der Integration oppositionellen Potentials beim sozialdemokratischen Weg der Ausbesserung und Modernisierung des kapitalistischen Systems mitzuwirken – oder im täglichen politischen Prozeß eine antikapitalistische Mobilisierung auch dann zu fördern, wenn ihr Verhalten in scharfen Gegensatz zu den Stabilisierungsinteressen der Parteirepräsentanten – hier der kommunalen – gerät. Wie schwierig es ist, einen solchen Konflikt durchzustehen und dennoch Positionen in der Partei nicht zu verlieren, liegt auf der Hand. Wie gefährlich es ist, wegen erreichter Positionen in der Partei auf einen solchen Konflikt zu verzichten, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Was auf uns zuzukommen scheint, liest sich in der liberalen Presse so: „Angesichts der politischen Realitäten und der bestehenden Gesetze wird man davon ausgehen müssen, daß im Zuge dieser schlimmen Entwicklung irgendwann aus Zweifel Unruhe wird, daß sich aufgestauter sozialer Sprengstoff zu einem unkontrollierbaren, revolutionären Kern verdichtet, der dann das gesamte politische System bedroht. Schon spürbare Konjunkturabschwächung und damit verbundene Bedrohung der Arbeitsplätze, die für viele sozial Schwache hohe Mietforderungen unerschwinglich werden lassen, könnte über Nacht dazu führen, daß nicht mehr 3000 junge Leute, sondern viele tausend Arbeiter auf die Straße gehen, in ihrer Verzweiflung vielleicht auch dann bereit, extremen Parolen und Verführern zu folgen" (FR 8. 10. 71).

Auch wenn wir an solchen sozialliberalen Menetekeln einiges zurecht rücken müssen, können sie uns die überaus aktuelle Alternative sozialdemokratischer oder sozialistischer Doppelstrategie vor Augen führen. Hier und heute werden die Weichen für die in naher Zukunft zu erwartenden Konfliktfronten und möglichen politischen Konsequenzen gestellt. Wer heute in die Isolierung gerät, aber nicht seine Glaubwürdigkeit und Aktionsfähigkeit verliert, kann sich realitätsgerechter verhalten als jene, die ihr Handeln vor allem an kurzatmigen innerinstitutionellen Spielräumen orientieren und sich lähmen lassen.

Im aktuellen Fall vermochte es der gemeinsame Zorn der Delegierten über subjektivistische Demonstrationsparolen in der Art: „Wer hat uns verraten, Sozialdemokraten", von den tatsächlichen Fragen abzulenken. Die grundlegenden gesellschaftlichen Probleme wurden überdies zu einer Frage der „Mißstände", der „unbefriedigenden Rechtsordnung", des scharfsinnigen Unterschieds zwischen „mißbrauchtem" und „sonstigem" Eigentum stilisiert. Kein Sozialist wird sich in solche Phrasen verlieren. Wenn jedoch die innerparteiliche Diskussion der SPD auf sie angewiesen ist, müssen sich die Sozialisten in der SPD darüber im klaren sein, daß sie mit dieser Argumentationsweise nicht etwa bürgerliches Bewußtsein aufbrechen, sondern ganz im Sinne eines „aufgeklärten" sozialliberalen Standpunkts stützen. Hier läßt sich an der bewußtseinsbildenden Argumentation in politischen Konflikten der Scheideweg zwischen sozialdemokratischer und sozialistischer Doppelstrategie vergegenwärtigen. Noch die weitestgehende Forderung der „linken Opposition" nach Kommunalisierung von Grund und Boden in Ballungsgebieten – mit großer Mehrheit angenommen, nachdem „linke" Vorstandsmitglieder glaubwürdig versichert hatten, daß es sich lediglich um ein langfristig anzusteuerndes Ziel handele, das nicht in absehbarer Zeit verwirklicht werden solle – ist so wenig mehr als ein Trostpflaster und Bekenntnis, das über die aktuelle Unverbindlichkeit und opportunistische Rolle nicht hinwegtäuschen kann.

Auch die gängige Rede von der „Sozialbindung des Eigentums" trägt mehr zum Gewebe der Illusionen und Fesseln der Massen, als zu einem Politisierungsprozeß im sozialistischen Sinn bei. Wenn im verhandelten Fall die „aus spekulativen Gründen über viele Monate und Jahre leer stehenden Häuser" als „Mißachtung der verfassungsrechtlich festgelegten Sozialbindung des Eigentums" (Initiativantrag der „linken Opposition") gedeutet werden, wobei „derart mißbrauchtes Eigentum als Rechtsgut nicht mit sonstigem Eigentum gleichzustellen" sei, so scheint die Begriffsverwirrung nahezu vollkommen – oder vielmehr das Gefangensein in „sozialliberalen" kapitalistischen Gedankenformen. Nicht persönliche Verfügung über Gebrauchsgegenstände wird hier vom geldbringenden, Kapitalzins heckenden Eigentum unterschieden, sondern das „Rechtsgut" vom „mißbrauchten" Spekulationsobjekt Eigentum. Dieser „kleinbürgerliche Sozialismus" (der im übrigen beschwichtigend zu versichern pflegt, daß natürlich eine „normale Zinsrate" jedem Hauseigentümer zustehe und nur die „übermäßigen Spekulationsgewinne" „weggesteuert" o. ä. werden müßten), gilt zwar als politisch vertretbar, wenn man

TRIKONT

ZUR TARIFRUNDE

Die Entwicklung der Gewerkschaftsopposition an der Klöckner-Hütte Bremen

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 21

ANTIGEWERKSCHAFTLICHER KAMPF ODER KAMPF IN DEN GEWERKSCHAFTEN?

WIELAND ESCHENHAGEN

Sozialistische Betriebsarbeit und Gewerkschaftsbürokratie / Erfahrungen in Bremen

Neuerscheinung 183 Seiten DM 9,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 25

GEWERKSCHAFT UND ARBEITERKLASSE

VIKTOR AGARTZ

Die ideologischen und soziologischen Wandlungen in der westdeutschen Arbeiterbewegung

Koalition statt Klassenpolitik / Die Sterilisierung durch Neutralität / Die Integration der Gewerkschaften in das kapitalistische System / Sozialer Kapitalismus und Mitbestimmung / Der politische Streik / Die EWG / Expansive Lohnpolitik

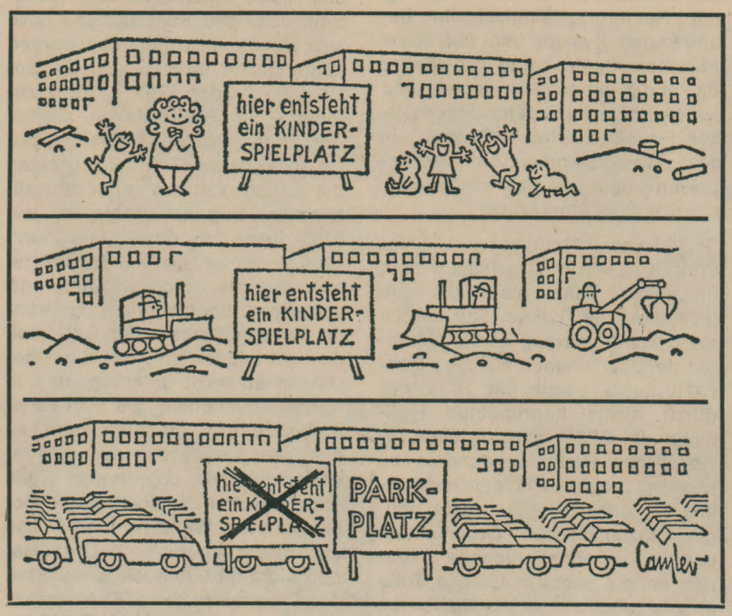
Neuerscheinung Herbst 1971 ca. 100 Seiten ca. DM 6,80

der herrschenden sozialdemokratischen Maxime der Machtsicherung folgt. Wie aber solche Parolen einen Schritt auf dem Wege zur Politisierung und sozialistischen Aufklärung der Massen oder der sozialdemokratischen Parteimitglieder sein sollen, bleibt das Geheimnis ihrer Verfasser.

Die feine Unterscheidung zwischen sozialgebundenem und mißbrauchtem Eigentum soll vermutlich dazu dienen, politische Prozesse durch das Berufen aufs Grundgesetz rechtlich abzusichern. So heißt es in dem zitierten Antrag der „linken Opposition", das „mißbrauchte Eigentum" (das leerstehende Spekulationsobjekt) sei in einer „Rechtsgüterabwägung" der „Gesundheit von Polizisten und Demonstranten" notfalls durch einen Musterprozeß vor dem Bundesverfassungsgericht gegenüber zu stellen. Das klingt gut, zeigt es doch den verfassungsmäßigen Weg an, widersprüchliche Rechtsstandpunkte in liberaler Form zu klären. Wie dadurch allerdings das Starren auf Rechtstitel durchbrochen und Rechtsfragen als Machtfragen erklärt, wie darüber hinaus die Fetische Eigentum und Recht, jene ureigensten Ideologien des Kapitalismus, in den Zusammenhang einer antikapitalistischen Strategie und Taktik gestellt werden können, muß wohl zu den Unabwägbarkeiten der Politik „systemüberwindender Reformen" gehören.

Walter Möller ließ sich dazu hinreißen, in eine kleinbürgerliche Demagogie zu flüchten und die Anwesenheit Daniel Cohn-Bendits unter den Demonstranten, auf dessen bekannten Hang zur Schickeria anspielend, in billigen Applaus umzumünzen: „Wenn Cohn-Bendit nach einem Urlaub an den Modestränden Europas ein gewalttätiges Happening veranstaltet, kann man von uns nicht erwarten, diesen zynischen Spektakel auch noch als Aufruhr eines sozialen Gewissens zu werten" (Beifall). Der Parteivorsitzende Zander wollte hier nicht nachstehen: Cohn-Bendit halte in Frankfurt wohl eine kurze Zwischenübung ab, „um seinen Kurs an der internationalen Prominentenbörse zu erhöhen" (Beifall). Polizeipräsident Müller redete am Tag der Straßenschlacht von den „zwei Herzen in seiner Brust" – dem sozialen, das auf der Seite der Besetzer schlage, und dem rechtsstaatlichen, das ihn zum Polizeieinsatz zwinge (FR 4. 10. 71). War er am Tag des Einsatzes „unglücklich", so sieht er auf dem Unterbezirksparteitag bereits das „Chaos" heraufsteigen, wenn „Hausfriedensbruch" nicht mehr geahndet würde. Das führe ja zum Faustrecht, wenn ein Eigentümer keinen polizeilichen Schutz mehr erhalte, denn dann würde er doch sein Eigentum selbst gegen Angriffe verteidigen müssen ...

Walter Möller stimmte in die Melodie ein. Nachdem ein Delegierter ihm bei seiner Rede vom „Gesicht der Gewalt" entgegenhielt, er hätte eine besondere Art der Gewalt vergessen, nämlich das „legitime" Gewaltmonopol der Polizei, antwortete Möller mit zirkelhafter Überzeugungskraft, das Gewaltmonopol der Polizei bedeute gerade die Voraussetzung des Rechtsstaats, was ja zweifelsohne zutrifft. Wenn ein polizeiliches Eingreifen rechtlich vertretbar und notwendig sei, dann müsse die Polizei auch in eine Straßenschlacht geschickt werden. Wer dies ablehne, beschreite den „Weg des Terrors in unserem Lande" ... Möller wurde so zu einer fatalen Weihe des Rechtsstaats getrieben, die einem unkritischen Repräsentanten der Exekutive wohl anstehen mag, während er sicherlich weiß, welches Recht – unter seiner Obhut – exekutiert wurde.



Dem Oberbürgermeister ist insbesondere von einigen Sprechern der Jungsozialisten vorgehalten worden, daß weder seine Personalisierung des Problems mit Hilfe Cohn-Bendits, noch sein Verständnis gesellschaftlicher Gewalt der Sache angemessen sei. Ebenso kann die übliche Unterscheidung zwischen Hausbesetzungen an sich, die „keinen Angriff auf die Gesellschaftsordnung" bedeuteten, was gewiß auch stimmt, und der aufgetretenen „schärfstens zu mißbilligenden Form" gewaltsamer Besetzung schon angesichts der später eingestandenen übersehenen „Signalwirkung" nicht überzeugen. Wenn mit Begriffen von Gewalt und Terror, Recht und Unrecht heute wahrhaftig verbreitet ein Umgang gepflegt wird, der sich dem Niveau der landesüblichen Werbespots mühelos einpaßt, dann trägt jedenfalls ihre durchsichtige Manipulation durch Autoritätsträger der bestehenden Verhältnisse das ihrige zum allgemeinen Ausverkauf bei.

Karsten Voigt führte, schon vor dem Parteitag, den Faschismus ins Feld. Für ihn sind zwar Hausbesetzungen sinnvoll, wenn „damit auf unsoziale Zustände aufmerksam gemacht werden soll", obschon „soziale Probleme" durch Hausbesetzungen im allgemeinen nicht gelöst werden könnten (was wohl auch keiner behauptet). Andererseits verspricht ihm jedoch die „Radikalisierung der Mittel" (das heißt die gewaltsame Verteidigung der Besetzung) keine aufklärerische Wirkung, wie denn die durch die Hausbesetzer angeblich begünstigte „Personalisierung" der Sache, die „statt die kapitalistischen Ursachen zu beschreiben, den einzelnen „unsozialen" Spekulanten (wie die CDU) angreifen und so über Personalisierung zu faschismusnahen Erklärungen" kämen, ihm verwerflich erscheint. Durch „die negative Fixierung gegen SPD, Stadtverwaltung und Polizei" würden die eigentlichen Fronten verändert, und die Spekulanten könnten sich eines ins Fäustchen lachen. In Frankfurt sei schließlich keine sozialistische Insel zu errichten. Dagegen müsse es „Aufgabe" sein, „durch Aktionen die Vorherrschaft des Kapitals aufzuzeigen und nicht die Reformkräfte zu schwächen". Deshalb gelte es mit und in der SPD zu arbeiten, die freilich auch „Forderungen kritischer Gruppen mitverkraften" müsse, damit diese nicht in die „Isolierung und in andere Organisationen gedrängt" würden ... (FR 6. 10. 71)

Von all den anderen schönen Sätzen nicht geredet: es ist ganz richtig, daß Personalisierungen den Faschismus bestärken. Noch viel mehr werden die soziale Demagogie der Rechten sowie faschistische Tendenzen begünstigt, wenn – wie es auch die SPD liebt – zwischen den „Mißständen" des Kapitalismus (letzteres sagt sie natürlich nicht) und der „sozialen Marktwirtschaft" an sich fix unterschieden oder selbst durch den propagandistisch naheliegenden Gegensatz zwischen dem Eigentum und der Sozialpflichtigkeit des Eigentums die Verwirrung der Begriffe verstärkt wird. Viele erwarten, daß die durch verschärfte Konflikte erzeugten „Aggressionen" sich in eine soziale Demagogie umsetzen lassen, die der Linken schadet. In der Tat sehen wir täglich, wie die „Reformkräfte" für Schwierigkeiten des Kapitalismus verantwortlich gescholten werden. Solange jedoch der Zusammenhang zwischen den Funktionsgesetzen des Kapitalismus und den als „Mißständen" beklagten Erscheinungen nicht erklärt, hervorgehoben und politisch verarbeitet wird, solange bleibt wirklich die permanente Gefahr bestehen, daß offen ausbrechende gesellschaftliche Konflikte in einer faschismusähnlichen Politik aufgefangen werden. Aber selbst jene Sozialdemokraten, die das wissen, wollen nicht vom Kapitalismus reden. So sprechen sie von der „Leistungsgesellschaft", der „Bereitschaft zu Leistung und Aufstieg", die zu fördern seien. Nicht nur stützen sie damit die klägliche Ideologie des Spätkapitalismus, sondern darüber hinaus fördern sie gerade dies, was sie fürchten: faschismusähnliche Lösungen. Wenn nicht schon vor und spätestens in den erwarteten ausbrechenden Konflikten der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und aufbrechender Not, wenn also nicht eine sozialistische Perspektive vermittelt und glaubwürdig vertreten wird, dann ist allerdings die Gefahr neuerlicher faschismusähnlicher Integration nicht gering zu schätzen. Aber selbst linke Sozialdemokraten schweigen, weil sie heute davor zurückschrekken, „der Entwicklung voraus zu eilen". Wen nimmt es noch Wunder, daß statt jener von Karsten Voigt verlangten Aufklärung der kapitalistischen Ursachen der Spekulationswellen und des Elends nicht allein kommunaler Lebensverhältnisse lediglich seine die gewaltsame Hausbesetzung verurteilenden und Walter Möller sowie die „Reformkräfte" lobenden Stichworte in die Beschlüsse des Parteitags eingingen? Die „Rechtsgüterabwägung" der sozialdemokratischen Majorität fand heraus, daß offensichtlich „extreme politische Gruppen neue Möglichkeiten zur Eskalation von Gewalt und Protest" suchten und brachte es nicht einmal übers Herz, zusammen mit der „linken Opposition" das „überstürzte Vorgehen der Polizei im Falle der Besetzung des Hauses Grüneburgweg 113 zu bedauern" (163 : 141 Stimmen).

In einem Interview des Südwestfunks erklärte Karsten Voigt, nicht wieder für das Amt des Vorsitzenden der Jungsozialisten zu kandidieren, wohl aber „selbstverständlich in der Politik" zu bleiben, „denn es bringt Spaß, die Herrschenden zu kitzeln". Darauf erklärte Radio Tirana in einem Kommentar: „ Wer die Herrschenden kitzelt, bringt sie zum Lachen."

Sozialdemokratische oder sozialistische Doppelstrategie?

So unbedeutend unser Frankfurter Beispiel beim ersten Blick erscheinen mochte, so klar lassen sich an ihm alltägliche Weichenstellungen und politische Kreuzwege darstellen. Wie einerseits gesehen wer-

den muß, daß es in der SPD durchaus ein im sozialistischen Sinn ansprechbares Potential gibt (das allerdings heute besser nicht überschätzt werden sollte), so müssen wir andererseits erkennen, daß die Sozialisten in der SPD bereits bei vergleichsweise nichtigen Anlässen von allerdings bezeichnenden Inhalten in der beträchtlichen Gefahr stehen, aus Anpassungszwängen eine nennenswerte Kritik der SPD nicht mehr leisten zu können, daß sie selbst ungewollt zur neutralisierenden sozialdemokratischen Doppelstrategie sowie zur Vernebelung gesellschaftlicher Verhältnisse beitragen. Wie es nicht mit bloßem sozialistischen Wortradikalismus getan ist, so genügt es auch nicht, stets zu betonen, daß „die Stärkung der Reformkräfte in dieser Partei" das Problem lösen würde und deshalb, wenngleich nur in taktischer Sicht, die SPD als Partei („Wir sind Sozialdemokraten") verteidigt werden müsse. Denn Glaubwürdigkeit, Handlungsfähigkeit und Erfolgschancen einer sozialistischen Politik hängen wesentlich von einer offenen und tätigen Kritik der Funktion der SPD ab, so sehr sie unter vordergründig pragmatischen Gesichtspunkten inopportun erscheinen und so sehr die SPD im gegenwärtigen Augenblick aus kurzfristig akzeptablen Gründen unterstützt werden mag.

Der frühe Optimismus der Jungsozialisten, wie ihn Karsten Voigt gerade noch einmal formuliert hat, nämlich eine sozialistische Doppelstrategie in und mit Hilfe der SPD verfolgen zu können, scheint jedenfalls alles andere als bestätigt worden zu sein. Noch ist es mehr als fraglich, ob es den Sozialisten in der SPD jemals gelingen kann, außerinstitutionelle Massenmobilisierung und innerinstitutionellen Machterwerb und Wandel zugleich zu erzielen. Bei allen Gründen, die für eine Arbeit in der SPD sprechen, mutet es ohnedies fragwürdig an, von einer Partei, die in Voigts Worten „heute weitgehend in den bundesrepublikanischen Kapitalismus integriert" ist, gleichzeitig zu erhoffen, daß sie in ihrer Gesamtheit selbst unter den günstigsten Bedingungen jemals durch eine offenbar von ihr selbst als außerordentlich bedrohlich empfundene „Mobilisierung, Politisierung und Organisierung in Betrieben und Wohnvierteln", wenn es sie gäbe, auf „antikapitalistische Ziele und eine antikapitalistische Praxis" festgelegt und befähigt werden könnte, „Mobilisierung und Politisierung aufzunehmen oder sogar einzuleiten".

Wenn eine Situation der Stagnation und scheinbaren Ausweglosigkeit nicht an bestehende Institutionen gebundener sozialistischer Organisationsversuche es attraktiv erscheinen läßt, ein Forum zu betreten, das öffentliche Aufmerksamkeit genießt und Publizität verschafft sowie kontinuierliche organisatorische Tätigkeit verspricht, so gilt es dagegen umso bestimmter, jene erhärteten Erfahrungen zu bedenken, die folgende Thesen als hinreichend begründet und ihre Konsequenzen als dringliche Aufgabenstellungen erscheinen lassen:

● Grundsätzlich spricht sehr viel mehr für als gegen die weitere Gültigkeit der unbestrittenen Diagnose, daß die SPD ihrer objektiven Funktion nach weitgehend integrierter Teil des kapitalistischen Herrschaftssystems ist. Festgelegt auf Regierungsfähigkeit im bestehenden System und auf seine Funktionsregeln, muß sie daher beständig versuchen, inner- und außerparteiliche Gefährdungen dieser Regeln zu neutralisieren, indem sie auftretendes Konfliktpotential möglichst an sich bindet oder aber notfalls unterdrückt.

Sozialistische Hoffnungen, die unkritisch an die SPD gefesselt sind, erscheinen daher als gefährliche Illusionen. Auf keinen Fall sollten sie bestärkt werden, da die Gefahren der sozialdemokratischen Doppelstrategie (auch mit Hilfe der durch nichts begründeten Hoffnung, die SPD einmal in eine sozialistische Partei verwandeln zu können), negative Folgen nicht allein für Ansätze einer unabhängigen sozialistischen Organisation und für außerinstitutionelle Aktionen haben, sondern für alle Teile einer möglichen sozialistischen Doppelstrategie, deren Erfolg nicht in erster Linie von errungenen Positionen in der SPD, sondern von einer gelingenden Massenmobilisierung abhängt.

● Wir besitzen keinerlei Anhaltspunkte, die SPD als Ganzes für sozialistische Zielsetzungen gewinnen zu können. Dagegen wäre es unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht weniger töricht, das an die SPD gebundene tatsächliche und tendenziell sozialistische Potential zu vernachlässigen. Wenn auch wenig dafür spricht, die bestehenden politischen Institutionen und die SPD in einen bedeutsamen Gegensatz zu den Exponenten ökonomischer Macht und den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen zwingen zu können, so sollten doch sozialistische Orientierungen und reformerische Erwartungen durch eine kontinuierliche Arbeit unter anderem auch in der SPD gefördert und für notwendig begrenzte Teilziele im Rahmen einer wirklichen sozialistischen Doppelstrategie mobilisiert werden. Eine solche Tätigkeit ist jedoch nur erfolgversprechend, soweit sie als **ein** Aspekt sozialistischer Doppelstrategie in einem arbeitsteiligen Handlungsprozeß, der zu einer sozialistischen Massenbewegung erst führen muß, aufgefaßt und verwirklicht wird. Wenn die obigen Annahmen zutreffen, kann eine derart unterstützende, absichernde und vorantreibende Arbeit in der SPD weder Selbstzweck noch Schwergewicht einer sozialistischen Doppelstrategie sein. Eine tatsächlich sozialistische Doppelstrategie in der SPD scheint vor allem als innerparteiliche Konfliktstrategie denkbar, in der interessenspezifische Teilziele und Mobilisierungen den entpolitisierenden, mit der Programmatik der „Volkspartei" verknüpften Charakter der gegenwärtigen Herrschaftssicherung aufbrechen.

● Eine konsequente Strategie des Konflikts in der SPD scheint nur dann möglich und vertretbar zu sein, wenn sie auch angesichts massiver Sanktionsdrohungen, die das Risiko innerparteilicher Isolierung oder des Ausschlusses nach sich ziehen, durchgehalten werden kann. Bisher mußten sich die Sozialisten in der SPD — nicht zufällig — in Zweifelsfällen allemal der Parteidisziplin fügen. Neben vielen anderen Gründen scheinen die Erfolgschancen einer sozialistischen Doppelstrategie in der SPD daher nur dann hinreichend groß, wenn es auch kontinuierliche sozialistische Arbeit und eine entsprechend unabhängig operierende Basis außerhalb der SPD gibt, die parteiinternen Sanktionsmechanismen nicht unterliegt und in Konfliktsituationen als vorwärtstreibende Kraft handeln kann, zu der unter Umständen auch die innerinstitutionell arbeitenden Teile sozialistischer Doppelstrategie stoßen können. Wenn es eine solche unabhängig operierende Organisation nicht gibt, handelt es sich bei der Tätigkeit in der SPD einerseits lediglich um eine beschränkte innerparteiliche Opposition, die das tägliche Risiko von Isolierung und Ausschluß allein um den Preis des Anpassens umgehen kann und damit zum neutralisierenden Teil einer sozialdemokratischen Doppelstrategie wird. Andererseits sind Zweck und Risiko innerparteilicher Konfliktstrategie mithin auch nur dann rational kalkulierbar, wenn eine unabhängige organisatorische Basis besteht, in der eine von innerparteilichen und innerinstitutionellen Rücksichten befreite sozialistische Tätigkeit stets möglich ist und fortgesetzt werden könnte.

● Wenn einerseits, mit den Worten Oskar Negts, ohne Massenbasis „die aus revolutionärer Ungeduld entsprungene Praxis nur in die sich ergänzenden Verzweiflungsformen von Apathie und Terror" führen kann, und deshalb für absehbare Zeit „systemsprengende Radikalität der Bedürfnisartikulation, der Theorieentwicklung und experimentellen Praxis" sich auf „mehr oder minder isolierte Intellektuellenorganisationen" beschränken dürfte, so müssen entwickelte Motive und Einsichten andererseits doch beständig mit aufbrechenden Konflikten vermittelt werden. Dies kann zweifellos nur auf dem Wege einer Doppelstrategie geschehen, in der sich soziale Konflikte mit demokratischen Tendenzen, Bewußtseinsbildungsprozessen und sozialistischer Radikalität verbinden. Wie die Arbeit in der SPD lediglich einen Aspekt dieser vermittelnden Strategie bilden kann, und besonders die Auseinandersetzungen in den gewerkschaftlichen Massenorganisationen von zentraler Wichtigkeit scheinen, so muß auch für gewerkschaftlich orientierte Konfliktstrategien ein selbständiger sozialistischer Organisationsansatz als notwendig angesehen werden: Schon „wegen der Feindseligkeit der Apparate wird die sozialistische Fraktion zur koordinierenden Tätigkeit einen Stützpunkt außerhalb der Gewerkschaften benötigen, der mit größerer Beweglichkeit und wenn notwendig mit geringerer taktischer Rücksichtsnahme operieren kann" (Ansatzpunkte sozialistischer Politik. Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro). So sehr jede realitätsgerechte sozialistische Strategie auf das Anknüpfen an massenwirksamen Konfliktpotentialen und an (wie immer gehemmte) sozialistische Tendenzen in den bestehenden Massenorganisationen angewiesen ist, so wenig kann sich eine gelingende Doppelstrategie auf bloß innerinstitutionelle Tätigkeit beschränken.

● Eine prinzipielle Veränderung der bestehenden Situation erscheint nach alledem nur auf dem Wege wirklicher sozialistischer Doppelstrategie möglich. Führt sie einmal zu einer Mobilisierung breiter Massen, so könnte sie allenfalls durch eine Partei anderen Typs gefördert und aufgenommen werden. In jedem Fall aber scheint eine selbständige sozialistische Organisation notwendig, ohne die eine sozialistische Doppelstrategie bereits hier und heute ständig in eine sozialdemokratische umzuschlagen droht. Sicher ist, daß es ein schlimmer Fehler wäre, sich auf die Arbeit in der SPD zu fixieren und auf gelegentliche wortradikale Rhetorik zu beschränken. Nicht weniger sicher sind die Schwierigkeiten, die allein der vordringliche Aufbau eines kontinuierlichen und wirksamen Kommunikationsnetzes der Sozialisten in der BRD (das in gesellschaftlichen Konfliktsituationen von größter Bedeutung sein kann) bereitet.
Wer den Ansatz zu einer autonomen sozialistischen Organisation nicht in der durch historische Verhärtungen wie durch ihre — für erkennbare Zeiträume versteinerten — gegenwärtigen Identifikationen gekennzeichneten DKP sieht, muß den Aufbau selbständiger sozialistischer Organisation heute auch dann versuchen, wenn ihn die durch sektiererische Kleinkämpfe gelähmte „Neue Linke" schier daran verzweifeln läßt. Ohne eine autonome sozialistische Organisation wird es auch keine sozialistische Doppelstrategie geben.

●

Diskussionspapier. Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der Bundesrepublik. Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro. Stückpreis DM 2,—, ab 10 Stück 50 % Rabatt. Bestellungen an Bücher- & Papervertrieb, 605 Offenbach 4, Postf. 591.

Profite und Rentabilität der westdeutschen Industrie in der auslaufenden Hochkonjunktur

Peter Saß

Der Erfolg oder Mißerfolg, den ein einzelnes Unternehmen während einer zeitlich abgegrenzten Periode in der Verwertung seines Kapitals erzielt, schlägt sich in seiner Profitrate (= Profit der Periode in v. H. des Kapitalbestandes) nieder. Durch die Bildung eines gewogenen Durchschnitts kann die Profitrate eines Wirtschaftsbereichs, eines Landes etc. berechnet werden. Bei der Analyse so berechneter Profitraten darf man letzten Endes den Zusammenhang mit anderen Wirtschaftsbereichen nicht übersehen; wegen der höheren Marktverflechtung der Industrieunternehmen untereinander erfüllt die Berechnung einer Profitrate für die westdeutsche Industrie trotzdem einen eigenen analytischen Zweck.

Die durchschnittliche Profitrate eines Landes oder seiner wichtigsten kapitalistischen Sektoren läßt in der Aufeinanderfolge der Konjunkturphasen einen charakteristischen Verlauf erkennen. Der Beginn des konjunkturellen Aufschwungs ist durch einen Anstieg der Profitrate auf breitester Ebene gekennzeichnet. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist der Rückgang oder der zumindest zeitweise Stillstand der „Arbeitskosten". Bei steigender Arbeitsproduktivität kommen die Arbeitskosten bereits dann zum Stillstand, wenn das Tempo des Lohnanstiegs durch eine geringere Beschäftigung von Arbeitskraft auf die Rate zurückgeschraubt wird, mit der die Arbeitsproduktivität zunimmt. Mit dem Anstieg der Profitrate kann eine überdurchschnittliche Ausdehnung der Investitionen beobachtet werden, die in einer allgemeinen Nachfragebelebung und Produktionserhöhung ihre Fortsetzung findet. Da aber die Produktionszunahme nicht ohne eine stärkere Beschäftigung von Arbeitskraft realisiert werden kann, tritt früher oder später wiederum eine Beschleunigung des Lohnanstiegs ein. Die Lohnpreisbildung ist insofern ein Marktprozeß und nimmt auf die Entwicklung der Arbeitsproduktivität keine Rücksicht. Ein Anstieg der Arbeitskosten ist unvermeidlich und schmälert allmählich die Stückprofite und die Profitrate, da eine Überwälzung in Form erhöhter Preise auf die Konsumenten nicht unbegrenzt möglich ist. Ein Rückgang der Profitrate wird von den Unternehmern mit einer Einschränkung ihrer Investitionsausgaben beantwortet, so daß die allgemeine Nachfrage stagniert oder sogar zurückgeht.

Zusammenfassend kann damit festgestellt werden: während die Profitrate im konjunkturellen Aufschwung einen Anstieg aufweist, zeichnet sie sich in der Phase des Konjunkturrückgangs durch eine Abnahme aus.

Die Verschärfung der Konjunkturausschläge in der BRD seit 1966

Bis 1966 wuchs der Umfang von Produktion und Beschäftigung von Jahr zu Jahr. Absolute Rückschläge gab es nicht. Trotzdem war der Konjunkturrhythmus in der Zeit von 1948 bis 1966 nicht tot. Er äußerte sich vielmehr in einer unterschiedlichen Höhe der jährlichen Zuwachsraten von Produktion und Beschäftigung. So waren die Boomjahre 1955 und 1960 durch hohe Zuwachsraten und die Abschwächungsphasen im Jahre 1958 und 1963 durch niedrige Zuwachsraten gekennzeichnet. Auf diese Weise lebte die Konjunkturbewegung in der Aufeinanderfolge von Beschleunigung und Verlangsamung des allgemeinen Wirtschaftswachstums fort.

Der Konjunkturrückgang 1966/67 brachte erstmals eine absolute Abnahme der Produktion und Beschäftigung mit sich. Daher wird im Zusammenhang mit der Konjunkturphase 1966/67 (genau genommen handelt es sich um die 2. Jahreshälfte 1966 und die 1. Jahreshälfte 1967) auch der Ausdruck „Rezession" gebraucht. In der Analyse des kapitalistischen Konjunkturzyklus muß die Rezession 1966/67 als **Verschärfung** der Konjunkturausschläge gewertet werden. Dasselbe gilt auch für den Aufschwung von 1968 bis 1970.

In der materiellen Produktion ist die Industrie der größte kapitalistisch organisierte Wirtschaftsbereich. Die durchschnittliche Profitrate der westdeutschen Industrie muß deshalb die Konjunkturbewegungen mit besonderer Sensibilität anzeigen. Wie bereits erwähnt können sich die Angaben zur industriellen Profitrate nur auf eine Schätzung stützen. Die Profite werden im Wege einer Saldierungsrechnung nach Abzug der Löhne und Gehälter einschließlich Sozialabgaben, der Rohstoffaufwendungen und anderen Vorleistungen sowie der Abschreibungen (letztere nach dem Schätzungsansatz des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin) vom Bruttoproduktionswert ermittelt. Als Nenner des Rentabilitätskoeffizienten dient die Summe aus dem Netto-Anlagevermögen und den Lagervorräten[1]. Dieser Koeffizient muß eigentlich als Sachvermögensrentabilität verstanden werden, denn das Sachvermögen ist nur dann mit dem betriebsnotwendigen Kapital identisch, wenn das Finanzvermögen der Unternehmung (z. B. Kassenbestände, Bankguthaben, Forderungen aus Warenlieferungen) dieselbe Höhe wie die (kurzfristigen) Verpflichtungen gegenüber den Lieferanten hat[2]. Wenn wir annehmen, daß der (statistisch schwer bestimmbare) Saldo zwischen Finanzvermögen und Lieferantenschulden gering ist oder in einem konstanten Verhältnis zum Sachvermögen steht, kann die Sachvermögensrentabilität hilfsweise als Kennzahl für die Profitrate benutzt werden. Dasselbe Verfahren wurde beispielsweise auch in einer langfristigen Profitraten-Untersuchung der US-Industrie von Gillmann angewandt[3]. (siehe Tabelle 1)

Tabelle 1

Profitrate und Profite der westdeutschen Industrie von 1960—1970

Jahr	Profite	Netto-Anlage- + Lagervermögen	Profitrate
	— Mill. DM —		i. v. H.
	(1)	(2)	(3)
1960	27.008	144.799	18,7
1961	27.566	161.736	17,0
1962	27.246	177.282	15,4
1963	27.474	188.563	14,6
1964	31.404	200.414	15,7
1965	34.737	218.273	15,9
1966	32.208	233.942	13,8
1967	31.829	240.886	13,2
1968	45.114	246.348	18,3
1969	48.396	260.795	18,6
1970[1]	44.269	281.490	15,7

Quelle: Schätzung des Verfassers — 1) vorläufige Werte

Für die aktuelle Interpretation des Konjunkturgeschehens verdienen die Werte des Jahres 1970 besondere Beachtung.

Die Profitrate der westdeutschen Industrie lag in diesem Jahr mit 15,7 % ungefähr um ein Sechstel unter dem Höchstniveau der Boomspitze von 1969. Die absolute Profitsumme betrug 1970 nach vorläufigen Schätzungen ca. 44.300 Mill. DM und war damit um ein Zwölftel geringer als im Vorjahr. Selbst bei vorsichtiger Auswertung dieser ersten Schätzungsergebnisse kann daraus geschlossen werden, daß der Höhepunkt der Profiterwirtschaftung für die Industrie in der jetzigen Konjunkturphase überschritten ist. Die Bemühungen der Industrieunternehmen, die Abnahme der Profite durch Ausnutzung aller am Markt realisierbaren Preiserhöhungschancen zu bremsen, muß in diesem Licht gesehen werden.

Die Profitabnahme scheint auch im 1. Halbjahr 1971 nicht zum Stillstand gekommen zu sein. Nach ganz rohen Schätzungen betrugen die industriellen Profite in der 1. Jahreshälfte 1971 22.404 Mill. DM und waren somit um 6,4 % geringer als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. (siehe Tabelle 2)

Der Zusammenhang zwischen dem Tempo der Lohnentwicklung und dem Tempo der Profitentwicklung

Die Entwicklung der Tarif- und Effektivlöhne ist seit Ende 1969 einer der meist gewählten Angriffspunkte der bürgerlichen Presse und Unternehmerverbände. Dabei wird geflissentlich die Tatsache übersehen oder vertuscht, daß auf die Lohnentwicklung neben der Gewerkschaftsmacht noch **andere** Faktoren einwirken. So richtig die Erkenntnis auch ist, daß die Tariflohnfestsetzung aus einer Machtauseinandersetzung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften hervorgeht, so darf andererseits nicht übersehen werden, daß für die Tarifverhandlungen durch

Tabelle 2

Die Profite der westdeutschen Industrie im 1. Halbjahr 1970 und 1971

Periode	Wertschöpfung (Arb.-Eink. + Profite)	Profite
1. Halbj. 70	Mill. DM 93.993	Mill. DM 23.944
1. Halbj. 71	Mill. DM 101.769	Mill. DM 22.404

Quelle: Schätzung des Verfassers

Arbeiter-bewegung

Proletarische Erwachsenenbildung. Die Bestrebungen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zur systematischen sozialistischen Bildung erwachsener Werktätiger 1918–1923. Dissertation von A. Meier, Berlin, Humboldt-Universität, 1964.
Quellen- und Literaturverzeichnis, Personen-, Sach- und Stichwortregister. 300 S.
Preis: 11,– DM.

Septemberstreiks '69
Darstellung – Analyse – Dokumente
der Streiks in der Stahlindustrie im Bergbau, in der metallverarbeitenden Industrie und in anderen Wirtschaftsbereichen.
Vollständiger Reprint der IMSF-Ausgabe.
406 Seiten. **Preis: 9,– DM.**

Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Herausgegeben von C. Grünberg. Zeitraum: 1911 – 1930. **Das „Grünberg-Archiv" bietet eine der wichtigsten Quellen und Grundlagen zur marxistischen Analyse der deutschen Arbeiterbewegung.** Insgesamt 15 Bände mit 7460 S.
Preis: 350,– DM.

Pädagogik Psychologie

Sozialisation und kompensatorische Erziehung. Ein soziologisches Seminar der FU Berlin als hochschuldidaktisches Experiment. **Preis: 5,– DM.**

Sprachbarrieren. Beiträge zum Thema „Sprache und Schichten". 257 Seiten. **Preis: 6,– DM.**

Sprache und Klassenbindung
Die Bedeutung linguistischer Kodes im Sozialisationsprozeß. 120 Seiten. **Preis: 5,– DM.**

Zeitschrift für Psychoanalytische Pädagogik. Mit Beiträgen von: Bernfeld, Federn, Ferenczi, Landauer, A. Freud, Reich u. a.
II. Jahrgang. 398 S. **10,– DM**
III. Jahrgang. 507 S. **12,– DM**

Weitere große Auswahl an Texten: **Buchliste anfordern!** Versand nur per Nachnahme oder Vorausrechnung.

★spartakus

Verlag, Vertrieb und Versand
2 Hamburg 13, Postfach 117
Telefon 04 11/41 74 84
Diese Texte sind in allen **politischen** Buchhandlungen erhältlich.

die Profitsituation der einzelnen Firmen und die Wettbewerbsintensität wichtige Grenzen gezogen sind.

Die Tariflöhne und -gehälter werden in den meisten Fällen auf Branchenebene vereinbart und basieren ökonomisch auf dem Rentabilitätsdurchschnitt der in der Branche tätigen Unternehmen. Bei Steigerungen dieser durchschnittlichen Profitrate werden mit einer zeitlichen Verzögerung neue Lohntarife auf höherem Niveau abgeschlossen; der Umfang des Tariflohnanstiegs und das Ausmaß der zeitlichen Verzögerung zwischen Profiterhöhung und Tariferneuerung hängen vom Kräfteverhältnis zwischen den gewerkschaftlich organisierten Arbeitskräften und den Unternehmern ab. In der letzten Hochkonjunktur dauerte es z. B. von Ende 1967 bis zum Herbst 1969 fast 2 Jahre, ehe das Tariflohnniveau der westdeutschen Industrie dem gestiegenen Profitraten-Durchschnitt angepaßt wurde. Voll wirksam wurde die Tarifpolitik erst 1970, als die Lohnzuwachsrate gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt 12,9 % betrug und somit gut doppelt so hoch wie zwischen dem Jahresdurchschnitt 1968 und 1969 (+ 6,3 %) war (vgl. Tab. 3).

Der Zusammenhang zwischen dem Profitanstieg und der verzögert einsetzenden Tariflohnanpassung ist analytisch noch leicht zu durchschauen, die bei einer hohen Beschäftigung des Arbeitskräfteangebots zu einem wachsenden Unterschied zwischen dem Effektiv- und dem Tariflohnniveau führt. Unternehmen, die ihren Arbeitskräftebestand ausdehnen wollen, versuchen, dieses Ziel u. a. durch die Gewährung wachsender übertariflicher Lohnzulagen zu erreichen. Eine über dem Branchendurchschnitt liegende Profitrate bildet hierfür eine wichtige Voraussetzung. Die Gewerkschaften versuchen dann ihrerseits, diese Beschleunigung des Effektivlohnanstiegs durch höhere Tariflohnsteigerungen auszugleichen, um auf diese Weise den erreichten Effektivlohnstand tarifvertraglich und lohnpolitisch abzusichern. Somit hat ein hoher Beschäftigungsstand der Arbeitskräfte eine zusätzlich beschleunigende Auswirkung auf die Tariflohnentwicklung. Einen Überblick über die Veränderung des industriellen Tariflohnniveaus und seine ökonomischen Bestimmungsgrößen seit 1962 gibt Tabelle 3.

Wenn 1970 im Jahresdurchschnitt von jedem Industriearbeiter 3,4 Überstunden pro Woche verrichtet wurden, so hatte damit die Arbeitsmarktanspannung in der westdeutschen Industrie nach dem 2. Weltkrieg ihren Höchststand erreicht. Es ist angesichts dieser Situation verständlich, daß sich die Effektivlöhne vom Tariflohnniveau immer weiter entfernen. Das Tempo des Lohnwachstums dürfte erst in dem Moment zurückgehen, wenn es im Zusammenhang mit Produktionsdrosselungen zur Verkleinerung des Beschäftigungsstandes kommt. Anzeichen hierfür waren im Frühsommer 1971 bereits zu erkennen.

Tabelle 3

Zuwachsraten des Tariflohnniveaus und der Arbeitsproduktivität sowie Überstundendurchschnitt der westdeutschen Industrie

Jahr	tarifl. Std.-Löhne der Arbeiter	Prod.-Ergebnis je Beschäftigten-Std.	Durchschnittl. Überstd. je Woche (= bez. ./. tarifl. Wo.-Std.)
	Zuwachsrate geg. Vorjahr in v. H.		
	(1)	(2)	(3)
1963	+ 6,2	+ 5,2	+ 1,7
1964	+ 6,6	+ 8,4	+ 2,0
1965	+ 7,3	+ 4,9	+ 2,5
1966	+ 6,9	+ 3,6	+ 2,2
1967	+ 5,2	+ 6,1	+ 1,2
1968	+ 4,3	+ 8,5	+ 2,4
1969	+ 6,3	+ 7,2	+ 3,3
1970	+ 12,9	+ 3,1	+ 3,4

Quelle: Berechnungen des Verfassers nach Tabelle 3

Die nachlassende Expansion der industriellen Investitionen

Im unmittelbaren Zusammenhang mit der Profitentwicklung und den Profitaussichten stehen die Planung und Durchführung der Investitionen. Die Anschaffung von Maschinen, Gebäuden, Werkzeugen etc. soll der jeweiligen Firma zu höheren Profiten verhelfen und wird in dem Moment ausgedehnt bzw. eingeschränkt, wenn die Absatz- und Kostenentwicklung eine Steigerung bzw. Verringerung der erwarteten Profite erkennen läßt. Dabei muß ein gewisser zeitlicher Abstand zwischen der Planung und der Verwirklichung einzelner Investitionsvorhaben in Rechnung gestellt werden.

Auf Jahresbasis bewegten sich die Anlageinvestitionen der westdeutschen Industrie in den letzten Jahren mit folgendem Rhythmus:

Zunahme 1968 – 69: + 33 %
Zunahme 1969 – 70: + 22 %
erwartete
Zunahme 1970 – 71: + 3 % bis + 4 %.

Während die Ausdehnung der Investitionsausgaben 1970 noch deutlich boomartigen Charakter hatte, muß eine (vom IFO-Institut in München erwartete) Zunahme der Investitionen um 3% bis 4 % in diesem Jahr als Beruhigung der Anlagenkäufe gewertet werden. Wenn die industriellen Investitionen 1971 damit fast auf dem Niveau des Vorjahres verharren, scheint ein weiterer Hinweis auf die allmähliche Ausschöpfung der Profitsteigerungsmöglichkeiten gewonnen zu sein. Da aber die Nachfrage nach Investitionsgütern zum größten Teil durch die Industrie selbst gedeckt wird, wird auf diese Weise die Nachfrage nach Industrieerzeugnissen zusätzlich geschwächt. Auch die Auswertung der verfügbaren Angaben über die industrielle Investitionstätigkeit deutet somit auf ein Ende der westdeutschen Hochkonjunktur hin.

Eine Statistik der Profitsummen und Profitraten ist ein unentbehrliches Hilfsmittel in der Analyse des kapitalistischen Konjunkturzyklus. Wenn in Westdeutschland trotz eines gut ausgebauten statistischen Berichtswesens von Amts wegen keine Erhebungen über die Profitratenentwicklung in wichtigen kapitalistischen Wirtschaftsbereichen durchgeführt werden, liegt der Grund hierfür in dem Bemühen, die Veröffentlichungen ideologisch störender Tatbestände nach Möglichkeit zu vermeiden. Den sozialistischen Kräften, die das Konjunkturgeschehen durchschauen und nicht sein Opfer werden wollen, bleibt daher nur der Ausweg, die benötigten Angaben zur Profitentwicklung zu schätzen. Der vorliegende Beitrag ist ein Versuch in dieser Richtung.

1) Algebraisch werden Profite und Sachvermögen folgendermaßen bestimmt:
Profite = Bruttoproduktionswert – Vorleistungen (z. B. Rohstoffe) – Löhne und Gehälter – Sozialabgaben – indirekte Steuer – Abschreibungen
Sachvermögen = Netto-Anlagevermögen + Lagervorräte

2) betriebsnotwendiges Kapital = Netto-Sachvermögen + Finanzvermögen (Kasse, Forderungen etc.) – Verbindlichkeiten gegenüber Lieferanten.

3) Vgl. Joseph Gillmann, Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Dt. Ausgabe Frankfurt/M. 1969.

Sozialpolitischer Arbeitskreis (Spak), 69 Heidelberg, Ziegelhäuser Landstr. 17, Telefon 47 11 57, sucht Sozialpädagogen. Nähere Auskünfte auf Anfrage.

Dokumentation: Terror in Regensburger Heimen. Bezug über Aktionszentrum Unabhängiger Schüler (AUS), 84 Regensburg, Hinter der Grieb 7; DM 1,– in Briefmarken beilegen.

Zur Bauernfrage in Westdeutschland

Onno-Hans Poppinga

Teil I, Wirtschaftliche Lage

Dieser Aufsatz ist ein Versuch, die aktuellen Bauerndemonstrationen politisch einzuschätzen. Er ist in drei Teile gegliedert:

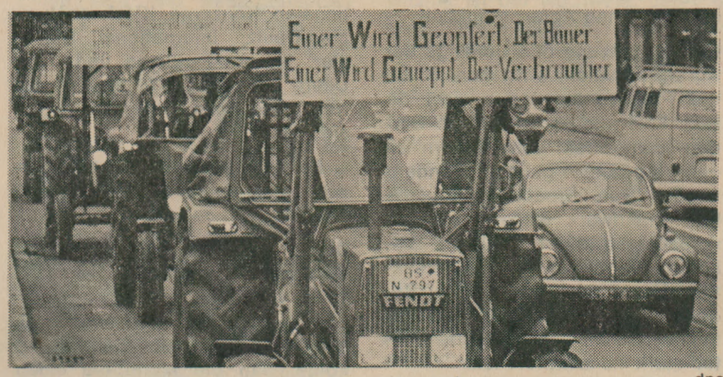
- **Überblick über die wirtschaftliche Lage und Entwicklung der Landwirtschaft.**
- **Beobachtungen des politischen Bewußtseins von Bauern.**
- **Umrisse eines Strategiefindungsversuchs.**

Die Vokabeln Überblick, Beobachtungen und Versuch sind nicht zufällig gewählt worden. Der embryonale Charakter der Diskussion der Agrarfrage in Westdeutschland läßt mehr nicht zu.

Grundlage jeder gesellschaftlichen Entwicklung ist, daß die Landwirtschaft ein Mehrprodukt erzeugt, also mehr produziert, als zu ihrer eigenen Reproduktion erforderlich ist. Die Formen, die das landwirtschaftliche Mehrprodukt historisch angenommen hat, sind: die Arbeitsrente, die Produktenrente, die Geldrente. Diese vorkapitalistischen Rentenformen haben mit der kapitalistischen Grundrente nichts zu tun; sie sind Ausdruck von vorkapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen. Die Bauernbefreiung hob die vorkapitalistischen Rentenformen auf. Sie war in zweierlei Hinsicht eine „Befreiung": einerseits eine Befreiung von den feudalen Fesseln, andererseits eine Befreiung vom Boden. Dieser Vorgang ist für die Entwicklung des Kapitalismus von größter Bedeutung.

„Historisch epochemachend in der Geschichte der ursprünglichen Akkumulation sind alle Umwälzungen, die der sich bildenden Kapitalistenklasse als Hebel dienen; vor allem aber die Momente, worin große Menschenmassen plötzlich und gewaltsam von ihren Subsistenzmitteln losgerissen und als vogelfreie Proletarier auf den Arbeitsmarkt geschleudert werden. Die Expropriation der ländlichen Produzenten, des Bauern, von Grund und Boden bildet die Grundlage des ganzen Prozesses. Ihre Geschichte nimmt in verschiedenen Ländern verschiedene Färbungen an und durchläuft die verschiedenen Phasen in verschiedener Reihenfolge und in verschiedenen Geschichtsepochen." (1)

Im Osten Deutschlands stellte sich die Bauernbefreiung als Bauernlegen größten Ausmaßes dar und führte zu Produktionsverhältnissen, die viel gemeinsam hatten mit dem von Marx am Beispiel Englands entwickelten Begriff der kapitalistischen Landwirtschaft. Im Westen Deutschlands dagegen ergab sich zumeist eine „Verwandlung des Bodens in freies Bauerneigentum" (2); seitdem herrscht im Westen Deutschlands die bäuerliche Form der landwirtschaftlichen Produktion vor.



dpa

Tabelle 1: **Entwicklung der Produktionswerte und Vorleistungen der Land-, Forst- und Fischwirtschaft in jeweiligen Preisen**

Jahr	Produktionswert (in Mill. DM)	Vorleistungen (in Mill. DM)	Anteil der Vorleistungen am Produktionswert in vH.
1950 [1])	14.270	4.140	29
1960	27.020	9.710	36
1969	36.640	16.170	44

[1] Bundesgebiet ohne Saarland.
Quelle: „Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten", Hrsg. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BELF), Jg. 1960, S. 12, Jg. 1970, S. 12.

Tabelle 2: **Entwicklung ausgewählter Produktionshilfsmittel**

	Traktoren (in 1000)	Mähdrescher (in 1000)	Düngemittel (in 1000 to)	Zukauffuttermittel (in 100 to GE [1])
1950/51	117	–	1.439	3.762
1960/61	822	67	2.286	8.854
1968/69	1.293	150	2.781	14.353

[1] GE = Getreideeinheiten.
Quelle: „Grüner Bericht", Hrsg. BELF, Bonn, mehrere Jahrgänge.

Tabelle 3: **Entwicklung von Viehbeständen und Agrarproduktion**

	Pflanzliche [1])	Tierische [2])	Gesamte Nahrungsmittel [3])
	Produktion (in 1000 to GE)		
1950/51	41.970	24.865	34.371
1960/61	52.904	36.781	49.417
1969/70	54.141	46.194	57.183

[1] Bruttobodenproduktion; unabhängig von ihrer Verwendung.
[2] Aus einheimischen und importierten Futtermitteln.
[3] Tierische und pflanzliche Produktion für die menschliche Ernährung.
Quelle: „Statistisches Jahrbuch für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten", Hrsg. BELF, Hamburg, mehrere Jahrgänge.
Quelle: „Grüner Bericht", Hrsg. BELF, Bonn, mehrere Jahrgänge.
Quelle: „Agrarbericht", Hrsg. BELF, Bonn 1971.

Tabelle 4: **Selbstversorgungsgrad bei ausgewählten Agrarprodukten**

	Gesamteinfuhr (in 1000 to)		Einfuhrquote [1])	
	1958/59	1968/69	1958/59	1968/69
Getreideerzeugnisse	1.528	1.846	34	45
Speisekartoffeln	198	760	1	12
Gemüse	810	1.668	24	43
Frischobst	1.553	2.417	16	43
Wein	2.616	5.592	55	58
Geflügelfleisch	74	235	45	53
mit Erzeugung aus Auslandsfutter			22	24
ohne Erzeugung aus Auslandsfutter			30	39

[1] Verbrauch ausländischer Nahrungsmittel in v. H. des inländischen Gesamtverbrauchs.
Quelle: „Agrimente 71", Hrsg. IMA, Hannover 1971.

Die Entwicklung Deutschlands zum kapitalistischen Industriestaat veränderte die Produktionsweise der bäuerlichen Betriebe nur sehr langsam. Nach und nach wurde die Herstellung der erforderlichen Arbeitsmittel, die traditionell im bäuerlichen Betrieb erfolgt war, zurückgedrängt. Einfache industriell erzeugte Maschinen wurden eingesetzt, die Düngemittelverwendung nahm zu. Aber wie weit die Mechanisierung der bäuerlichen Betriebe hinter dem Entwicklungsstand in der Industrie entfernt war, ist z. B. daran zu sehen, daß bis zum Zweiten Weltkrieg das Mähen des Getreides von Hand die Regel, der pferdegezogene Bindemäher die Ausnahme war. Als in weiten Bereichen der Industrie bereits mit der Automation begonnen wurde, war die Anwendung von mechanischer und elektrischer Kraft in der Landwirtschaft noch eine Seltenheit. Die bäuerliche Landwirtschaft war ausgesprochen arbeitsintensiv; die organische Zusammensetzung des Kapitals entsprechend niedrig. Daß der Verflechtungsgrad bäuerlicher Produktion nach dem Zweiten Weltkrieg noch gering war, dann aber rasch zunahm, geht unter anderem aus der Entwicklung des Anteils der Vorleistungen (3) am Produktionswert (4) hervor. (s. Tabelle 1)

Die Mechanisierung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion nach dem Zweiten Weltkrieg soll an vier wichtigen landwirtschaftlichen Produktionshilfsmitteln aufgezeigt werden: Traktoren, Mähdrescher, Düngemittel und Zukauffuttermittel. (s. Tabelle 2)

Die verstärkte Anwendung von Produktionshilfsmitteln führte zu einer Erhöhung der pflanzlichen Produktion, die wiederum eine Ausdehnung der Tierbestände und damit auch der tierischen Produktion bewirkte. (s. Tabelle 3)

Bei nahezu konstant bleibender landwirtschaftlicher Nutzfläche (knapp 14 Millionen Hektar) war die Steigerung der pflanzlichen Produktion gleichbedeutend mit einer Steigerung der Flächenproduktivität. Durch verbesserte Züchtungen, Fütterungs- und Haltungsmethoden wurden außerdem die Leistungen der Nutztiere stark erhöht.

Die Steigerung der Agrarproduktion übertraf bald die Nachfrage. Unter Nachfrage ist dabei nicht die absolut vorhandene zu verste-

hen. Im Kapitalismus kommt es bekanntlich nicht darauf an, wieviel und was für Lebensmittel die Menschen brauchen, sondern wieviel sie bezahlen können.

„In allen landwirtschaftlichen Waren gibt es eine starke Überproduktion nicht in dem Sinne, daß niemand da wäre, der Brot, Zukker, Kaffee usw. benötigen würde, sondern Überproduktion im kapitalistischen Sinne, daß keine zahlungskräftigen Käufer da sind" (5) Fünf Millionen DM sieht der laufende Agrarhaushalt der BRD für „Wertvernichtungen" von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vor. (6) Wer sich nun die enormen Einkommensunterschiede in der BRD vor Augen hält, sieht einen Hauptgrund für die Begrenzung der Nachfrage nach Agrarprodukten. Bei einer großen Zahl von Haushalten macht der Anteil der Lebenssmittel 30 v. H., 40 v. H. und mehr der gesamten Haushaltsausgaben aus. Unter solchen Bedingungen muß nicht zuletzt an Lebensmitteln gespart werden.

Ein zweiter entscheidender Grund für die relative Überproduktion ist, daß die BRD Agrarimporte durchführen muß. (s. Tabelle 4)

Der Import von Agrarprodukten hat bei einem Teil der Produkte natürliche Gründe, weil sie nicht unter unseren Klima- und Bodenverhältnissen wachsen, so z. B. Kaffee, Tee, Bananen, Ölpalmen etc. Von den 16,6 Mrd. DM der ernährungswirtschaftlichen Einfuhren des Jahres 1967 entfielen 4,9 Mrd. DM (ca. 30 v. H.) auf solche Produkte. (6a)

Der andere Teil der Agrarimporte – und er machte 1967 mit 11,9 Mrd. DM etwa 15 v. H. der Gesamteinfuhren der BRD aus! – erfolgt aus politischen Gründen. Ein oft genanntes Beispiel aus jüngster Zeit ist die Reaktion des DIHT auf die „Mills Bill", einer Gesetzesvorlage, die Einfuhrbeschränkungen für die USA vorsah. Der Leiter der Außenhandelsabteilung des DIHT schlug vor, „den Amerikanern bei einem Verzicht auf die Protektionsmaßnahmen durch Zugeständnisse in der EWG-Agrarpolitik entgegenzukommen". (7) Vor allem solle „die Agrarstrukturpolitik innerhalb der EWG forciert werden". (8) Hier wird bereits auf die eigentliche Funktion der angeblichen „Verbesserung der Agrarstruktur" – einer Vokabel mit der Politiker aus allen herrschenden Parteien hausieren gehen – hingewiesen: Verminderung der einheimischen Agrarproduktion.

Die Begrenzung des Umfangs der Agrarproduktion wirkt zurück auf die Produzenten. Aber nicht direkt. Fast alle Agrarprodukte werden nicht direkt vom Bauern an den Verbraucher geliefert, sondern werden von Ernährungsindustrie und -handwerk weiterverarbeitet, verpackt, verteilt etc. Für die Einkommensentwicklung im Agrarsektor ist es deshalb von größter Bedeutung, daß gerade dieser, der Landwirtschaft nachgelagerte Sektor stark konzentriert ist.

– Bei den Mühlen haben ca. 5.000 Einzelunternehmen einen Marktanteil von 25 v. H. Ganze 7 Großmühlen konzentrieren einen Marktanteil von 75 v. H. auf sich. (9)

– Bei der Dauermilchherstellung haben sich der Unilever-Konzern und Nestlé-Ursina den Markt praktisch geteilt.

Diese Beispiele lassen sich beliebig durch weitere ergänzen.

Auch wenn man berücksichtigt, daß bei der Weiterverarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse Arbeit und Kapital verbraucht wird, ist die Herrschaft der Monopole im nachgelagerten Sektor mindestens für das Ausmaß, um den der Anteil der Verkaufserlöse der Landwirtschaft an den Verbraucherausgaben für Nahrungsmittel zurückgefallen ist, verantwortlich: im Wirtschaftsjahr 1968/69 erhielten die Bauern bei tierischen Produkten noch 59 v.H., bei pflanzlichen Produkten noch ganze 28 v. H. der Ausgaben der Verbraucher für inländische Nahrungsmittel; betrachtet man alle Nahrungsmittel aus inländischer Erzeugung, so erhält der Bauer nur noch etwa die Hälfte von dem, was die Verbraucher für diese Produkte aufwenden (10).

Prinzipiell dieselbe Entwicklung wie im nachgelagerten Sektor vollzieht sich auch im vorgelagerten, der die Produktionsmittel für die Landwirtschaft erzeugt.

– Bei den Landmaschinenherstellern vereinigten die vier multinationalen Konzerne Klöckner-Humbold-Deutz, International Harvester, Massey-Ferguson und John Deere Lanz/Fiat 1970 59 v. H. der Neuzulassungen von Traktoren auf sich. (11)

– Bei Mähdreschern hat eine Firma Claas einen Marktanteil von 55 v. H.

Die Bildung von Monopolen führt bekanntlich dazu, daß der Ausgleich von Extraprofiten zum Durchschnittsprofit behindert wird, u. U. auf Dauer unterbleibt. Das hat zur Folge, daß die Monopole einen größeren Teil der Gesamtmehrwertmasse der Volkswirtschaft an sich ziehen können als es ihrem Anteil am gesamten Kapital entspricht. Diese Umverteilung erfolgt bei den der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Sektoren auch zu Ungunsten der Landwirtschaft.

Um eine auch nur einigermaßen vollständige Beschreibung der wirtschaftlichen Entwicklung im Sektor Landwirtschaft zu geben, wäre noch auf eine ganze Reihe von wichtigen Veränderungen einzugehen. Das kann hier nur in stichworthafter Kürze erfolgen.

● Genossenschaften

Ihre überragende Bedeutung für die Landwirtschaft geht schon daraus hervor, daß allein die Raiffeisen-Genossenschaften 48 v. H. des gesamten Umsatzes der Landwirtschaft auf sich vereinigen (12). Sie sind nicht nur Abnehmer und Weiterverarbeiter von Agrarprodukten, nicht nur Lieferanten von Produktionshilfsmitteln, nicht nur eine der größten Kreditorganisationen der BRD, sondern besitzen eigene Futtermittelfabriken, Schlachtanlagen, Kühlhäuser, Molkereien usw. Entscheidend ist nun, daß die Genossenschaften solche Größenordnungen erreicht haben, daß die Gesetze des Kapitals ihre Aktivität bestimmen, als handele es sich um eine „normale" Form von Großunternehmung. Der Konzentrationsprozeß verläuft sehr rasch. Starke Bestrebungen zielen darauf hin, die Genossenschaften den Aktiengesellschaften anzugleichen. Die Bauern haben den Einfluß auf diese mit ihrem Kapital aufgebauten Organisationen bereits weitgehend verloren.

● Gewerbliche Unternehmen

Die Erzeugung von solchen Agrarprodukten, deren Produktionsbedingungen bereits weitgehend mit der von Industriegütern vergleichbar sind (Geflügelfleisch, Eier, ansatzweise Schweinefleisch), wird zunehmend zu einem Anlagefeld für Industriekapital. Bertelsmann ist z. B. mit 1 Million Legehennen der größte Eierproduzent der BRD. Im Emsland werden z. Z. von einer Gesellschaft, hinter der die Unilever steht, Schweineställe errichtet mit einer Kapazität (Zielstufe) von 150.000 Schweinen. Mehrere Gutachter haben bereits nachgewiesen, daß dadurch im Emsland binnen weniger Jahre die bäuerlichen Schweineproduzenten vom Markt gedrängt sein werden.

● Vertikale Integration

Darunter versteht man vertragsmäßige Beziehungen zwischen Unternehmen auf verschiedenen Stufen der Produktion, z. B. zwischen Obstanbauer und Konservenfabrik. Die Formen der vertikalen Integration sind sehr unterschiedlich. Welche Dimensionen sie erreichen kann, zeigt Nestlé („Alpenmilch" u. a.): in Europa werden eine Million Kühe für diesen Konzern gemolken (13).

Im Extremfall stellt das kapitalistische Unternehmen das Kapital, der Bauer seine Arbeitskraft; der Bauer wird hier tendenziell zum Heimarbeiter.

Schriften des Sozialistischen Büros: Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro: Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der BRD, DM 2.– ● Am Beispiel Angela Davis, DM 2.50 ● Gewerkschaften heute – Ordnungsfaktor oder Gegenmacht? Funktion und Strategie der Gewerkschaften im Spätkapitalismus, DM 3.30 ● Praxis und Theorie gewerkschaftlicher Lehrlingspolitik, dargestellt am Beispiel des Hamburger „Jour Fix", DM 5.10 ● Lehrlingskampf im Betrieb, DM 3.– ● Materialien zur Unterrichtspraxis: Verhaltenssteuerung – Abweichendes Verhalten, DM 5.– ● Bedingungen und Perspektiven der Stadtteilarbeit, DM 4.– ● Bezug über Bücher- & Papervertrieb, 605 Offenbach 4, Postfach 591

● Fremdkapital

Mit 29,3 Mrd. DM hat der Umfang des in der Landwirtschaft eingesetzten Fremdkapitals 1970 einen neuen Höhepunkt erreicht. Dagegen betrug die Wertschöpfung der Landwirtschaft im selben Wirtschaftsjahr nur 18,3 Mrd. DM (14). Eine Folge ist, daß die Schuldzinsen der Landwirtschaft — 1969/70 1,8 Mrd. DM (14) — seit einigen Jahren die Nettoinvestitionen übersteigen.

Es ist nun zu untersuchen, welche Folgen die skizzierten Veränderungen für die betriebswirtschaftliche Situation der landwirschaftlichen Betriebe und für das Einkommen der in der Landwirtschaft Tätigen haben.

Eine oft gebrauchte Methode ist die Agrarpreisschere. Darunter versteht man die Veränderung der Preisindices für landwirtschaftliche Produktionshilfsmittel und für landwirtschaftliche Erzeugerpreise. Die Differenz dieser Indizes wird angesprochen als Maß für die Ausbeutung der Bauern. So errechnet Josef Berun in der DKP-Landrevue, daß die Landwirtschaft durch das Mittel der Preisschere von 1949/50 bis 1968/69 um 60 Mrd. DM ausgebeutet worden sei. (15)

Die Tatsache, daß die Agrarpreisschere als Maßstab der Ausbeutung von so verschiedenen Gruppen wie Deutscher Bauernverband, Evangelische Kirche, DDR-Agrarwissenschaftlern und DKP-Genossen bezeichnet wird, ändert nichts daran, daß sie als Kategorie für eine marxistische Untersuchung nicht in Frage kommen kann. Die beiden wichtigsten Gründe dafür sind:

— Die Gegenüberstellung der Indices berücksichtigt ebensowenig die starken Produktivitätsänderungen wie die wegen des zunehmenden Kapitalaufwandes bei gleichzeitiger Verminderung der Arbeitskräfte stark wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals. Sie bietet keine Möglichkeit, die Wertbildung in der landwirtschaftlichen Produktion zu analysieren.
— Stärker noch spricht gegen die Verwendung der Agrarpreisschere, daß sie den Eindruck erweckt, die Landwirtschaft werde von der Industrie ausgebeutet. Sie erfaßt in keiner Weise, daß die Landwirtschaft in sich stark differenziert ist. Sie wirft ebenso die hauptberuflich bewirtschafteten Betriebe zusammen mit den nebenberuflich bewirtschafteten, wie sie nicht unterscheidet zwischen Großbauern, die Lohnarbeitskräfte ausbeuten, und Arbeiter-Bauern, die selber Lohnabhängige sind. (s. Tabelle 5)

Daß die Frage nach der Ausbeutung bei den ca. 75.000 landwirtschaftlichen Betrieben, die Lohnarbeitskräfte beschäftigen, reziprok ist der Frage nach der Ausbeutung bei den in diesen Betrieben arbeitenden ca. 157.000 Lohnarbeitskräften (16), und daß sie wieder ganz anders zu stellen ist bei den knapp 600.000 Nebenerwerbsbetrieben (Arbeiter-Bauern-Betriebe), wird durch die Preisschere völlig verdeckt.

Die Agrarpreisschere scheidet aus diesen Gründen als analytische Kategorie aus. Damit ist natürlich nicht in Frage gestellt, daß sich bei den in der Landwirtschaft Arbeitenden, die als Bauer ausgebeutet werden, die Ausbeutung in erster Linie über die Preise vollzieht.

Einen sehr viel weitergehenden Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe erlaubt die folgende Tabelle. Sie zeigt wie groß die Unterschiede innerhalb der Landwirtschaft sind. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß hier nur Vollerwerbsbetriebe ausgewertet worden sind und davon wieder nur solche, deren bereinigter Betriebsertrag (16a) 21.500 DM überstieg. (s. Tabelle 6)

Deutlich ist hier abzulesen, wie groß die Differenzierung selbst noch bei diesen ohnehin weit überdurchschnittlichen Betrieben ist. Berücksichtigt man, daß vom Betriebseinkommen (17) noch Pacht- und Zinszahlungen abzuziehen sind, so ist eindeutig, daß die niedrigste Gruppe weit unter der Bruttolohnsumme landwirtschaftlicher Facharbeiter liegt, die 1969/70 einschließlich Überstunden 10.600 DM betrug (18). Bei der Gruppe mit dem höchsten bereinigten Betriebsertrag, bei der von den ca. neun Arbeitskräften mindestens sechs ständige Lohnarbeitskräfte sein dürften, ist nicht weniger deutlich, daß hier von den Landarbeitern Mehrwert erzeugt wird und in die Taschen der Großbauern wandert. Selbst wenn man berücksichtigt, daß vom Betriebseinkommen noch Pacht- und Zinszahlungen abzuziehen sind, und daß zur Bruttolohnsumme noch der Unternehmeranteil zur Sozialversicherung hinzuzuzählen ist, bleibt eine profitable Differenz zwischen dem Betriebseinkommen je Arbeitskraft und der Bruttolohnsumme.

Eine neuere Untersuchung der Einkommensdisparität innerhalb der westdeutschen Landwirtschaft, die sich auf weit zurückreichendes Buchführungsmaterial stützt und unterschiedliche Naturräume einbezieht (19), hat noch deutlichere Werte ergeben als der Agrarbericht. Es wurde eine Spannbreite von 22.000 DM Arbeitseinkommen (20) je Arbeitskraft ermittelt. Besonders wichtig ist der Nachweis, daß die Einkommensdisparität innerhalb der letzten Jahre außerordentlich stark zugenommen hat. Die Analyse dieser zunehmenden Differenzierung in Bauern mit hohem und Bauern mit niedrigem Einkommen ergab als Ursache die Entwicklung der Produktivkräfte durch den technischen Fortschritt. Die Anwendung neuer Produktionshilfsmittel, die ihren Vorgängern überlegen sind, ist nur in sehr unterschiedlichem Ausmaß möglich. Klimatisch ungünstige Lagen, schwierige Bodenverhältnisse, zersplitterte Flächen und kleine, isoliert wirtschaftende Betriebe sind z. B. für den Einsatz moderner landwirtschaftlicher Großgeräte sehr wenig geeignet. Diese Geräte können in günstigeren Regionen weitaus produktiver eingesetzt werden.

Wie für die kapitalistische Gesellschaft insgesamt typisch, so setzt sich auch in der Landwirtschaft die Entfaltung der Produktivkräfte auf Kosten der Bauern und Landarbeiter durch. Die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Vollarbeitskräfte nahm von 3,9 Millionen (1950/51) auf 1,7 Millionen (1968/69), d. h. um fast 60 v. H., ab. Fast alle Bauern, die ihren Betrieb zum Nebenerwerbsbetrieb abstocken mußten, fanden nur als Hilfsarbeiter Arbeit. Ihre unzureichende Schul- und Berufsausbildung und ihr Alter erleichterten es den Unternehmern, sie in die Niedrig-Lohngruppen zu drücken. Aber obwohl sie proletarisiert worden waren, obwohl sie ihr Haupteinkommen aus ihrer nicht-landwirtschaftlichen Tätigkeit bezogen, blieben sie auf ihren landwirtschaftlichen Betrieb orientiert. Nicht selten wurde ein beträchtlicher Teil des Lohnes in den Restbetrieb gesteckt.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß es falsch ist zu behaupten, die Landwirtschaft befände sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation. Richtig dagegen ist, daß die Masse vor allem der kleinen Bauern sich in bedrückenden wirtschaftlichen Verhältnissen befindet, daß bei ihnen die Grundlage ihrer Existenz bedroht ist, daß es aber auch eine Minderheit von Bauern gibt, die mehr Angst vor dem Steuerprüfer als vor dem Gerichtsvollzieher haben müssen.

Tabelle 5: **Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe nach der Erwerbsform; 1969**

Erwerbscharakter	Betriebe in 1.000	Betriebe in v. H.	Anteil an der Landwirtschaftlichen Nutzfläche
Vollerwerb	478,8	36	72
Zuerwerb	268,6	22	15
Nebenerwerb	594,8	44	13
	1.342,1	100	100

Quelle: „Grüner Bericht 1969", Hrsg. BELF, Bonn 1970.

Tabelle 6: **Kennzahlen landwirtschaftlicher Testbetriebe. Hackfruchtbaugruppe, 1970.**

Bereinigter Betriebsertrag in 1.000 DM/Betrieb	Betriebe (absolut)	Betriebsgröße in ha LN	Arbeitskräfte Betrieb	Betriebseinkommen DM/AK
20 bis 25	81	11,4	1,44	8.398
40 bis 45	148	24,9	1,79	13.504
60 bis 70	158	17,2	2,10	18.150
80 bis 90	107	33,4	2,44	21.749
100 bis 120	89	43,4	2,87	23.012
200 und mehr	80	153,8	8,66	24.343

Quelle: „Agrarbericht 1970", Hrsg. BELF, Bonn 1971, S. 166.

Anmerkungen

[1] Karl Marx „Das Kapital", Band I, Frankfurt 1968, S. 744.
[2] Karl Marx „Das Kapital", Band III, Frankfurt 1968, S. 806.
[3] Vorleistungen = Aufwendungen für Zukauffuttermittel, Handelsdünger, Pflanzenschutzmittel, eingeführtes Saatgut und Nutzvieh, Gebäude, Inventar, Brenn- und Treibstoffe, Strom und allgemeine Wirtschaftsausgaben.
[4] Produktionswert = Summe aller Verkäufe von landwirtschaftlichen Erzeugnissen an andere Wirtschaftsbereiche, Eigenverbrauch an Nahrungsgütern, Vorratsveränderungen, selbsterstellte Anlagen.
[5] E. Varga „Die Internationale Agrarkrise", in: „Die Kommunistische Internationale", Berlin 1930, Heft 12/13, S. 676.
[6] FR, 11. 2. 71.
[6a] Günther Weinschenck, Kurt Meinhold „Landwirtschaft im nächsten Jahrzehnt", Stuttgart 1969, S. 31.
[7] FR, 17. 8. 70.
[8] Stuttgarter Zeitung, 17. 8. 70.
[9] „Verbraucher Politische Korrespondenz", Nr. 23, 8. 6. 71.
[10] „Agrarbericht 1970", Hrsg. BELF, Bonn 1971, Materialband S. 13.
[11] Karl Jetter „Mähdrescher und Traktoren nur noch von Konzernen", in: „Übersicht", Hannover, Februar 1971, S. 127 f.
[12] „Schwäbischer Bauer", 23. Jg., Nr. 27, 3. 7. 71.
[13] „DKP-Landrevue", Jg. 1, Nr. 4/71, S. 13.
[14] Jeweils „Agrarbericht 1970", a. a. O.
[15] „DKP-Landrevue", Jg. 1, Nr. 4/71, S. 6.
[16] Jeweils „Wirtschaft und Statistik", Hrsg. Statistisches Bundesamt, Stuttgart und Mainz 1970, Heft 11, S. 659.
[16a] Bereinigter Betriebsertrag = Betriebsertrag abzüglich Zukauf von Vieh, Futtermittel, Saatgut, Einnahmen aus Fuhrlohn, Maschinenvermietung und Kleinpachten.
[17] Betriebseinkommen = Betriebsertrag abzüglich Sachaufwand, Betriebssteuern und Lasten.
[18] „Agrarbericht 1971", Materialband, a. a. O., S. 51 und 52.
[19] P. Rintelen „Die Einkommensdisparität in der deutschen Landwirtschaft und ihre Ursachen", in: „Agrarwirtschaft", Heft 8, Jg. 17, 1968.
[20] Arbeitseinkommen = Betriebseinkommen abzüglich Zinsanspruch des Aktivkapitals.

Jetzt wichtig!

Machen Sie Freunden, Kollegen, Bekannten oder Genossen ein „links"-Abonnement für 1972 zum Geschenk. Es kostet DM 15,-. Schicken Sie uns Ihre Bestellung frühzeitig. Sie erhalten dann einen Geschenk-Gutschein für den Empfänger, und dieser erhält „links" ab Januar.

Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postf. 591

Ein demokratisches Syndikat im Faschismus?

Karl Kuhn
Lothar Maier

Die Arbeiterkommissionen - Comisiones Obreras, Teil II

VI. Unabhängigkeit und Einheitscharakter der CC.OO.

Dem gegenwärtigen Bewußtseinsstand der Masse der spanischen Arbeiter und den Bedingungen der Diktatur entsprechend, können die Comisiones Obreras weder eine zweite, mit dem vertikalen Staatssyndikat konkurrierende Gewerkschaft sein, noch sich mit der Rolle einer schwammigen, auf reformistische Ziele ausgerichteten „Bewegung" zufriedengeben. Das Gebot der Unabhängigkeit von einer bestimmten Partei und die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus – Forderungen, über die sich alle engagierten spanischen Arbeiter einig sind – machen sie vielmehr zu einer embryonalen Vorform einer künftigen demokratischen Einheitsgewerkschaft. Diese Konzeption erlaubt der CC.OO. einerseits genügend Flexibilität, um unter den herrschenden Bedingungen der Repression alle legalen Mittel der Agitation innerhalb der faschistischen Confederación Nacional-Sindicalista (Staatsgewerkschaft) auszunutzen, ohne irgendeine demokratische politische Gruppe von der Mitarbeit auszuschließen, und verhindert andererseits, daß eine aus ihr hervorgehende, in der nachfaschistischen Epoche zu schaffende unitarische Gewerkschaft durch reformistische Manöver des Kapitals „konzertiert" und korrumpiert wird. Die historischen Erfahrungen der deutschen, französischen und italienischen Gewerkschaften vor Augen, versuchen die CC.OO. sich eine Struktur zu geben, die durch rätedemokratischen Aufbau, minimale Bürokratisierung und Verlagerung möglichst vieler Kompetenzen an die Basis dem Integrationsdruck eines künftigen parlamentarischen Systems widerstehen und zum Motor eines demokratischen Sozialismus werden kann.

Diese Ziele machen es zu einer Hauptaufgabe der CC.OO., alle oppositionellen Kräfte unter Zurückstellung ideologischer Differenzen zusammenzufassen. So hieß es schon in einem der ersten Beschlüsse der interindustriellen Arbeiterkommission von Madrid: „... von daher müssen wir dafür kämpfen, von bilateralen Kontakten zu Versammlungen und Diskussionen zu kommen, in denen alle politischen und demokratischen Gruppen vertreten sind (Sozialisten, Kommunisten, Sozialdemokraten, Christdemokraten usw.) und in denen keine dieser Gruppen die anderen ausschliessen will, damit wir gemeinsam eine Alternative zur gegenwärtigen Situation finden, ohne daß dies unser geheiligstes Prinzip antastet: nämlich den Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse."[15]

Diese Einheit kann, wie in einem Dokument der CC.OO. betont wird, „nicht nur eine Grundsatzerklärung bleiben, sondern sie ist das Ergebnis der konkreten einheitlichen Aktion auf allen Ebenen des täglichen Kampfes gegen die Unternehmer und das Regime, besonders dann, wenn – wie in der gegenwärtigen Situation – eine konkrete Spaltung der Arbeiterklasse vorliegt, die einerseits das Produkt der historischen Entwicklung und andererseits das neuer ideologischer Bestimmungen ist."

Um ihre politische Basis möglichst breit anlegen zu können, arbeiten die CC.OO. auch mit den Autonomiebewegungen der nichtkastilischen Völker Spaniens zusammen (Basken, Galizier, Katalanen), die Kommissionen dieser Gebiete genießen schon jetzt in der nationalen Rahmenorganisation der CC. OO. gewisse autonome Sonderrechte. Dabei wird jedoch von dem Grundsatz ausgegangen, daß dadurch keine Hindernisse für die Koordinierung entstehen oder die gemeinsame Führung erschwert werden darf, da dies den Klasseninteressen zuwiderlaufen würde.

Die Leitung der CC.OO. obliegt einzig und allein den Delegierten, die in freien Versammlungen von den Arbeitern gewählt werden.

VII. Die Organisation der CC.OO.

Dementsprechend sind die höchsten Organe der CC.OO. ihre Versammlungen auf Fabrik-, Provinz- und nationaler Ebene, deren Beschlüsse maßgeblich und unwiderruflich sind, da sie die Meinung der Mehrheit der Arbeiter widerspiegeln. Die Vertreter der Arbeiter nehmen als Delegierte der Betriebe in Generalversammlungen der Produktionszweige in den einzelnen Orten die Vorbereitung von Provinzkongressen in die Hand, wo die wichtigsten Probleme der Arbeiter frei diskutiert und die Mitglieder der nationalen Generalversammlung gewählt werden. Die Delegierten sind jederzeit durch Mehrheitsvotum abwählbar. Über die Berechtigung, Delegierter zu werden, entscheidet bei jedem Arbeiter die „Hingabe und Treue und die Bereitschaft zum Kampf für die Interessen seiner Klasse" (Beschluß der 4. Generalversammlung der CC.OO., 1968), das ausgesprochene oder unausgesprochene Vertrauen der Mehrheit und die Fähigkeit zur Mobilisierung – also die Richtigkeit oder Unrichtigkeit seiner gewerkschaftlichen und politischen Forderungen in den konkreten Aktionen.

Die CC.OO. agieren und entwikkeln sich wie eine Massenbewegung, deren Existenzberechtigung darin liegt, Massen von Arbeitern für ihre Klassenziele zu mobilisieren. Deswegen weisen sie alle „Elite-" und „Avantgarde"-Vorstellungen zurück, die den Kampf des Proletariats als Aufgabe eines Kreises von Auserwählten begreifen. Daraus resultiert auch die Ablehnung aller klandestinen und illegalen Konzepte der historischen Gewerkschaftsorganisationen in Spanien (UGT und CNT).

Durch Gewinnen jedes einzelnen Arbeiters im persönlichen Gespräch, kameradschaftliches Verhalten, Anregung regelmäßiger Diskussionen auch in kleinsten Gruppen von Arbeitern über die speziellen Probleme ihres Arbeitsplatzes soll eine fortschreitende Befähigung aller Arbeiter erreicht werden, in den Entscheidungs- und Koordinierungsorganen der Bewegung mitzuarbeiten. „Nicht ein Betrieb ohne eigene Forderungen, nicht ein Produktionszweig ohne eigenes Programm oder abgesprochenen Plan, in dem die Forderungen der Betriebe zusammengefaßt sind und der als Grundlage für einen allgemeinen Kampf dient." (Aus dem Beschluß der

Der Versuch der Spaltung der KP Spaniens

„Hora de Madrid" bezeichnet die Aktivitäten einer Gruppe um den moskautreuen Lister als Dolchstoß in den Rücken der Partei. Ohne die reale Lage in Spanien zu berücksichtigen oder sie auch nur zu verstehen, war sein wirkliches Ziel, die KP Spaniens zu einem unbedingten „Ja" zur sowjetischen Staatspolitik zu zwingen und sie in eine von aussen manipulierte Marionette zu verwandeln. Die Spaltergruppe ist das Ergebnis von Problemen der internationalen kommunistischen Bewegung – eine Konsequenz des Wunsches, allen Parteien eine Politik und Regierungsbeschlüsse aufzunötigen, selbst solchen Parteien, die sie als falsch und schädlich für die kommunistische Bewegung betrachten. Solchen Forderungen gegenüber werden wir spanischen Kommunisten uns niemals beugen, weil dies einem Betrug an unserem Volk, am Sozialismus und an den sozialistischen Ländern gleichkäme.

Unter Berufung auf „Mundo Obrero" werden die Beschlüsse des Spalterparteitags zitiert, darunter die Annullierung der Beschlüsse der Partei im Zusammenhang mit der CSSR, die Unterstützung für die Aufnahme diplomatischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zwischen Spanien und allen sozialistischen Staaten ohne Ausnahme, die Ablehnung der „anti-leninistischen Plattform" Santiago Carillos sowie die Forderung, daß die illegalen spanischen Arbeiterkommissionen um Wiederaufnahme in den Weltgewerkschaftsbund ansuchen, dem sie in Wirklichkeit niemals angehört haben.

„Eine bedingungslose Annahme der Linie irgend einer anderen Partei ist für die spanischen Kommunisten unvereinbar mit dem Marxismus-Leninismus. Viele Jahre folgte unsere Partei den Meinungen und Beschlüssen der KPdSU und applaudierte ihnen, ja hielt sie für Glaubensartikel. Das hinderte ihre theoretische und politische Entwicklung und veranlaßte uns, Fehler zu begehen, wie unsere Annahme des Stalinkults, unser Mißverstehen der wirklichen Bedeutung der chinesischen Kulturrevolution, usw. Erst als wir begannen, mit unseren eigenen Köpfen zu denken, fingen wir auch an, die Dinge klarer zu sehen... In der gegenwärtigen Situation wäre bedingungslose Loyalität gegenüber irgend einem sozialistischen Staat oder irgend einer Kommunistischen Partei unvereinbar mit dem Charakter einer wirklich revolutionären, internationalistischen Partei."

Abschließend heißt es: „Die von der Splittergruppe vorgeschlagene Politik würde unsere Partei in das verwandeln, was andere kommunistische Parteien jetzt schon sind – in eine kleine Gruppe alter Führer und Aktivisten mit einer stolzen Vergangenheit, aber steril und sektiererisch in der Gegenwart, stets bereit, jedweden Beschluß von Parteien sozialistischer Länder Beifall zu spenden, ob sie nun richtig oder falsch sind, aber völlig entfremdet vom politischen Leben des eigenen Landes, isoliert von den Massen und keinerlei Rolle in der Entwicklung der revolutionären Ereignisse mehr spielend." Hora de Madrid (Organ des Madrider Komitees der KP Spaniens), 15. 7. 71 (illegal).

interindustriellen Kommission von Madrid 1969).

VIII. Der Generalstreik ist das Ziel

Wie wir gesehen haben, kann es nicht das Ziel der CC.OO. sein, in punktuellen Streiks und Aktionen diese oder jene soziale Verbesserung, dieses oder jenes Tarifabkommen zu erreichen. Ihr Hauptziel liegt vielmehr darin, durch den Sturz der Diktatur und der Finanzoligarchie die Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben der arbeitenden Bevölkerung und für die Emanzipation der Arbeit zu schaffen. Das strategische Mittel hierzu sehen die CC.OO. im Generalstreik. Dabei standen sich ursprünglich zwei scheinbar gegensätzliche Konzeptionen gegenüber: die von der Kommunistischen Partei verfochtene These vom Generalstreik zu einem bestimmten Zeitpunkt („per Dekret"), mit der die PCE schon einmal (1957) ein Fiasko erlebt hatte, und die in der gewerkschaftlichen Praxis entwickelte Konzeption „des Ölflecks", die im Communiqué der 3. Generalversammlung der CC.OO. vom Juli 1968 wie folgt definiert wurde: „Unser Weg ist also der Generalstreik... Wir fassen den Generalstreik als die Ausweitung und Verallgemeinerung einer Reihe von Teilkonflikten auf, die in einem Betrieb, einem Industriezweig oder einer Stadt beginnen und sich wie ein Ölfleck über das ganze Land ausbreiten."

Der Sevillaner Streik vom Juni 1970 zeigte, daß eine Kombination beider Methoden nicht nur möglich, sondern sogar als optimal anzusehen ist. Da mit großer Wahrscheinlichkeit die künftige Strategie der CC.OO. sich an diesem Modell orientieren wird, halten wir es für angebracht, den Verlauf dieses exemplarischen Streiks hier kurz zu skizzieren: [16]

Die verschiedenen Streikbewegungen in Spanien in der 1. Jahreshälfte 1970 hatten in der Sevillaner Industriearbeiterschaft starke Unruhe erzeugt, die sich in mehreren kurzen Arbeitsniederlegungen in Metall- und Transportunternehmen niederschlug. Die CC.OO. versuchten, die Aktionen zu koordinieren und die gemeinsamen Interessen der Arbeiter in den Vordergrund zu stellen – bessere Tarifabkommen, Befreiung inhaftierter Kollegen, freie Gewerkschaften, Streikrecht etc. Diese Forderungen wurden u. a. auf wöchentlichen Großveranstaltungen der Metallarbeiterkommission im Hof des Gewerkschaftshauses diskutiert.

Am schnellsten wuchs die Streikbereitschaft im Bausektor, dem personell stärksten Gewerbezweig in Sevilla. Nachdem es schon im Januar zu Einschließungen in Kirchen (mit Unterstützung der Priester) gekommen war, traten im Mai erstmals 15 000 Bauarbeiter in einen mehrtägigen Streik. Ihre Forderung lautete: 300 Ptas. Mindestlohn und Freilassung eines Gefangenen. Dieser Streik veranlaßte seinerseits die Bäckergewerkschaft zu einem mehrtägigen Streik mit dem Ziel einer Lohnerhöhung um 50 Ptas. Durch den so entstandenen Brotmangel wurden erst weitere Kreise der Bevölkerung auf die Streikbewegung aufmerksam; die polizeiliche Repression, vor allem gegen die Bäcker, nahm extreme Formen an.

Da die Tarifverhandlungen im Bau-

dpa

gewerbe kein Ergebnis brachten, berief schließlich die Sozialabteilung der Staatsgewerkschaft (Sección Social, Arbeiterflügel der vertikalen Gewerkschaft) eine Vollversammlung der Arbeiterdelegierten ein, die mit großer Mehrheit einen zweistündigen Warnstreik beschloß. Als auch diese Maßnahme erfolglos blieb, wurde auf einer Versammlung von ca. 1000 Arbeitern in den Gängen des Gewerkschaftshauses ein unbefristeter Streik im Baugewerbe ab 15. Juni beschlossen (er dauerte bis zum 27. dieses Monats). Diesmal traten über 30 000 Bauarbeiter in den Streik. Die Art seiner Durchführung bedeutete für die Sevillaner Arbeiterbewegung einen Sprung nach vorn: die Streikenden verhielten sich nicht mehr passiv-abwartend, sondern zogen in Gruppen von bis zu 500 Arbeitern durch die Strassen, überredeten die wenigen noch arbeitenden Kollegen, sich ihnen anzuschließen, diskutierten mit der Bevölkerung, verteilten Flugblätter und veranlaßten die Belegschaft der Sevillaner „ABC"-Druckerei, ebenfalls in den Ausstand zu treten, indem sie ihr den fachistischen Charakter dieses Blattes klarmachten. Täglich kam es zu Massenversammlungen vor der Delegación de Trabajo und dem Gewerkschaftshaus. Massenentlassungen erhöhten die Erbitterung noch mehr. Das Verbot der Regierung, während des Streiks die Tarifverhandlungen fortzusetzen, führte zu einem offenen Widerspruch mit der Sección Patronal (Unternehmerflügel der vertikalen Gewerkschaft); einige Unternehmer erklärten sich in quasi illegalen Tarifverhandlungen zu Lohnerhöhungen bis zu 325 Ptas. bereit. „Mit dieser Haltung überwarf sich die Regierung sogar mit jenen, die sie repräsentiert, indem sie sich mit den Unternehmern konfrontierte und den Konflikt noch mehr politisierte als er schon war. Den Arbeitern machte dies bewußt, daß der Weg zu sozialen Verbesserungen über die Liquidierung der Diktatur führt." [17]

Die Geschehnisse im Baugewerbe hatten solidarische Aktionen in anderen Branchen zur Folge. Der rapide Anstieg der Kampfbereitschaft auf allen Sektoren ermutigte schließlich die CC.OO., in der Provinz Sevilla für den 24. Juni den Generalstreik auszurufen. Mit nur wenigen Tagen Vorbereitung und einer nicht sehr aufwendigen Kampagne konnte optimale Publizität erreicht werden; allenthalben wurde fiebernd dem angekündigten Tage entgegengesehen. Ladenbesitzer diskutierten die Schließung ihrer Geschäfte, Hausfrauen beschaften Vorräte, Arbeiter und Besitzer von Handwerksbetrieben erklärten sich solidarisch, die Taxifahrer beschlossen, an diesem Tage nicht zu fahren.

Der Provinzgouverneur und der Bürgermeister von Sevilla ersuchten die Regierung um die Verhängung des Ausnahmezustands über die Provinz und ggf. den Einsatz von Truppen. Die Madrider Regierung schreckte vor beiden Maßnahmen zurück – man befürchtete, damit den Generalstreik im ganzen Land zu provozieren.

Der 24. Juni 1970 fand neben den schon seit zehn Tagen streikenden Bauarbeitern auch fast alle Beschäftigten der metallverarbeitenden Industrie (Automobil-, Flugzeug- und Werftindustrie), der Elektronik- und der Textilindustrie, und in geringem Umfang auch der anderen Branchen im Streik. Der vollständige Zusammenbruch des Verkehrswesens konnte nur knapp durch härtesten Einsatz aller „Ordnungskräfte" verhindert werden. Selbst in den Betrieben, in denen es wegen der massiven Einschüchterung durch Polizei und Betriebsleitung nicht zum Streik kam, sank die Produktion stark ab.

Die Lehren des Sevillaner Beinahe-Generalstreiks haben die Arbeiterkommissionen in ihrem Willen bestärkt, über das Bündnis aller progressiven Kräfte den Weg zum Generalstreik weiterzugehen, und sie haben den spanischen Arbeitern vor Augen geführt, daß die geeinte Aktion zum Sturz der Diktatur möglich ist. Aufweichungstendenzen beim Korps der jüngeren Offiziere vor allem des Heeres, die oft kleinbürgerlich-proletarischer Herkunft sind, lassen zudem die Neutralität der Streitkräfte, bisher die Hauptstütze des Regimes, bei einem demokratischen Umsturz nicht mehr als ausgeschlossen erscheinen – der Generalstreik ist von einem Phantom der Exilparteien zu einer realen Möglichkeit für eine nicht mehr allzu ferne Zukunft geworden. Aus der Einschätzung der sich hieraus ergebenden Perspektiven ergibt sich auch der Stellenwert der Arbeiterkommissionen für die Zukunft eines demokratischen Spanien.

Anmerkungen

15) Grundlegende Dokumente der CC.OO., veröffentlicht im Bücher- & Papervertrieb von „links".
16) Die Darstellung stützt sich im Wesentlichen auf den Bericht der Sevillaner Generalvers. der CC.OO., veröffentl. in „Nuestra Bandera" Nr. 66/1970.
17) Ebenda, S. 32.

NEUERSCHEINUNG:

Lehrlingskampf im Betrieb

Seit zwei Jahren arbeitet die Lehrlingsbetriebsgruppe in der Durag-Apparatebau GmbH Hamburg (elektrische und elektronische Serienfertigung). Ihre Erfahrungen, Schwierigkeiten und Erfolge schildern die Lehrlinge selbst, indem sie sich mit folgenden Fragen beschäftigen:

1. Warum ist die Berufsausbildung zu schlecht?
2. Mit welchen Methoden wird für die Erhaltung der Zustände gesorgt?
3. Was unternehmen wir dagegen?

Die erste führt die Lehrlinge notwendigerweise auf die Grundlagen des kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Dort untersuchen sie Probleme des Leistungs- und Profitprinzips und deren Ursachen. Die zweite Frage befaßt sich mit den Methoden der Herrschenden, die dieses System so schwer veränderbar machen, z. B. in der Bildungspolitik, im Beruf, in der „Berufserziehung". Diese beiden ersten Fragen sollen es erleichtern, die Praxis der Betriebsgruppe und auch die Verhaltensweise der Geschäftsleitung zu verstehen. Auf diese Praxis geht die dritte Frage ein. Alle drei Kapitel beziehen sich auf den Betrieb als den Ort der Erfahrung und der hauptsächlichen Aktivitäten.

Preis DM 3,– + Porto.

Bücher- & Papervertrieb
605 Offenbach 4, Postfach 591

Informationsdienst für Lehrer

Der Informationsdienst wird herausgegeben vom Sozialistischen Lehrerbund (SLB) und dem Sozialistischen Büro. Der Informationsdienst soll der Kommunikation unter den sozialistischen Lehrern und deren Organisation dienen.

Die soeben erschienene Ausgabe Nr. 7 enthält folgende Beiträge:

Jost/Nitschke/Stubenrauch: Operationalisierte Lernziele – Objektivierte Leistungsmessung – credit-system – item-bank: Einige Bemerkungen zum 'Maschinenpark' kapitalistischer Lernfabriken.

Saß: Sozialtechnologie und sozialkritische Arbeit in der Gesamtschule: Widersprüche, Kritik, Alternativen.

Pabel/Stork/Westphal: Schwierigkeiten in der kollektiven Arbeit von Lehrern – Erfahrungen aus der Ernst-Reuter-Schule, Gesamtschule in der Nordweststadt, Frankfurt.

Stubenrauch: Lineare oder strukturelle Arbeitszeitverkürzung? Kritik am 'Arbeitskampf' der GEW.

Saß: Leseempfehlungen: Arbeitslehre als Polytechnik.

Preis DM 2,– + Porto.

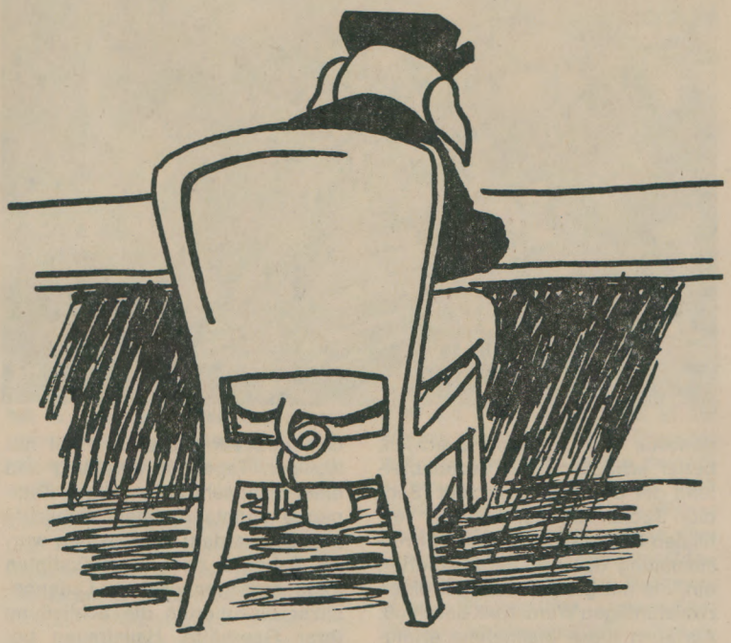
Bücher- & Papervertrieb
605 Offenbach 4, Postfach 591

organisationen

Knasthilfe

Die ROTE HILFE hat es sich zur Aufgabe gemacht, all diejenigen zu untersfützen, die aufgrund ihrer klassenkämpferischen Haltung von den Staatsorganen verfolgt und eingekerkert werden. Der herrschenden Klasse und ihren Handlangern – vor allem ihren Staatsanwälten und „unbefangenen" Richtern – kommt es dabei vor allem darauf an, die Genossen derart zu terrorisieren, daß es letztlich gelingt, ihre Widerstandskraft Stück für Stück zu zerbrechen. Gleichzeitig soll durch die exemplarische Bestrafung und physische Isolierung der Genossen ein Keil zwischen sie und die sozialistische Bewegung getrieben werden.

In Westberlin und der BRD sitzen zur Zeit ca. 60 Genossen wegen politischer Delikte in Haft – größtenteils in Untersuchungshaft, die mit den fadenscheinigsten Begründungen auf Monate, ja Jahre ausgedehnt wird. Um ihre Isolierung von den Mitgefangenen so perfekt wie möglich zu machen, die Genossen in ihrer Agitation zu behindern und so langsam zu zermürben, werden sie fast ausnahmslos in verschärfter Einzelhaft gehalten. (So sind z. B. Fritz Teufel's Neben-, Ober- und Unterzellen in Landsberg unbelegt, um jede Kontaktaufnahme zu verunmöglichen.)



Den Genossen sind gemeinsamer Hofgang mit anderen Häftlingen, gemeinsame Mahlzeiten, Gottesdienst und alle sonstigen Veranstaltungen im Knast untersagt. Sie unterliegen z. Teil strengster Post- und Besuchsbeschränkung, und der gegen sie ausgeübte Terror geht jetzt schon bis hin zu körperlichen Mißhandlungen.

Die Genossen werden über die verschiedensten Provinzgefängnisse verstreut mit dem Ziel, den Kontakt und die Organisierung untereinander zu verhindern, ihre Verteidigung zu erschweren und jede Solidarisierung von außen zu unterbinden.

Solidarität mit den politischen Gefangenen ist zunächst praktisch: Wir unterstützen sie mit Geld, wenn's geht mit Kleidung und Freßpaketen, mit Zeitungen und

Knastothek

Strafanstalt Tegel, 1 W-Bln. 27, Seidelstr. 39: Herbert Goerke, Thorwald Proll, Eckard-Wolfgang Friedrich, Dietmar Hommerich, Werner Roehtig.

Jugenstrafanstalt Plötzensee, 1 W-Bln. 13, Heckerdamm 16: Herbert Heun, Hans-Jürgen Donth.

Frauenstrafanstalt, 1 W-Bln. 21, Lehrter Str. 61: Irene Goergens, Ingrid Schubert.

Untersuchungsgefängnis Moabit, 1 W-Bln. 21, Alt Moabit 12 a: Hilmar Buddee, Wolfgang Göpfert, Dieter Kunzelmann, Horst Mahler.

Landesnervenklinik, 1 W-Bln. 27, Oranienburger Str. 289: Hans-Joachim Ströthe.

8 München 90, Stadelheimer Str. 12: Alois Aschenbrenner, Karl-Heinz Kuhn, Roland Otto, Heinrich v. Rauch, Hans-Georg Vogler.

89 Augsburg, Karmelitengasse 12: Rolf Heißler.

8890 Aichach, Schloßplatz 7: Margarete Gaier-Czenki.

8851 Niederschönfeld, Jugendstrafanstalt: Gerhard Titz.

8229 Laufen/Lebenau, Jugendstrafanstalt: Karl-Heinz Feichtner.

891 Landsberg, Hindenburgring 12: Fritz Teufel.

844 Straubing, Äußere Passauer Str. 90: Heiner Schoof.

87 Würzburg, Ottostraße 3: René Menges, Gerhard Zawiszewski.

54 Koblenz, Simmernstr. 14 a: Eric Grusdat.

5 Köln 30, Rochusstr. 350: Hans-Jürgen Bäcker, Astrid Proll, Dorothea Ridder.

4 Düsseldorf, Ulmenstr. 95: Heinrich Jansen.

65 Mainz, Dieter-von-Isenburg-Str. 1: Monika Berberich.

43 Essen, Kortumstr. 14 a: Brigitte Asdonk.

205 Hamburg 80, Ernst-Mantius-Str. 8: Lothar Leidereiter.

2 HH 36, Holstenglacis 3-5, U-Haft: Werner Hoppe.

8214 Bernau, Postfach 23/5909, Haftanstalt: Peter Schult, Andreas Kopp.

666 Zweibrücken, U-Haftanstalt, Joachim-Schwebel-Str. 33: Larry Jackson.

68 Mannheim, Herzogenriedstr. 111: Alfred Mährländer, Werner Schork.

69 Heidelberg, Fauler Pelz 1: Susanne Herminghausen.

3 Hannover, Schulenburger Landstraße 145: Karsten Wehmer, Reinhard Möck.

32 Hildesheim, Gudehardsplatz 7: Ilse Bongartz, Harry Eisermann.

33 Braunschweig, Prennelbergstr. 10: Bodo Krauskopf.

334 Wolfenbüttel, Am Ziegenmarkt 10: Klaus Neumann, Hartmut Sender, Klaus J. Zipfel.

SPK Heidelberg:

707 Schw.-Gmünd, Frauenhaftanstalt Gotteszell, Herlikoferstr. 19: Dalia Michel.

725 Leonberg, Schloßhof 6 (über 7 S-Stammheim, Aspergerstr. 60): Kristina Bester.

755 Rastatt, Hildastr. 17: Wolfgang Huber.

758 Bühl am Rhein, Hauptstr. 94: Ursel Huber.

753 Pforzheim, U-Haftanstalt: Siegfried Haussner.

695 Mosbach, Hauptstr. 110: Ekkehard Blenk.

75 Karlsruhe, Riefstahlstr. 9: Thomas Tremmel, Ewald Goerlich.

75 KA-Durlach, Karlsburgstr. 10: Heinz Muhler.

Wir halten es für selbstverständlich, ungeachtet aller politischen Differenzen den in die Mühle des Justiz- und Gefängnisapparates geratenen Genossen zu helfen. Unterstützt und helft den Genossen auch dann, wenn sie wieder in die „Freiheit" entlassen werden. Wir bitten „links"-Leser für Knast-Genossen ein Geschenkabonnement „links" zu übernehmen. Nähere Auskünfte über Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

883

Revolutionäre Aktion

883 ist eine Zeitung der revolutionären Linken. 883 unterstützt die SELBSTORGANISATION der Arbeiter, Schüler und Studenten, die gegen den Staat, das Lohnsystem und die Bürokratie kämpfen. 883 bekämpft die Parteien und Gewerkschaften, die Hindernisse auf dem Weg der Selbstbefreiung sind.

Bisher erschienen folgende Berichte und Analysen in 883, Nr. 67: Die Feinde der palästinensischen Revolution, Nr. 72: Bericht über den Streik der Hafenarbeiter in Rotterdam, Nr. 73: Gewalt und Organisation, Nr. 74: Vom Bandenkrieg zur Revolution, Nr. 75: Arbeiterräte in Polen, Nr. 78: Die Pariser Kommune, Nr. 80/81: Klassenkämpfe in der Türkei, Nr. 83: Die politische Linie der 883

Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein

Preis der 883: Berlin o,5o, BRD o,6o. Abo.: 1o Exemplare 7,--DM

883 Redaktion - im Soz. Zentrum 1 Berlin 21, Stephanstr. 6o/Fabrik

Büchern. Wir versuchen, Besuche und regelmäßigen Briefkontakt zu organisieren und sie durch Rundbriefe über den Diskussionsstand und Aktionen der verschiedenen linken Organisationen auf dem laufenden zu halten. Dies vor allem ist wichtig, um ihre von den Herrschenden angestrebte völlige Isolierung von der sozialistischen Bewegung zu unterlaufen.

Notwendiger Bestandteil dieser roten „Hilfe" hat aber auch die praktische und propagandistische Unterstützung des Kampfes der Genossen im Knast und vor den bürgerlichen Gerichten zu sein. Die politischen Gefangenen versuchen ihren Mithäftlingen, den „normalen Kriminellen", deutlich zu machen, daß das Zuchthaussystem nur das verzerrte Spiegelbild der kapitalistischen Wirklichkeit draussen ist.

Sie entlarven die brutale Ausbeutung und Menschenverachtung verschiedener Firmen, die teils eigene Produktionsstätten im Knast unterhalten und den Gefangenen Profite in astronomischer Höhe aussaugen (so werden die minderjährigen Insassen der Jugendstrafanstalt Laufen/Lebenau zum Torfstechen gezwungen, müssen 13-, 14-jährige im Erziehungsheim Glonn bei München im Akkord für Siemens Schrauben drehen, usw.), teils – wie z. B. Neckermann – in Knastläden den Gefangenen auch noch ihren minimalen Lohn für schlechte Ware wieder abnehmen.

Die politischen Gefangenen verspüren als erste die zunehmenden Unterdrückungsmaßnahmen (verschärftes Haftrecht, Genscher's Hexenjagd, etc.). Für ihre Unterstützung fehlt uns vor allem Geld; Geld für Bücher und Zeitungen, Geld um es in den Knast zu schikken, für die Verteidigungs- und Reisekosten der Anwälte. Außerdem: Patenschaftsabonnements für Zeitungen etc., Freiexemplare von Verlagen und Buchhandlungen. Darüberhinaus: Schreibt den Genossen und besucht sie! Schickt Pakete aus dem Ausland (auch DDR), da diese (nicht Inlandspakete!) ausgehändigt werden müssen! Die Verstreuung der Genossen über die verschiedenen Provinzgefängnisse verlangt den Aufbau von Knasthilfen in verschiedenen Städten der BRD. Die bürgerlichen Medien wissen und berichten nichts von politischen Gefangenen. Nun denn: Mit Farbe und Pinsel läßt sich immer noch einiges machen. Nach wie vor gibt es genügend Anlässe, wo das Fernsehen sowieso ist, Staatsbegräbnisse und Galapremieren, Partei-, Gewerkschafts-, Uni-, Betriebs-, Schul-, Freizeit-, Urlaubs- und 100 000 sonstige Veranstaltungen, wo kleine Gruppen mit viel Erfolg auf die Gefangenen aufmerksam machen können.

Spendenkonten: Rote Hilfe Westberlin (Brentzel) Nr. 064 000 347 Sparkasse Berlin (West); Rechtshilfe München (Ortmann) Nr. 561 389 Bayer. Vereinsbank München.
Kontaktadresse: Rote Hilfe, 1 Berlin 21, Stephanstraße 60.

Sammlung Luchterhand

Neuerscheinungen
September–November 1971

Christa Wolf Nachdenken über Christa T.
Roman. Sonderausgabe. DM 7,80 Band 31

Ernst S. Steffen Rattenjagd
Aufzeichnungen aus dem Zuchthaus. DM 7,80 Band 33

Günter Grass Gesammelte Gedichte
Mit einem Vorwort von Heinrich Vormweg. DM 9,80 Band 34

Georg Lukács Die Theorie des Romans
Ein geschichtsphilosophischer Versuch über die Formen der großen Epik. Sonderausgabe. DM 7,80 Band 36

Ernst Jandl Laut und Luise
Mit einem Nachwort von Helmut Heißenbüttel. DM 7,80 Band 38

Wolfgang Hermann Körner Die Verschwörung von Berburg
Kriminalroman. DM 7,80 Band 44

Sammlung Luchterhand

Kieseritzky das eine wie das andere
Roman. DM 7,80 Band 45

Helga M. Novak Aufenthalt in einem irren Haus
Erzählungen. DM 9,80 Band 46

Marlene Stenten Großer Gelbkopf
Roman. DM 4,80 Band 47

Anna Seghers Überfahrt
Eine Liebesgeschichte. DM 7,80 Band 48

Georg Lukács Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins
Hegels falsche und echte Ontologie. DM 7,80 Band 49

Leo Löwenthal Erzählkunst und Gesellschaft
Die Gesellschaftsproblematik in der deutschen Literatur des 19. Jahrhunderts. Mit einer Einleitung von Frederic Tubach. DM 9,80 Band 32 November

Jörg Steiner Ein Messer für den ehrlichen Finder
Roman. DM 7,80
Band 37 November

Sammlung Luchterhand

Gisela Steinwachs Mythologie des Surrealismus oder die Rückverwandlung von Geschichte in ›Natur‹
Eine strukturale Analyse von Bretons »Nadja«. collection alternative, herausgegeben von Hildegard Brenner, Band 3. DM 7,80 Band 40 November

Rosa Luxemburg Internationalismus und Klassenkampf
Die polnischen Schriften, herausgegeben und eingeleitet von Jürgen Hentze. DM 9,80 Band 41 November

Dorothee Sölle Das Recht ein anderer zu werden
Theologische Texte. Reihe Theologie und Politik, herausgegeben von Hans-Eckehard Bahr, Band I. DM 4,80 Band 43 November

Jóhann Páll Árnason Von Marcuse zu Marx
Prolegomena zu einer dialektischen Anthropologie. DM 9,80 Band 54 November

Ausführliche Verzeichnisse der »Sammlung Luchterhand« erhalten Sie in Ihrer Buchhandlung.

Sammlung Luchterhand

linker digest

SPECTRUM 1971

Für Schülerzeitungen und andere

In diesem SPECTRUM befindet sich eine Anzeige der HASPA/NEUSPAR, vor der wir ganz besonders warnen wollen, weil sie eine sehr gefährliche Tendenz zum Ausdruck bringt. In früheren

Heften schrieben wir schon öfter über den „Markt der 21 Milliarden DM", den Markt der Jugendlichen. (In der BRD werden von jungen Leuten jährlich mehr als 21 Mia. DM für Konsumgüter ausgegeben!) Wir schrieben auch, daß wir es für schlecht empfanden, daß das Bewußtsein der Jugendlichen von der Gesellschaft durch Reklame und andere Manipulationsmechnismen allein auf Konsum ausgerichtet wird, so daß diese ihre größte Freiheit und Befriedigung nur noch darin sehen können, zwischen 10 oder 20 verschiedenen Plattenspielern wählen zu dürfen, und von einem Pop-Festival zum anderen und von Kaufhaus zu Kaufhaus rennen. Genau diese Tendenz verfolgt aber gerade die Anzeige der HASPA/NEUSPAR! Unter der selbstbewußten Überschrift ICH WILL (!) werden all die gängigsten Konsumwünsche Jugendlicher aufgezählt und deren Erfüllung als unbedingt erstrebenswert dargestellt. Jeder Jugendliche soll versuchen, all die aufgezählten Dinge zu erstehen. Besonders interessant ist dabei, mit welchem psychologischen Trick die Werbeleute dabei vorgehen: Sie nutzen das gerade erwachende Selbstbewußtsein Jugendlicher, das sich in erster Linie gegen das Elternhaus und gegen die Schule richtet (das äußert sich in vielen Konflikten mit Eltern und Lehrern und wird vielfach als „Aufsässigkeit" verdammt), um es für die eigenen Zwecke zu mißbrauchen. Die Überschrift „ICH WILL" betont dieses Selbstbewußtsein, lenkt es aber vom eigentlichen Ziel, nämlich der Emanzipation (Befreiung) vom Elternhaus ab und lenkt es in die Bahnen des Konsums, so daß man aus diesem Wunsch junger Leute, sich von Zwängen zu befreien, wieder Geld schlagen kann. Höhepunkt dieses Versuchs, sich bei den Jugendlichen einzuschmeicheln und sich bei ihnen anzubiedern, um dabei ihren Wunsch nach Selbstbewußtsein in die Bahnen des Konsums zu lenken, ist die Zeile: „ ... mal den großen Macker machen ...". Diese Zeile spricht den geheimen Wunsch vieler Jugendlicher aus, und ist genau der Ausdruck ihres Wunsches nach Unabhängigkeit, Freiheit von Zwängen und nach größerem Selbstbewußtsein. Diese Anzeige soll ihnen weismachen, daß sie dieses nur erreichen können, wenn sie sich all die aufgezählten Konsumwünsche erfüllen. Um das zu können, müssen sie sparen, am Sparen verdient die HASPA/NEUSPAR. Wir möchten alle Leser bitten, Anzeigen kritisch zu betrachten, auch die die im SPECTRUM erscheinen! Denn: SPECTRUM ist auf Anzeigen angewiesen, wir müssen deshalb über jede Anzeige froh sein, auch wenn sie noch so mies ist. Wir hätten diesen Hinweis gern ins Heft gedruckt, dann hätten wir allerdings riskiert, daß die HASPA/NEUSPAR als Geldquelle, auf die wir leider angewiesen sind, versiegt wäre. Hier findet Pressefreiheit ihre Grenze ...

links

L'Unita 7.9.71

Mehr Macht den Arbeitern in der Wirtschaft Chiles

Eine wesentliche Frage auf dem Weg des Sozialismus und in seiner Realisierung (nicht nur in Chile) steht in diesen Wochen im Zentrum der politischen Arbeit der kommunistischen und der sozialistischen Partei, schreibt Guido Vicario aus Santiago: Die Mitbestimmung und Beteiligung der Arbeiter und Angestellten aller Sektoren an den wirtschaftlichen Entscheidungen, an der Leitung der nationalisierten Betriebe. Der Sekretär der KP Chiles, Luis Corvalan, drückte es so aus: „Den Sozialismus erlangt man nicht durch die einfache Umwandlung des Eigentums an den Produktionsmitteln aus den Händen von Privateigentümern in jene des Staates. Um den Weg zum Sozialismus zu öffnen, ist es notwendig, daß die Arbeiter die Macht innehaben, nicht nur in der Regierung, sondern in der Leitung der schöpferischen Gestaltung einer neuen Ökonomie. Es handelt sich um eine Lebensfrage, auch in der Entscheidung des Ausgangs unserer Revolution; von dem Ausmaß, in dem die Arbeiter diese Macht haben werden, wird die Unwiderruflichkeit des chilenischen revolutionären Prozesses abhängen".

Auf die jüngsten Ereignisse, wie den Elf-Tage-Streik der Arbeiter eines Kupferbergwerks um höhere Löhne, eingehend, bemerkte Corvalan: „Es besteht die dringende Notwendigkeit, Kanäle der realen Partizipation der Arbeiter an der Verwaltung der Staatsbetriebe und der öffentlichen Dienste zu öffnen. Unseren Beobachtungen nach hat es in einigen Betrieben Unverständnis von seiten der Meister (Vorarbeiter) gegeben, wie beispielsweise im Fall des Streiks von El Salvador. Was will man? Weil alle Arbeiter voll verstehen, daß sich die Situation geändert hat, muß die Änderung auf der ganzen Linie real sein. Die Arbeiter müssen an der Leitung des Betriebs teilnehmen. Man kann von ihnen nicht vermehrte Produktion verlangen, wenn man ihnen nicht gleichzeitig stärkere Mitbestimmung gibt".

Es handelt sich nicht nur um ein theoretisches Problem, das mit den Postulaten der proletarischen Demokratie des Sozialismus zusammenhängt, sondern auch um ein praktisches Erfordernis. Da ist die Schlacht um die Produktion, die wachsende Hauptquelle der neuen Macht. Auch auf diesem Gebiet sind bedeutende Schritte gemacht worden, aber „es gibt eine Verzögerung, die schnellstens überwunden werden muß". Die Rolle der Arbeiter und Angestellten im Kampf um die Produktion, für die Entwicklung des Landes ist eine sehr patriotische Angelegenheit, aber Appelle an den Patriotismus genügen nicht: „Es ist notwendig — sagt Corvalan — materielle Anreize festzulegen, die den Zuwachs der Produktion begünstigen. Im Verhältnis zu einer vergrößerten Produktion muß der Arbeiter auch mehr verdienen können".

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 06 11 - 83 25 93 ● Redaktionskreis „links" z. Z. Christel Beilmann, Andreas Buro, Hansgeorg Conert, Heiner Halberstadt, Arno Klönne, Gert Schäfer, Klaus Vack, Mathias Walter, P. C. Walther, Edgar Weick. Geschäftsführende Redaktion z. Z. Andreas Buro, Gert Schäfer, Klaus Vack (presserechtlich verantwortlich) ● Vertrieb und Bestellung: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,20, Jahresabonnement DM 15,— (einschließlich Porto), einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 61041; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17 412 695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 15. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck: Druckhaus Reis KG, Beerfelden.

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere „links" sozialistische Zeitung ☐ ab sofort — ☐ ab 1. 1. 1972

(Bezugspreis für Rest 1971 bis 31. 12. 1972 DM 21,—, oder für das Jahr 1972 DM 15,—, einschließlich Porto — einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach, Postscheck Ffm. Nr. 610 41, Girokonto Nr. 1/741 269-5 bei Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach. Das Abonnement kann jeweils bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt — erstmals zum 31. 12. 1972 — werden.)

Vor- und Zuname: .....

Postleitzahl und Wohnort: .....

Straße: .....

Datum: ....

Unterschrift